

Termine:

Bundesarchiv Koblenz

R 58 - 219

Teil I

Ereignismeldungen UdSSR

Nr. 130 - 136

Justizprüfungsamt?

Ja — nein

Falls ja: P — K — V — R

Unterschrift:

Mitteilungen nach Nrn.

MiStra.

Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

bei dem Landgericht Berlin

Strafsache

bei de — Strafkammer des — gericht

Verteidiger:

RA. Vollmacht Bl.

gegen

wegen

Haftbefehl Bl. — aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

Eröffnungsbeschluß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung Bl.

Revision Bl.

Entscheidung über die Revision Bl.

Strafvollstreckung im
Vollstreckungsheft — Bl.

Zählkarte Bl.

Strafnachricht Bl.

Ss

Ks Ls Ms

3 P(4) AR 9/63

Weggelegt

Aufzubehalten bis 12

Geschich

Landesarchiv Berlin

B Rep. 057-01

Nr. 3504

[illegible]

Ereignismeldungen UdSSR

=====

- 1) Nr. 130 vom 7.11.1941 (B I b - 131-) Bl. 2 - 21
- 2) Nr. 131 vom 10.11.1941 (B I b - 132-) Bl. 22 - 33
- 3) Nr. 132 vom 12.11.1941 (B I b - 133-) Bl. 34 - 54
- 4) Nr. 133 vom 14.11.1941 (B I b - 134-) Bl. 55 - 93
- 5) Nr. 134 vom 17.11.1941 (B I b - 135-) Bl. 94 - 124
- 6) Nr. 135 vom 19.11.1941 (B I b - 136-) Bl. 125 - 154
- 7) Nr. 136 vom 21.11.1941 (B I b - 137-) Bl. 155 - 167

Bundesarchiv ^A

Reichssicherheitshauptamt

fol. 1 —

R 58 / 219

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 7. Nov. 1941.

- B.Nr. IV A 1 - 1 B/41 - gRs -

Gefahrenabwehr

55 Ausfertigungen.

57 Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 130.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Die mit der Ereignismeldung Nr. 129 vom 5.11.1941 gemeldeten Standorte und Nachrichtenverbindungen sind unverändert geblieben.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A.

Standort Moskowsk.

Allgemeine Lage.

Militärische und zivile Überläufer, Gefangene und Agenten sprechen übereinstimmend davon, dass der russische Soldat keine Lust mehr habe zu kämpfen, da er das Ausichtslose der Lage einsehe. Wenn es trotzdem nicht zu größeren Mengen von Überläufern käme, dann deshalb, weil die Sowjets ihre Einien mit zuverlässigen Leuten (vor allem Komsemlen) durchsetzt hatten, besondere Sperrkommandos hinter der Front ständen und überhaupt ein straffer Terror ausgeübt würde, der jede aktive Handlung des von vornherein dumpfen und stumpfen Aus- sen unmöglich mache.

Wegen der Ausladung neuer deutscher Einheiten im rücken. Arneegebiet (u.a. eine neu aufgestellte Division aus Belgien sowie eine Division aus Südfrankreich) war bei den Truppen selbst der Eindruck entstanden, dass die Zerschlagung der westlich . im Raume von Oranienbaum eingekesselten 3. russischen Armee unmittelbar bevorstände. Bis zum Ende der Berichtszeit haben sich jedoch auf diesem Frontabschnitt keine Änderungen ergeben. Ein deutscher Angriff zur Vernichtung der 3. Armee ist zu gegebenem Zeitpunkt beabsichtigt und Voraussetzung für die engere Zernierung von Lenin- grad.

Am Welchow (südostwärts von L.) trat in der Berichtszeit das unter Zuteilung von Panzer- und Mot.-Verbänden neu formierte 39. Korps in südostwärtiger Richtung an, um zusammen mit einer aus Kalinin nach dem Nordwesten vorstossenden deutschen Kampfgruppe einen neuen Kessel ostwärts von Nowgorod zu bilden. Wie in diesem Zusammenhang mit diesen Aktionen eingesetzte spanische Blaue Division hat sich im Angriff gut ge-

schlagen. Beim Einrücken in ihre Stellungen am Wolchow zwischen Nowgorod und Tschudowo waren die Spanier gegenüber den deutschen Truppen durch ihre nachlässige Kleidung, ihr undiszipliniertes Verhalten auf dem Marsch sowie durch ihre Haltung gegenüber der Zivilbevölkerung aufgefallen (es fanden zahlreiche Plünderungen statt, vereinzelt sind Russinnen und Jüdinnen vergewaltigt worden). In der deutschen Truppe hat die Beschlagnahme von deutschen Fahrzeugen durch die Spanier Verärgerung hervorgerufen.

Tätigkeit der Einsatzgruppe A:

Die im vorhergehenden Vollzugsbericht gemeldete Tätigkeit der vorderen Teile der Einsatzgruppe A nahm ihren Fortgang. Im wesentlichen wurden folgende Arbeiten durchgeführt:

Wiederum zum Teil in Zusammenarbeit mit den Feld- und Ortskommandanturen fanden Überprüfungen der Bevölkerung hinter der Front unter Zugrundelegung sicherheitspolizeilicher Maßstäbe statt. Durchgekämmt wurde z.B. ein Küstenstreifen um Strelna, wobei alle jene Elemente, die im Rücken der deutschen Truppen eine Gefahr bilden, nach Vernehmung und teilweisem Geständnis exekutiert wurden. In Verbindung mit der Wehrmacht wurden zur Stabilisierung der Verhältnisse vier Dorfälteste eingesetzt. In Tossno fand am 20.10.41 in Zusammenarbeit mit der 2. /-Brigade sowie der Feldgendarmerie gegen sämtliche Personen eine Überprüfung statt, die sich an diesen Tage 8 Uhr im Orte befanden. Durch Einheiten der /-Brigade wurde ganz Tossno umstellt und sämtliche Häuser nach vorher festgelegtem Plane durchsucht. Die männlichen Personen wurden auf einen grossen Platz geführt und von einem Kommando der Sicherheitspolizei/SD überprüft. Insgesamt mussten in der Zeit vom 15.10. bis 23.10. 156 Personen exekutiert werden.

Obwohl die Partisanentätigkeit mit dem Eintreten der kalten Jahreszeit nachgelassen hat, mussten weiterhin Aktionen zur Bekämpfung des Partisanenwesens durchge-

führt werden. In der Art der Partisanenbekämpfung haben sich keine Veränderungen ergeben. Durch einen V-Mann wurde z.B. einem Sonderkommando bekannt, dass sich im Dorfe Kuznetsowo, an der Rollbahn Krassnogwardijsk Luga, Partisanen befinden. Durch sofortiges Zugreifen konnten drei Partisanen, die im Besitz von Waffen waren (Karabiner, Seitengewehre, Munition) unschädlich gemacht werden. Die Partisanengruppe war ursprünglich 50 Mann stark gewesen, hatte sich jedoch bis auf 20 Mann verringert. Diese 20 Mann haben sich jetzt auf verschiedene Dörfer verteilt. V-Männer zur Ermittlung der noch nicht gefassten Teile der Partisanengruppe sind angesetzt. Bei einer Durchkämpfung in Wlassowa wurden 6 Partisanen, darunter eine Frau, die durch V-Männer gemeldet waren, exekutiert. Derartige Aktionen zur Partisanenbekämpfung fanden wiederholt statt. Bei obiger Aktion wurden auch 4 ältere Frauen aufgegriffen, die den Partisanen noch bis zuletzt Essen in den Wald gebracht haben.

Nach wie vor wurde die Erkundung über L. in den Vordergrund der Arbeit gestellt. Als besonders ergiebig erwies sich dabei wiederum die systematische Durchkämpfung und Überholung der Gefangenenlager sowie die Vernehmung russischer Überläufer. Ein am 8.10.41 entsandter Agent kehrte aus L. zurück. Er war unmittelbar nach Überschreiten der deutschen Linien den Russen in die Händegefallen und nach einer kurzen Befragung durch einen Zugführer und einen Kompanieführer zu einem Bataillensstab geführt worden. Am nächsten Tage wurde er zu einem Regimentsstab gebracht und verriet sich nach längeren Vernehmungen durch einige Widersprüche in seinen Angaben. Er wurde daraufhin der Abteilung für besondere Angelegenheiten beim Regiment (NRWD) übergeben, wo er ein Geständnis ablegte. Daraufhin erfolgte seine Überstellung zur besonderen Abteilung bei der 55. Armee in L. Er wurde in einem verschlossenen Raum zusammen mit 6

6

russischen Deserteuren sowie einem wegen Trunksucht gemassregelten Politruk untergebracht und wiederum mehrfach vernommen. Um seine Schuld zu sühnen, erhielt er den Auftrag, wieder über die Linien zurückzugehen und dort Ausspähungsaufgaben für die Russen durchzuführen. Neben der Ausspähung rein militärischer Objekte bestand ein besonderes Interesse an der Feststellung, wer auf deutscher Seite die Vernehmungen durchführt (Name, Dienstgrad?) und was für eine Stelle hinter diesem Nachrichtendienst steht. Es gelang dem Agenten, die deutschen Linien wiederum zu überschreiten, sich als deutscher Agent erkennen zu geben und zum Stab der Einsatzgruppe zurückzukehren, wo er seine Erlebnisse meldete. Die Ausspähungsaufträge der Russen wurden dem IC des AOK 18 vorgelegt und anheimgestellt, der Einsatzgruppe frisierte Antworten mitzuteilen, mit denen der Agent wieder zurückgeschickt werden könnte, falls AOK Wert auf eine solche Täuschung legte. Nach Vorlage beim Oberbefehlshaber, der sich sehr für diesen Fall interessierte, erklärte dieser, es schiene ihm nicht ratsam, den Agenten mit militärischen Antworten zurückzuschicken. Da nach Kenntnis der Lage für den Agenten kaum eine Möglichkeit bestanden hätte, völlig ohne Ergebnisse ungefährdet nach L. zurückzukehren, wurde er als Agent nicht weiter verwendet.

Die auf Grund der nachrichtendienstlichen Arbeit über die Lage in L. erstellten Berichte fanden nach wie vor das besondere Interesse des AOK 18 und der Korps. Z.B. erklärte der Ic des 50. AK, der kommandierende General habe.. "grösstes Interesse an allen Berichten, die vom SD kämen."

Der im Einvernehmen mit der 18. Armee begonnene Aufbau eines Nachrichtendienstes im rückwärtigen Armeeggebiet wurde durch ein Sonderkommando weiter betrieben. Es sind bisher drei Blockstellen errichtet worden, deren wesentlichste Aufgabe zunächst die Werbung von

V-Männern und Agenten ist. Die durch das Aufziehen eines Nachrichtendienstes im rückwärtigen Armeegebiet anfallenden Meldungen und Berichte sollen einmal der Einsatzgruppe einen genauen Überblick über die Lage geben und weiterhin ~~den~~ Orts- und Feldkommandanturen sowie dem Kommandanten des rückwärtigen Heeresgebietes Unterlagen für die eigenen Befehle und Anordnungen verschaffen. Im Laufe der nächsten Woche soll der Ausbau des Nachrichtennetzes durch die Errichtung weiterer Blockstellen fortgesetzt werden (die Blockstellen bestehen jeweils aus einigen Reservisten der Waffen- und lettischen Dolmetschern unter Führung eines Angehörigen der Sicherheitspolizei oder SD, die vorher vom Kommandoführer für ihre Aufgaben besonders geschult wurden.) Die Blockstellen leisten zugleich Vorarbeit für die spätere sicherheitspolizeiliche Arbeit nach Übergang der vollziehenden Gewalt in die Hände der zivilen Behörden.

Die gesteigerten Ansätze der Russen, Agenten und Agentinnen mit Ausspähaufträgen militärischer und allgemeiner Art über die Linien zu schleusen, machte eine besondere Beachtung dieses Problems notwendig. Hinsichtlich der Art, des Umfangs und der Technik des russischen Nachrichtendienstes sowie der Möglichkeit der Abwehr konnten besondere Erfahrungen gesammelt werden, zumal die Wehrmacht die ihr spionageverdächtig erscheinenden Personen der Einsatzgruppe überstellt (es besteht allerdings die Wahrscheinlichkeit, dass von der Wehrmacht bei der Spionageverdächtigkeit ein zu leichter Maßstab angelegt wird). Die Erkenntnisse und Erfahrungen auf diesem Gebiet, die ausschliesslich von der Sicherheitspolizei/SD gewonnen werden konnten, wurden in einer Denkschrift zusammengestellt, die der Wehrmacht die Augen über die nicht in ihrer ganzen Schärfe erkannte Gefahr öffnen und eine systematische Abwehr durch die Sicherheitspolizei/SD ermöglichen soll.

Haltung der polnischen Geistlichkeit im
Wilna'ler Gebiet.

Die polnisch-katholische Geistlichkeit ist nach wie vor äusserst aktiv in antideutscher Propaganda tätig. Nachfolgend einige Beispiele:

1. Am 20.9.1941 äussert sich der Priester der Ziterinnenkirche in Wilna in seiner Predigt über die Pflichten und die Arbeit des Menschen dahingehend, dass der Kommunismus dem Menschen das Recht zur Arbeit gebe. Zwar lehnt die Mehrheit der katholischen Arbeiterschaft die Lehre des Kommunismus ab, es sei aber kein Wunder, dass sie dann zum Kommunismus hinneigten, wenn sie ihre Arbeit verlieren.

Bei den Zuhörern dieser Predigt wurde der Eindruck erweckt, dass der Priester die englisch-sowjetische Freundschaft zu rechtfertigen versuchte.

2. Der Priester der Kalvarienkirche in Wilna, Piotr Bartoschewitsch, verurteilte während der Predigt die Laster seiner Gemeindeangehörigen und sagte, dass Gott das Volk für verschiedene Laster bestraft, indem er ihm die Unabhängigkeit nimmt.

3. Der Pfarrer Jonas Gyls äusserte während seiner Predigt; "Wie die Henker schlugen sie unschuldige Menschen, stiessen Greise und schwangere Frauen. Unschuldige Menschen litten wie Christus vom Judas. Ihr Blut konnte noch nicht trocknen, da raubten sie schon ihr Gut." Diese Worte des Priesters waren anscheinend für diejenigen bestimmt, die an der Liquidierung der Juden beteiligt waren.

Benz besonders bezeichnend ist es für G., dass er sich, ohne dazu die Erlaubnis zu haben, in die Synagoge zu den verhafteten Juden begab, um sie zu trösten und ihnen Mut zuzusprechen.

Presse.

In einem Aufruf der litauischen Nationalistenpartei heisst es u.a.: "Unsere alte Hauptstadt Wilna fordert jetzt wieder unentwegt unsere litauische Aufmerksamkeit und Unterstützung. Die siegreiche deutsche Armee hat uns wieder die Möglichkeit gegeben, in Wilna als wirkliche Wirte aufzutreten, was während der zwanzigjährigen polnischen Unterjochung und während der bolschewistischen Zeit nicht möglich gewesen ist. Um zu wahren Wirten in Wilna zu werden, haben wir alle Möglichkeiten und müssen sie jetzt voll ausnutzen. Die Polen, die als erste den europäischen Krieg anzettelten und dafür die Strafe erhalten haben, unterstützen auch noch jetzt die kranken Hoffnungen auf den Sieg der Plutokraten..... Darum ist der litauische Schritt nach Wilna eine Angelegenheit der litauischen Ehre. So wie die Ehre des deutschen Volkes das deutsche Danzig verlangte, so verlangt die Ehre des litauischen Volkes das litauische Wilna Litauer aller Berufe geht nach Wilna...."

In derselben Nummer ist ein Stimmungsbericht aus dem litauischen Ostseebad Polangen veröffentlicht, in dem der alte litauische Volkstumskämpfer Dr.J.Schliupas hervorgehoben wird. Dr.Schliupas ist ein bekannter Atheist und deutschfeindlich. Vor dem Weltkriege hat er unter den Litauern in Nordamerika sehr aktiv gewirkt, nach dem Kriege ist er nach Litauen zurückgekommen, konnte sich nicht durchsetzen, zog sich aus dem politischen Leben zurück und liess sich in Polangen nieder. Während der Bolschewistenzeit ist der Versuch gemacht worden, ihn zu verschleppen. Nach Einmarsch der deutschen Truppen hat er durch diese versucht, Nachrichten an die Amerikalitauer über den bolschewistischen Terror weiterzugeben. Im Bericht heisst es dazu: "Dr. Schliupas hat dort (Amerika) litauische Organisationen geschaffen. Deshalb ist es auch jetzt wichtig, dass die Amerikalitauer am Wiederaufbau unseres Staates teilnehmen und sich von

Bolschewisten lossagen würden."

Die noch immer häufig vorkommenden unzulässigen Meldungen und Artikel in der litauischen Presse deuten darauf hin, dass es den Litauern doch noch gelingt, die deutschen Aufsichtsbehörden zu hintergehen. Ganz abgesehen von der Provinzpresse kommen auch in der Kauener Presse z.T. Meldungen vor, die durchaus unerwünscht sind. So werden z.B. die zugeteilten Lebensmittelrationen nicht publiziert. Jedoch hat die Kauener und Wilnaer Presse es verstanden, auf Umwegen die Rationen der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Die beiden Zeitungen haben Meldungen veröffentlicht, in denen die Einwohnerzahl der Städte und die für diese Einwohner zugeteilten Lebensmittel wie Mehl, Zucker, Brot, Butter usw. bekanntgegeben werden. Jeder Leser konnte sich also die Ration, die für den Einzelnen zugeteilt ist, mit Leichtigkeit ausrechnen.

Es erscheint notwendig, gegen die ultrapatriotische Propaganda der Provinzzeitung "Nauja Gadyne" Massnahmen zu ergreifen. Wie sich diese Propaganda in der Provinzpresse praktisch auswirkt, geht z.B. aus folgendem Vorfall hervor:

Als am 28.9.41 der Gebietskommissar von Schaulen in Telschen eine litauische Delegation empfing, hielt einer der litauischen Delegierten, ein ehemaliger Offizier, eine Ansprache, in der er seinen Dank für die "Befreiung des litauischen Staates" und gleichzeitig die Hoffnung, dass Litauen bald wieder selbständig werde, zum Ausdruck brachte. Desgleichen müssen auch die Phantasien über die historische Hauptstadt Wilna, die in einem derartigen Ton gehalten sind, dass man annehmen muss, Wilna sei auch heute noch die Hauptstadt eines unabhängigen litauischen Staates, unbedingt unterbunden werden.

Sowjetische Agententätigkeit im Raume um
Leningrad.

Der Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD sind seit Ende September im verstärktem Umfang sowjet-russische Agenten und Agentinnen in die Hände gefallen. Genaue Feststellungen über die Agententätigkeit überhaupt sowie über Art, Umfang und Technik konnten durchweg erst nach langwierigen Vernehmungen erbracht werden. Die zahlenmässige Steigerung der Entsendung russischer Agenten in das deutsche Operationsgebiet dürfte bedingt sein durch das Entstehen einer festen Front um Leningrad. Die bisherigen Erfahrungen lassen den Schluss zu, dass der von den Russen bereits während des Weltkrieges 1914 bis 1918 betriebene Masseneinsatz von Agenten auch diesmal wieder zur Anwendung gelangt.

1.) Art, Umfang und Technik des russischen Agenteneinsatzes.

Es sind verhältnismässig wenig Agenten im Mannesalter in die Hände der Einsatzgruppe gefallen. Ganz überwiegend hat es sich bisher um junge Burschen im Alter zwischen 14 und 20 Jahren sowie um weibliche Personen unterschiedlichen Alters gehandelt. So wechseln z.B. allein in der Nacht vom 29.9. bis 30.9. bei Kolpino fünf sowjetrussische Agenten die Linien, von denen zwei 15 Jahre alt waren, einer 20 und nur einer das Alter von etwa 30 Jahren erreicht hatte. Am 9.10.41 erhielten im Milizgebäude von Rybazkaja 15 Personen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren Unterricht in Spionage. Nachdem am 9.10.1941 noch 2 weitere junge Burschen hinzugekommen waren, fand eine Aufteilung in Gruppen zu zwei und drei Mann statt, die in der Nacht vom 9. zum 10.10.1941 durch die Linien hindurchgeschleust wurden. Am 12.10.41 fand in Pulkowa die Verpflichtung von 4 17-jährigen und 2 18-jährigen Lehrlingen statt, die nach den hier ver-

liegenden Nachrichten in den anschliessenden Nächten ebenfalls über die Linien gebracht wurden.

Es kann als sicher angenommen werden, dass die Entsendung jugendlicher Personen als Agenten nicht nur dadurch bedingt ist, dass die erwachsenen Männer in der Roten Armee stehen oder zu wichtigen Rüstungsarbeiten gebraucht werden, sondern dass halbwüchsige Burschen für besonders geeignet gehalten werden, ohne besondere Schwierigkeiten über die Linie zu kommen und unverdächtige Ausspähaufträge durchzuführen. Als Beweis dafür werden die Ausführungen eines Hauptmannes der Roten Armee anlässlich eines Spionageunterrichtes in Iz azkaja wiedergegeben, der erklärte, die Agenten sollen sich bei den Feldküchen der deutschen Wehrmacht aufhalten und dort wegen Hunger zu weinen anfangen. Die deutschen Soldaten hätten zu Hause zumisst auch Kinder und könnten das Elend der Kinder hier im Lande nicht mit ansehen. Sie sollten dann fleissig in den Feldküchen mithelfen und dabei alles beobachten, was dort vor sich ginge. Sollte einer ergriffen und in ein Lager gebracht werden, so soll er jede mögliche Gelegenheit zur Flucht benützen.

Für die systematische Einsetzung jugendlicher Agenten sprechen weiterhin die Verhaltensmassregeln, welche für den Fall einer Festnahme gegeben werden. Den Jugendlichen wird erklärt, sie sollten ihre Aufgabe beim Annäherung zu den auszuspähenden Objekten durch die Behauptung vertuschen, dass sie ihre Eltern oder sonstige nahe Familienangehörige aufsuchen wollten. Beim Rückmarsch nach Leningrad sollen sie im Falle einer Festnahme angeben, ihre Wohnung sei durch Kriegseignisse zerstört und sie möchten daher nach Leningrad zu nahen Familienangehörigen, von denen sie getrennt worden seien, nachreisen. Zuweilen werden die Agenten auch angehalten bei einer eventuellen Festnahme zu erklären, sie seien aus dem Gefängnis entflohen, darüber hinaus lie-

liegen Fälle vor, in denen es sich tatsächlich um ehemalige sowjetische Strafgefangene handelt, die zur Agententätigkeit freigelassen wurden.

Ein besonderes Reserveir für jugendliche Agenten bilden nachweislich die Leningrader Handwerkschulen (Remeslennoje Utschilischtie). Allen Anschein nach wurden auch ehemalige Schüler dieser Anstalten, von denen man sich wohl eine besondere Eignung versprach, bevorzugt zu Agentendiensten herangezogen. Darüber hinaus werden auch Lehrlinge und Jungarbeiter direkt aus den Fabriken erfasst (z.B. Sperholzfabrik in Pantonia, Aluminiumwerk in Volkow). In der Regel spielt sich die Verpflichtung der in Aussicht genommenen Jugendlichen so ab, dass sie zu der "Besonderen Abteilung" (NKWD) des jeweiligen Werkes oder in eine Anlaufstelle des NKWD gerufen wurden. Hier wird ihnen von einem Offizier der Roten Armee, des NKWD oder der Polizei erklärt, jeder müsse Spionagetreiben, damit die Deutschen ^{sch} geiragen werden. Für geleistete Dienste wird gutes Fortkommen im Beruf und besseres Leben in Aussicht gestellt. Zuweilen wird auch bei erfolgreicher Durchführung der Aufträge eine grössere Geldsumme und gutes Essen in Aussicht gestellt. Etwaige Einwände, dass doch bereits der Vater bei der Roten Armee diene und dass man lieber zu Hause bleiben möchte, werden scharf zurückgewiesen und mit der Bemerkung abgetan, bei Nichtbefolgung des Auftrages würde Verhaftung erfolgen. Es sind andererseits auch Fälle bekannt geworden, in denen sich Jugendliche dem NKWD für Agententätigkeit von sich aus zur Verfügung gestellt haben, um weniger arbeiten zu müssen und besser versorgt zu werden.

Nach den hier vorhandenen Unterlagen haben sich die jugendlichen Agenten ganz ausserordentlich geschickt gezeigt. Es gelang ihnen zumeist nicht nur unauffällig durch die Linie zu kommen, sondern auch deutsche.

Dienststellen über die Art ihres Auftrages zu täuschen. Das jugendliche Alter bot dazu meist die Grundlage. Beispiel: Nach Verpflichtung, Spionageunterricht und Auftragserteilung wurden die beiden ehemaligen Gewerbeschüler Anatolie K a p r a n o w und Iwan T u r u t k i n sowie drei weitere jugendliche Agenten unbekannten Namens am 29.9. gegen 20 Uhr von einem Leutnant in südostwärtiger Richtung aus Kelpino herausgeführt. Der Trupp machte nach einem etwa 10-minütigen Marsch an einem Bunker halt. Hier erklärte der Leutnant anhand einer Karte, welcher Weg am zweckmässigsten einzuschlagen sei. Anschliessend brachte er die Agenten noch etwa 50 m nach vorn bis zum letzten sowjetischen Posten, bei dem der Leutnant zurückblieb.

Gegen 23 Uhr traten die Agenten querfeldein jede Deckung ausnützend an. Nach etwa 3 bis 4 km, die ohne jede Behinderung zurückgelegt werden konnten, wurden sie von einem deutschen Posten angerufen und, da sie nicht anworteten, beschossen. Die Agenten nahmen volle Deckung und standen erst auf, als das Feuer aufgehört hatte. Sie hoben die Hände und gaben sich den deutschen Posten gefangen. Es fand hier nur eine kurze Durchsuchung statt, während eine erste Befragung in der etwa 3 km entfernten Ortskommandantur Popwka durchgeführt wurde. (Einzelverhör). K. erklärte späterhin, er sei seinerzeit in Popowka nach den Verhältnissen in L. und nach dem Grund seines Umherziehens gefragt worden. Die erste Frage will er der Wahrheit zuwider erklärt haben, er wolle seine Eltern in Slutzk besuchen. Nach etwaigen Ausspähaufträgen ist er angeblich nicht befragt worden.

Nach den Vernehmungen trafen die fünf Agenten wieder zusammen. K. und T. erhielten einen Passierschein mit dem mündlichen Hinzufügen, sich sofort nach Ankunft in Slutzk bei der dortigen Ortskommandantur zu melden. Die übrigen drei älteren Agenten haben angeb-

lich keine Ausweise erhalten und wurden auf der Ortskommandantur zurückbehalten. Die Freilassung von K. und T. verzögerte sich bis zum 1.10. Beide verbrachten die Zeit bis zur Freilassung auf der Ortskommandantur. Bei der späteren Vernehmung durch ein Einsatzkommando der Sicherheitspolizei erklärte K., er habe sich schon auf dem Wege nach Popowka und besonders auf der Ortskommandantur entsprechend seinen Aufträgen umgesehen und besonderes Augenmerk auf Artilleriestellungen, Truppenansammlungen und militärische Papiere gerichtet. Auf der Ortskommandantur habe ihn besonders der in der Nähe gelegene Kraftfahrpark und Gefechtstross interessiert.

Nach der Entlassung begaben sich K. und T. am 1.10. gegen 12 Uhr über Kussowo - Fjedorowka nach Slutzk. Auf dem Wege nach Slutzk wollen sie nur die am Ortseingang von Slutzk stehende Batterie gesehen haben, die sie sich anhand des Observatoriums gemerkt haben wollen.

Nach der Ankunft in Slutzk begaben sie sich zu dem Haus der Mutter des T., das jedoch abgebrannt war. Um ein Unterkommen zu finden, suchten sie schliesslich eine dem K. von früher bekannte Kindergärtnerin, Valentine S c h i e b o w k a auf, der sie mitteilten, sie kämen aus L. und wollten Artilleriestellungen erkunden. Die Sch. gab ihnen für den Fall, dass sie nach L. zurückkehren sollten, einen Brief an ihren dort wohnenden Sohn mit. Infolge Platzmangels konnte sie die beiden nicht beherbergen. Bei dem Versuch in Slutzk zu übernachten, erweckten die beiden Agenten die Aufmerksamkeit zweier Gewährspersonen eines Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und konnten von diesen festgenommen werden. K. und T. wurden ausführlich verhört, legten ein umfassendes Geständnis ab und wurden exekutiert.

Bezeichnend für die Geschicklichkeit jugendlicher Personen bei der Durchführung von Kundschafter-

aufträgen, ist die Tatsache, dass es einem 15-jährigen Schüler der technischen Schule aus L., der aus Puschkin stammte, Ende September möglich war, etwa 300 russische Soldaten auf Schleichwegen nach Puschkin zu bringen. Die Abteilung wurde schliesslich aufgerieben und 52 Gefangene eingebracht.

Nach den bisherigen Feststellungen verwendeten die Russen ausser jugendlichen vorwiegend weibliche Agenten im Alter von 17 bis 40 Jahren. Kennzeichnend für die Art des Einsatzes weiblicher Agenten ist die Begründung, die den Frauen zur Verschleierung ihres Ausspähauftrages mitgegeben wird. Für den Fall, dass die weiblichen Agenten einer deutschen Abwehrstelle in die Hände fallen, sollen sie angeben, auf dem Wege zu nahen Familienangehörigen (vor allem eigenen Kindern) begriffen zu sein, die in der von den deutschen Truppen besetzten Zone lebten. Um die Glaubwürdigkeit der weiblichen Agenten zu erhöhen, wurden zum Teil solche Frauen entsandt, die tatsächlich Angehörige auf deutschen Gebieten haben.

Beispiel: Der Einsatzgruppe A wurde am 20.10.41 vom 50. A.K. die Alexandra Michajlowa B a t j a n o w a überstellt. Nach dem Überschreiten der deutschen Linien war die B. von der Truppe aufgegriffen und verhört worden. Sie hatte erklärt, in L. Sanitäterin zu sein und die Stadt verlassen zu haben, um ihr Kind in Krasnoje-Selo, das dort bei ihrer Mutter wohnen sollte, ausfindig zu machen und zu sich zu nehmen.

Eine von der Einsatzgruppe in Krasnoje-Selo durchgeführte Überprüfung erbrachte den Wahrheitsbeweis dafür, dass die B. tatsächlich ein Kind hat, das bisher bei ihrer Mutter in der angegebenen Wohnung in Krasnoje-Selo wohnte. Kind und Mutter waren jedoch bereits vor der Einnahme Kr.S's. durch die Russen in Richtung L. evakuiert worden.

Obwohl sich danach die Glaubwürdigkeit der B. in

einem Punkt ergeben hatte und obwohl beim Verhör der Eindruck entstand, dass die B. tatsächlich nichts von der bereits durch die Russen durchgeführten Evakuierung gewusst hatte, wurden mehrere umfangreiche Vernehmungen durchgeführt. Wenn sich auch die B. dabei ausserordentlich geschickt verhielt, konnten ihr schliesslich einige Unwahrheiten bei ihren Angaben über L. nachgewiesen werden. Sie erklärte schliesslich, es habe alles keinen Zweck, erschossen werde sie so und so. Als ihr darauf erklärt wurde, bei hartnäckigen Leugnen bzw. bei falschen, irreführenden Aussagen müsse sie uns so verdächtig erscheinen, dass tatsächlich zu härtesten Massnahmen geschritten werden müsste, während sie andererseits bei einem offenen Geständnis immerhin Chancen hätte, mit dem Leben davon zu kommen, gab sie ihre bisherige Taktik auf und legte ein Geständnis ab. Es ergab sich dabei folgender Sachverhalt, der auch bei einem Vergleich mit anderen Agentenaussagen einen sehr hohen Wahrscheinlichkeitsgrad hat und als zutreffend unterstellt werden kann:

Die B. war Werksanitäterin in den "Kirow-Werken" in Leningrad. Sie besass eine Wohnung in Krasnoje-Selo, wo ihre Mutter und ihr dreijähriges Kind lebten. Sie selbst wohnte meist bei ihrer Cousine in L., diemit einem leitenden Ingenieur verheiratet war. Sie hatte sich über die Fabrikleitung der "Kirow-Werke" nach Mutter und Kind in Krasnoje-Selo erkundigt. Entweder waren zu dieser Zeit Mutter und Kind aus Krasnoje-Selo bereits evakuiert oder unmittelbar nach der Anfrage die Evakuierung durchgeführt, ohne dass ihr jedoch der wahre Sachverhalt bekanntgegeben wurde. Auf der Evakuierungszentralstelle in L. konnte sie ebensowenig etwas über den Verbleib von Mutter und Kind erfahren. Sie selbst erhielt am 17.10.1941 16 Uhr von der Abteilung für besondere Angelegenheiten an den "Kirow-Werken" (Leiter Gagarin) den Auftrag, durch die Linien zu gehen und militärische Anlagen auszuspähen.

Sie bekamen den Hinweis, dass der deutsche Hauptstab vermutlich in Krasnoje-Selo sitze. Um die Dörfer Kokolewo und Malyje Ssusu brauchte sie sich nicht zu kümmern, da es dort nichts Interessantes gäbe. Ferner sollte sie sich nach einem vor längerer Zeit ausgesandten Späher T i t o w in Krasnoje-Selo umsehen, von dem keine Nachrichten eingelaufen waren.

Die Aufträge will die D. angenommen haben, um dadurch die Möglichkeit der Nachforschung nach Mutter und Kind in Krasnoje-Selo zu erlangen.

Entscheidend für den Ansatz von jugendlichen und weiblichen Agenten dürfte für die Sowjetrussen das Spekulieren auf die deutsche Mentalität sein. Man hofft zweifellos, dass deutsche Offiziere und Soldaten nicht an eine Gefahr glauben werden, die von Seiten unmündiger Kinder oder von Frauen kommen könnte.

Einer gewissen Angstlichkeit der Frauen bei der Auftragserteilung wird mit der Erklärung begegnet, es wäre nicht schwer, über die Linien und wieder zurück zu gelangen, andere Agenten hätten den Weg schon mehrfach ungefährdet beschritten. Bevorzugt angesetzt werden Angehörige der sowjetischen Intelligenzschicht (Studentinnen, Fachschülerinnen, gehobene Angestellte usw.).

2.7 Ausspähaufträge.

Aus verständlichen Gründen sind die Aufträge vorwiegend rein militärischen Charakters. Besonderes Gewicht wird dabei auf die Ausspähung von Artillerie- und Granatstellungen sowie der deutschen Stellungen überhaupt gelegt. Eines besonderen Interesses erfreuen sich auch die deutschen Stäbe. Weiterhin interessieren stark: Art und Umfang des Strassenverkehrs (besonders Rollbahn), Umschlag auf den Bahnhöfen, Vorhandensein von Flugplätzen sowie deren Belegung. Neben den rein militärischen wird aber auch versucht, Nachrichten über die Stimmung der Bevölkerung in den von Deutschen besetzten Gebieten sowie über die

Stimmung der deutschen Truppen zu erlangen. (Beispiel: Was essen und rauchen die deutschen Soldaten und welche Stimmung herrscht unter ihnen?). Beispielhaft für Art und Umfang der Aufspähaufträge überhaupt sind folgende Fragen, die zwei russische Agenten am 26.9.41 von einem NKWD-Oberleutnant in Rybaskaja (Postgebäude) aufgetragen erhielten:

Es sind in Popowka, Slutzk und Djerlewo Feststellungen zu treffen:

- a) über die Stärke der deutschen Truppen in den genannten Orten,
- b) über die dortliegenden Waffengattungen,
- c) insbesondere über die Unterkünfte der militärischen Stäbe,
- d) über die Artilleriestellungen, das Kaliber der Geschütze und die Schussrichtung,
- e) über die Stimmung der Bevölkerung,
- f) über diejenigen Personen, welche die Partisanen an die deutschen Truppen verrieten,
- g) insbesondere über solche Personen, die mit der deutschen Wehrmacht in Verbindung stehen, sei es durch Verkauf von Lebensmitteln oder durch Zusammenarbeit mit Einheiten der deutschen Wehrmacht,
- h) besonders eingeschärft wurde den beiden, wenn irgend möglich sich in den Besitz von militärischem Schriftmaterial zu setzen.

Nach den bisherigen Feststellungen erhielten die Agenten fast durchweg die Aufforderung, ihre Aufträge in vier bis fünf Tagen zu erledigen und an derselben Stelle, an der sie die Front überschritten hatten, wieder zurückzukehren. In einem Falle erhielt eine Agentin die Weisung, sich nach Oranienbaum durchzuschlagen für den Fall, dass der Rückweg nach L. verspermt sei. Es wurden den Agenten Kennworte und Kennziffern mitgeteilt, die die Rückkehr über die russischen Linien ermöglichen sollten.

In einem bekannt gewordenen Fall wurde die aus dem Rahmen der russischen Aufträge herausfallende Frage gestellt: "Wer nimmt auf deutscher Seite die Vernehmungen vor? Name und Dienstgrad? Was für eine Stelle steht hinter diesem Nachrichtendienst?"

3.) Ergebnisse:

Für die augenblickliche Agententätigkeit der Sowjetrussen im Raume um Leningrad sind folgende Merkmale charakteristisch:

- 1.) Masseneinsatz von Agenten,
- 2.) Stärkste Verwendung von Frauen jugendlichen und mittleren Alters, sowie halbwüchsige Burschen,
- 3.) Einheitlichkeit im praktischen Ansatz der Agenten sowie in den Methoden der Durchführung.

Die erkannten charakteristischen Merkmale verpflichten zu einer systematischen Abwehr, die auf jeden Fall von Erfolg gekrönt sein wird, wenn dem breiten Ansturm der Gegenseite durch einheitliche gelenkte Abwehr auf ganzer Front begegnet wird.

Meldungen der Einsatzgruppe B liegen nicht vor.

Einsatzgruppe C.

Standort K i e w :

Staatspräsident T i s o besuchte am 3.11.41 die Stadt K i e w und stattete hierbei dem Lawra-Kloster einen Besuch ab. Er betrat mit seinem Gefolge etwa 11,40 Uhr das Kloster und verliess den Klosterhof gegen 12,30 Uhr. Wenige Minuten vor 14,30 Uhr ereignete sich innerhalb des Klostergebäudes eine kleine Explosion. Eine der herbeieilenden Polizeiwachen sah noch drei flüchtende Gestalten; sie wurden erschossen. Wenige Minuten später erfolgte eine ungeheure Detonation, die das gesamte Klostergebäude zertrümmerte. Die Sprengmassen müssen wahrscheinlich schon früher gelegt worden sein. Nur der sorgfältigen Absperrung und scharfen Bewachung des gesamten Gebäudes ist es zu verdanken, dass die Sprengung nicht schon früher erfolgte. Offensichtlich handelt es sich um einen Anschlag auf die Person des Staatspräsidenten Tiso. Die drei vermutlichen Täter konnten nicht identifiziert werden, weil sie keinerlei Ausweispapiere bei sich trugen.

Meldungen der Einsatzgruppe D liegen nicht vor.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

- B.Nr. IV A 1 - 1 B/41 - Gls -

B Ib-132-
Berlin, den 10. Nov. 1941.

22

Schreiben Nr. 10/41

55 Ausfertigungen.

57 Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 131.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Die mit der Ereignismeldung Nr. 120 vom 5.11.1941
gemeldeten Standorte und Nachrichtenverbindungen sind
unverändert geblieben.

-21-

- 2 -

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A.

Standort K r a s n o w a r d e i s k .

Allgemeine Stimmung.

Die Kritik der lettischen Bevölkerung an den Massnahmen der deutschen Zivilverwaltung hat in der Berichtszeit sich weiter verschärft. Anzeichen deuten darauf hin, dass man sich - weil machtlos - mit dem augenblicklichen Zustand zunächst abfindet, aber auch bereits nach Auswegen sucht. So entwickelt die seinerzeit von Ulmanis organisierte Jugendbewegung "Mazpulki" eine Aktivität, die unter Valdmanis Führung darauf hinaus geht, die Selbständigkeit Lettlands zu propagieren.

Der lettische Bauernbund, der schon immer englandfreundlich eingestellt war, es aber ablehnte, mit den Kommunisten zu gehen, hat offenbar seine Ansicht geändert. Es scheint, als ob er heute auch für ein Zusammengehen mit den Kommunisten gewonnen werden könnte. Der Perkonekrust aber, der einmal unter der Regierung Ulmanis gegen Bauernbund und Kommune gekämpft und Opfer gebracht hat, versucht - wenn zunächst auch noch unauffällig - seine Organisation zu erweitern, um notfalls die tragende Bewegung des enttäuschten lettischen Volkes zu sein.

Der Gedanke an eine nationale lettische Einheitsfront ist wach. Er wird in führenden lettischen Kreisen propagiert.

Einige Vorgänge in der letzten Woche haben innerhalb der lettischen Bevölkerung besondere Mißstimmung hervorgerufen.

Anfang der Berichtswoche wurde die lettische Schutzmannschaft auf dem Domplatz vom Befehlshaber der Ordnungspolizei verabschiedet. Diese Feierlichkeit wurde vorher nicht bekanntgegeben und ausserdem war der Domplatz, auf dem die Veranstaltung stattfand, für die Bevölkerung

gesperrt. Sowohl die Schutzmannschaft, als auch deren Angehörige, haben es schmerzlich empfunden, dass bei dieser Verabschiedung nur das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied, nicht aber die lettische Nationalhymne gespielt wurde. Ebenso wurden national-lettische Fahnen vermisst.

Am 23.10.1941 wurde auf Anordnung des Gebietskommissars an der Rigaer Oper die Aufschrift "Die Stadt den darstellenden Künsten" angebracht. Es ist dieselbe Aufschrift, die in der Zeit, ehe Lettland ein selbstständiger Staat war, über dem Portal dieses Theaters prangte. In der lettischen Bevölkerung wird diese Maßnahme als eine baltendeutsche Herausforderung empfunden. Man befürchtet, dass es mit der national-lettischen Oper nun bald zu Ende sei.

Schliesslich hat Prof. S p o h r in der letzten Woche den Lehrkräften der Universität gegenüber geäußert, dass eine Tätigkeit der Universität in der alten Form nicht mehr aufgenommen wird. Es sollen lediglich die letzten 3 Semester in der juristischen und philologischen Fakultät arbeiten können. In den anderen Fakultäten sollen die Arbeiten ohne Aufnahme von neuen Studenten beendet werden. Die theologischen Fakultäten werden vollkommen geschlossen. Diese Maßnahmen bringen es mit sich, dass die Universität in Riga ihre Tätigkeit in absehbarer Zeit einstellen muss.

Die Bevölkerung in der Moskauer Vorstadt in Riga ist in der letzten Woche mit Meldungen über Nachtangriffe russischer Flieger beunruhigt worden und hat daraufhin mehrere Nächte in den Kellern zugebracht. Es wird auch über Mißhandlung russischer Kriegsgefangener seitens der Deutschen Wehrmacht gesprochen. Urheber und Verbreiter dieses Gerüchts, die vermutlich aus jüdisch-kommunistischen Kreisen stammen, konnten bisher nicht festgestellt werden.

Im Gebiet Lettgallen ist schliesslich festgestellt worden, dass die russische Bevölkerung die stark bolschewistisch infiziert ist, mit russischen Kriegsgefangenen und russischem Militär, welches sich noch in den Sümpfen und Wäldern Lettgallens versteckt hält, Verbindung aufgenommen hat.

Kulturelle Gebiete.

a) Rechtswesen.

In den Kreisen der Juristen wird allgemein davon gesprochen, dass in allernächster Zeit als Leiter des Justizwesens für das Ostland der frühere Rigaer Rechtsanwalt N o l t e n in Riga eintreffen werde. N. soll angeblich beauftragt sein, auch das lettische Justizwesen den veränderten Verhältnissen anzupassen.

Am 21.10.41 ist in Riga der frühere Richter des Bezirksgerichts Leo von B r u e m m e r eingetroffen. Br. kommt als Beauftragter für das Gerichtswesen im ehemaligen Staatsgebiet Lettland.

Diese Nachrichten sind in Juristenkreisen mit besonderer Freude aufgenommen worden.

Die in diesen Tagen erlassene Anordnung über die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Zivilgerichte in Angelegenheiten des Familienrechts hat - insbesondere im Hinblick auf die Häufung von Ehesachen - grosse Genugung ausgelöst.

b) Gesundheitswesen:

Am 18.10.41 wurde die Gesundheitskammer für das Ostland eröffnet. Man erhofft, hiervon eine allgemeine Besserung der Lage im lettischen Gesundheitswesen. Bei dieser Gelegenheit gab H-Brif. W e g n e r vor der lettischen Ärzteschaft die beifällig aufgenommene Versicherung ab, dass im Dienste

der Volksgesundheit für Kommunisten kein Platz vorhanden sein werde. Die materielle Lage der Ärzte ist kritisch. Viele Ärzte sollen gezwungen sein, Möbel, Kleidung und sonstige Wertgegenstände zu veräußern, um überhaupt existieren zu können.

e) Theaterwesen:

Im Dünaburger Theater wurde mit dem Engagieren des Künstler- und des administrativen Personals begonnen. Das Theater soll in etwa einem Monat eröffnet werden.

Im Libauer Theater ist der von der Kultur-Direktion angestellte Direktor S i l e n i c k s wieder abgesetzt worden, da die Propagandaabteilung ihre Genehmigung nicht erteilt hat.

Die Rigaer Oper und das Dailes-Theater geben noch wie vor Vorstellungen bei ausverkauften Häusern.

Die Theaterabteilung des Kulturdirektoriums hat mit der Registrierung aller arbeitslosen Bühnenkünstler begonnen. Zugleich sollen auch die an den Bühnen tätigen Künstler registriert und qualifiziert werden. Die Theaterabteilung hat ferner in den letzten Wochen Besprechungen mit Vertretern der Kunstabteilung des Zentralbüros der Berufsverbände in Budget- und Personalfragen für das neu zu gründende Volkstheater innerhalb der Institution "Erholung und Lebensfreude" gepflogen.

Am Montag, den 20.10.41, fand in Riga (Opernhaus) ein Sinfoniekonzert, veranstaltet von der Philharmonie der Direktion für Kunst und Kulturangelegenheiten statt. Die Leistungen des erweiterten Opernorchesters unter Leitung des Dirigenten M e d i n s , der übrigens durch den von den Sowjets erteilten Auftrag, eine bolschewistische Oper zu komponieren, politisch belastet erscheint, war als durchschnittlich gut zu bezeichnen.

Von dem lettischen Verein für Altertumsforschung wird dringend die Aufstellung eines Orchesters von lettischen National-Instrumenten gewünscht.

Presse.

Nach der am 12.10. im Kulturdirektorium gehaltenen Beratung der Schriftsteller und Publizisten wurden die Arbeiten betreffend Herausgabe der literarischen Monatsschrift fortgesetzt. Nach 3-tägigen Besprechungen ist der Redaktionsbestand endgültig festgesetzt und die Genehmigung der Propaganda-Abteilung erteilt worden.

Die Abteilung für Verlag, Druckereien und Druckarbeiten im Kulturdirektorium hat die technischen Voraussetzungen für die Herausgabe eines Buches über die in der Zeit vom 17.6.40 bis Juli 1941 angerichteten Greuelthaten der Bolschewisten in Lettland geschaffen.

Schrifttum.

Von der Propaganda-Abteilung wurde die Herausgabe von Kirchenkalendern in Lettland mit geringfügigen Einschränkungen bewilligt. So wurde bereits nach Durchsicht des Manuskriptes von der Propaganda-Abteilung ein katholischer Kalender, dessen Herausgeber der Geistliche Albert Piebalges in Venden ist, zum Druck freigegeben. Die Propaganda-Abteilung hat inzwischen Auftrag der Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und des SD, das Manuskript zur Zensur vorzulegen. Die Drucklegung ist somit zunächst verhindert. Der Orthodoxen Kalender wurde abgelehnt, da die Herausgabe in russischer Schrift nicht erlaubt ist.

Für die Weihnachtsproduktion wurden von der Propaganda-Abteilung 40 neue Bücher zum Druck freigegeben.

Wirtschaft.

1.) Allgemeine Lage.

Nach der Befreiung Rigas durch die deutsche Wehrmacht gewannen die Letten durch den Aufruf des Militärbefehlshabers, dass alle Betriebe und Behörden weiter zu arbeiten hätten, den Eindruck, dass man den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes im grossen Umfange den Letten selbst überlassen würde. Wenn in der ersten Zeit aus der Kriegslage heraus auch verschiedene widersprechende Verordnungen erlassen wurden, so wurden die Letten in ihrer Meinung durch das Verhalten der deutschen Wehrmachtsdienststellen doch bestärkt.

Seit der Einführung der Zivilverwaltung hat sich die Lage merkbar geändert. Zunächst übernahm die Zentralhandelsgesellschaft Ost die gesamte Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse an die Wehrmacht. Dies wurde als Kriegsmassnahme verstanden. Gleichzeitig monopolisierten sie aber andere Zweige, wie z.B. den Butterexport nach Deutschland, trotzdem durch die bestehende Molkereizentrale direkte Verbindungen mit den reichsdeutschen Importorganisationen bestanden.

Der Zentralhandelsgesellschaft Ost folgten eine Reihe von Gesellschaft^{en} mit beschränkter Haftung, die von den Letten als privatwirtschaftliche reichsdeutsche Unternehmen bewertet werden. Diese Gesellschaften haben eine Reihe von Industriezweigen in ihre Hand gebracht, so u.a. auch das staatliche Flachsmonopol.

2.) Ernährungslage.

Der frühe Winter hat einen Teil der Ernte - 35% Kartoffel und Rüben befinden sich noch auf den Feldern - vernichtet. Die Bauern befürchten, dass

sie ihre Viehbestände deshalb nicht durch den Winter bringen können.

Die Ausgabe von Lebensmitteln nach dem Wartensystem hat sich inzwischen eingespielt. Da die zuge teilten Mengen in letzter Zeit ohne Schwierigkeiten abgegeben wurden, hat das Schlagestehen in den Lebensmittelgeschäften bedeutend nachgelassen. Durch Privataufkäufer, die aufs Land fahren, wird im Schleichhandel umfangreich mit Lebensmitteln gehandelt. Die Preise im Schleichhandel sind etwa 4 bis 5 mal so hoch wie im normalen Handel. Durch die dunklen Elemente, die diesen Schleichhandel betreiben, werden auf dem Lande abträgliche Gerüchte verbreitet, die den Zweck verfolgen, den Bauern von einer selbständigen Ablieferung der Waren in den Städten abzubringen.

3.) Handwerk.

Nachdem die grundlegende Verordnung des Reichskommissars über die Reprivatisierung des Handwerks ergangen ist, macht man sich in Handwerkerkreisen besonders über die Kreditfragen Sorgen. Die früheren Inhaber, die jetzt die Betriebe wieder erhalten sollen, verfügen nicht mehr über flüssige Betriebsmittel, um ihren Betrieb selbständig fortzuführen. Bisher sind nur grössere Kreditinstitute ins Leben gerufen worden. In Anbetracht der grossen Zahl der Handwerkerunternehmungen werden diese aber wohl kaum die Finanzierung des Handwerks durchführen können. Die Handwerker sind daher daran interessiert, dass die vorgesehenen Kredite durch die früher bestehende Handwerkspar- und Darlehns-gesellschaft geleitet werden.

Vollzugstätigkeit.

I. Durchsuchungen.

Die Sicherheitspolizei in Riga nahm Kontrollen und Durchsuchungen an insgesamt 226 Stellen vor.

In dem Hause Podaraga 4 "Haus Seeberg", das unweit des Flugplatzes gelegen ist, wurde eine russische Sendeanlage vorgefunden. Es handelt sich um eine russische Radiostation Type "R S M" (24) Nr. 119, Erzeugerjahr 1937. In dem fraglichen Hause hatten zur Russenzeit einige Politruks und Soldaten gewohnt. Als sich die deutschen Truppen Riga näherten, haben die Politruks fluchtartig das Haus verlassen. Deutsche Soldaten, die später dort Quartier belegt haben, haben den Sender hinter dem Hause unter einer Stiege abgestellt. Er ist offensichtlich seit dieser Zeit nicht mehr benutzt worden.

II. Festnahmen.

1.) Es wurden festgenommen:

- 45 kommunistische Funktionäre oder Angehörige kommunistischer Organisationen,
- 5 Juden,
- 3 Personen wegen Verkehrs mit russischen Kriegsgefangenen,
- 22 entflozene Kriegsgefangene.

2.) Am 13. Oktober 1941 waren im Kreise Tuckum einzelne versprengte Rotgardisten gesichtet worden, die von Ösel her in Booten an der kurländischen Küste gelandet waren. Durch energische Fahndung, die gemeinsam mit der Hilfspolizei und der freiwilligen Polizeireserve durchgeführt wurde, gelang es, 19 Rotgardisten gefangen zu nehmen. Ein Rotgardist, der sich der Festnahme durch die Flucht entziehen wollte, wurde erschossen.

- 3.) Am 20.10.1941 wurde der Jude Max W u l f s o n in seiner Wohnung in Riga festgenommen. Wulfsen steht im dringenden Verdacht, Verbindungsmann des im Jahre 1933 aus Deutschland emigrierten Lehrers Karl Eihndorff gewesen zu sein, der mit sowjetrussischen und englischen Agenten in Verbindung stand. Eihndorff selbst ist am 27.3.41 durch Beamte des NKWD festgenommen worden. Über seinen Verbleib konnte bisher nichts in Erfahrung gebracht werden. Vermutlich ist er nach Russland transportiert worden.
- 4.) Am 24.10.1941 wurden 3 Arbeiter der Lederfabrik "Uglas", Riga, festgenommen.

Nach einer im Kontor der Fabrik vorgefundenen Liste haben diese Personen für die Erfüllung spezieller Aufgaben der Partei am 14.6.1941 - das ist der Tag, an dem in Lettland die Verschleppung nationaler Letten durch das NKWD durchgeführt wurde - Geld bis zur Höhe eines Tageslohnes erhalten und darüber auch quittiert. Sie sind zum Teil geständig, an der Festnahme der Verschleppten beteiligt gewesen zu sein.

- 5.) Festgenommen wurden zwei Aufseher des Zentralgefängnisses. Beide haben Nachrichten von Gefangenen an deren Angehörige bzw. von Angehörigen an Gefangene übermittelt und sich dafür bezahlen lassen.

III. Exekutionen.

In der Zeit vom 18. bis 25. Oktober 1941 wurden exekutiert:

	in Riga	115 Kommunisten
	" "	6 Juden,
Im Gebiet der Aussenstelle	Wolmar	56 Kommunisten,
	"	15 Juden
	Libau	12 Kommunisten,
		18 Juden.
		220
		=====

Das vorläufige Gesamtergebnis im Bereich des Einsatzkommandos 2 beträgt hiernach 31 598.

IV. Verschiedenes.

Meldungen der Aussenstellen.

a) Wolmar.

In der Berichtswoche wurde vorwiegend eine Überprüfung der Akten der durch die lettische Hilfspolizei festgenommenen Personen durchgeführt.

Am 23.10.1941 wurden folgende Exekutionen vorgenommen:

in Wenden	9	Kommunisten	3	Juden,
" Wolmar	12	"	10	" ,
" Walk	15	"		
" Smilten	7	"		
" Marienburg	12	"		

56 Kommunisten 13 Juden.

=====

Darmit dürften im Gebiet, mit Ausnahme von Madon, voraussichtlich keine Exekutionen mehr erforderlich sein.

b) Libau.

In der Berichtszeit sind in Libau und den umliegenden Landkreisen 15 Angehörige kommunistischer Organisationen festgenommen worden. In den Libauer Gefangenenanstalten sitzen z.Zt. 692 politische Häftlinge ein. Durchsuchungen und Kontrollen wurden an 14 Stellen durchgeführt.

In Libau wurden 4 Jugendliche festgenommen, die den Versuch gemacht hatten, eine illegale Gruppe zu bilden. Es handelt sich bei den Festgenommenen um ehemalige Angehörige der Roten Pioniere (kommunistische Jugend). Sie hatten die Absicht, sich Waffen zu beschaffen, um bei der von ihnen erwarteten Revolution in Deutschland oder bei einer evtl. Rück-

kehr der Russen gegen die deutsche Wehrmacht einen Partisanenkrieg zu organisieren. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Täter sind zum Teil geständig.

Bei der Festnahme eines Libauer Juden wurde in dessen Wohnung Strychnin in einer Menge vorgefunden, die ausreichend wäre, um 1000 Menschen zu vergiften. Das Gift befand sich bereits seit längerer Zeit in den Händen des Juden. Über seine Herkunft macht er unglaubliche Angaben. Er wird exekutiert.

Beim Plündern jüdischer Wohnungen in Libau wurden 2 Letten festgenommen, die sich als Beauftragte der Deutschen Sicherheitspolizei ausgegeben hatten. Beide wurden exekutiert. Da sich die Plünderungen in letzter Zeit gehäuft haben, wurde die Erschiessung der Letten in der örtlichen Presse veröffentlicht.

Zur Zeit werden Ermittlungen wegen Beschiesung einer Ordormanz der Marine durchgeführt. Die Verdachtsgründe haben sich gegen einen bestimmten Personenkreis verdichtet. Es ist zu erwarten, dass die Ermittlungen zu einem Erfolg führen werden.

In der Berichtszeit wurden 30 Personen - 10 Juden und 12 Kommunisten - exekutiert.

Meldungen der Einsatzgruppe B, C und D liegen nicht vor.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 12. Nov. 1941.

- E.Nr. IV A 1 - 1 B/41 - gRs -

Geheime Verbriefung

60
55 Ausfertigungen.

51 Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 132.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Zeit: 12.11.1941.

Höh. u. und Pol.-Führer Nord 101

(Prützmann)

Standort: Riga,

Einsatzgruppe A (Dr. Stahlecker)

Standort:

Krasnowardeisk

N-Verbindungen:

Funkverbindung, Fernschreibverbin-
dung: Riga,

Sonderkommando 1a:

(Sandberger)

Standort:

Reval, Narwa, Dorpat, Pernau und
Ahrensburg (Ösel),

N-Verbindungen:

Funkverbindung Krasnoje - Narwa
Fernschreibverbindung Reval
Feldpost-Nr. 15 119.

Sonderkommando 1b:

(Thrlinger)

Standort:

Tossne, Mjedwjed, Mestonja,
Staraje-Ruska,

N-Verbindungen:

Funkverbindung Tossno,
Feldpost-Nr. 15 119.

Einsatzkommando 2:

(Strauch)

Standort:

N-Verbindungen:

Teile in Riga, Schaulen und Libau,
Funkverbindung Riga
Fernschreibverbindung Riga u. Libau
Feldpost-Nr. 15 447.

Einsatzgruppe 3:

(Jäger)

Standort:

N-Verbindungen:

Dünaburg, Kowno, Wilna, Baranowice,
Minsk
Funk- und Fernschreibverbindun-
gen Wilna, Kowno
Feldpost-Nr. 15 641.

MöH. u. Pol.-Führer Mitte (102)

(von den Bach)

Standort:

Mogilew

Einsatzgruppe B (Neumann):

=====

Standort:

Smolensk, Vorkom. in Moschaisk,
Funkverbindung, Kurierverbindung
über Warschau und Fernsprecher über
V.D. Smolensk

N-Verbindungen:

Funkverbindung Smolensk
Feldpost-Nr. 37 857

Sonderkommando 7 a:

(Steimle)

Standort:

N-Verbindungen:

Rshew und Kalinin
Funkverbindung Rshew
Feldpost-Nr. 05 607.

Sonderkommando 7 b:

(Rausch)

Standort:

N-Verbindungen:

Nachkom. in Brjansk, Vorkom. Tula
Funkverbindung Orel,
Feldpost-Nr. 18 555

Einsatzgruppe 2:

(Bradfish)

Standort:

Mogilew mit Trupps in Witebsk,
Gomel, Orscha u. Kritschew,

F-Verbindungen:

Funkverbindung

Feldpost-Nr. 37 857.

Einsatzkommando 2:

(Schäfer)

Standort:

Wjasma mit Trupps in Gshatsk und
Smolensk,

F-Verbindungen:

Funkverbindung Wjasma

Feldpost-Nr. 37 857.

Sonderkommando "Moskau":

Standort:

Malojaroslavez

F-Verbindungen:

Funkverbindung Malojaroslavez

Mh./u. Pol.-Führer Süd (103):

(Jecheln)

Standort:

Kriwoj-Rog

F-Verbindungen:

Fernschreibverbindung Lemberg

Einsatzgruppe C (Dr. Dr. Rasch):

=====

Standort:

K i e w

F-Verbindungen:

Fernschreibverbindung über Lemberg
von dort aus Kurier

Funkverbindung Kiew

Feldpost-Nr. 32 704.

Sonderkommando 4 a:

(Böbel)

Standort:

Kiew, Vork. Charkow,

F-Verbindungen:

Funkverbindung Kiew *Dnjeprgub. Kiew*

Feldpost-Nr. 22 789.

Sonderkommando 4 b:

(Braune)

Standort:

Poltawa, Trupps auf dem Wege nach
Slawiansk bez. Frontatorkaja

Funkverbindung Poltawa
Feldpost-Nr. 34 310.

Kaum
Einsatzgruppe 5:

(Meyer)

Standort:

Kiew, Trupps in Shitomir, Rowne, Winniza,

N-Verbindungen:

Funkverbindung Kiew

Feldpost-Nr. 35 102.

Einsatzkommando 6:

(Kröger)

Standort:

Dnjepropetrowsk,

N-Verbindungen:

Funkverbindung Dnjepropetrowsk

Feldpost-Nr. 35 979.

Höhl. u. Pol.-Führer z. b. V.

(Korsemann)

Standort:

R o w n e .

Einsatzgruppe D (Ohlendorf):

Standort:

Simferopol

N-Verbindungen:

Funkverbindung

Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10 a:

(Seetzen)

Standort:

Nachk. in Mariupol, Melitopol
Taganrog, Vorkom. nördlich
Simferopol, *n. Berdjansk*

N-Verbindungen:

Funkverbindung Taganrog

Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10 b:

(Ferstner)

Standort:

Feodosia, Vork. in Kertsch
Teilk. in Alushta n. S. dak
Marsch auf

Sewastopol,

N-Verbindungen:

Funkverbindung: ~~Skečewsk~~, *a. J. Marsch*

Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 11 a:

(Zapp)

Standort:

Yalta, Teilk. von Sewastopol, in
Beichtschisaraj n.

Simferopol, Vorkom. Jempatorija,

~~N-Verbindungen:~~

~~Funkverbindung Skečewsk,~~

Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 11 b:

Standort:

~~N-Verbindungen:~~

Marsch auf Linapopol
Odessa

~~Funkverbindung Odessa,~~

Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 12:

(Moske)

Standort:

N-Verbindungen:

Teil K.v. Novotscher Kowsk
Michailowka, *Stalin*

Funkverbindung Michailowka

Feldpost-Nr. 47 540.

I. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A.

Standort Krasnowardaisk.

Kirche.

Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD erfasste ein von Michael Krupawitsch, Pfarrer an der römisch-katholischen Kirche in Kalvarija - Litauen - herausgegebenes, an die Mitglieder des Präsidiums der Litauischen Räterepublik gerichtetes

Memorandum

über Zusammenarbeit der Katholiken mit den Kommunisten.

Der Verfasser hat es ausgezeichnet verstanden, in der der katholischen Geistlichkeit eigenen Verschlagenheit und Unterwürfigkeit zunächst auf die zwischen Kommunismus und Katholizismus bestehende Kluft in der Weise einzugehen, dass er damit wohl selbst kaum die in solchen Angelegenheiten recht feinfühligen bolschewistischen Machthaber verletzen konnte. In ölligen Redewendungen und in kriecherischem Tone hält er den bolschewistischen "Staatsmännern" vor, was sie seit der Übernahme des litauischen Staates durch die UdSSR. nach seiner Meinung der katholischen Kirche an Unrecht zugefügt hätten. Er führt aus, dass den Kirchengemeinden und Klöstern die Ländereien, den katholischen Geistlichen Gehalt und Pension genommen, sämtliche religiösen Zeitungen, Wochenschriften und Bücher, sowie der Religionsunterricht in den Schulen verboten und profane Personenstandsakten eingeführt wurden. Diese Massnahmen stellt er jedoch als ein Übergangsstadium und als einen neuen Weg, der der katholischen Kirche von der kommunistischen Partei gewiesen werde, hin und nicht als Gewaltakt.

In der umfangreichen Schrift widmet der Verfasser dann seine besondere Aufmerksamkeit der Untersuchung der Möglichkeiten der Zusammenarbeit der katholischen Kirche mit der kommunistischen Partei. Er geht in seiner

Betrachtungen bis zu den Anfängen der christlichen Kirche überhaupt zurück und stellt fest, dass schon Christus sich an die Armen und Unterdrückten gewandt und ihnen geholfen hätte. Auch in der Folgezeit wäre die katholische Kirche immer ausschließlich und allein ein Freund und Helfer der arbeitenden Volksschichten und daher von jeher kommunistisch eingestellt gewesen. Auch die Päpste haben sich nach den "wissenschaftlichen" Feststellungen Krupawitsch's in allererster Linie für die Armen eingesetzt, indem sie für die Abschaffung der Sklaverei und die gerechte Entlohnung der Arbeiter eingetreten sind. Aber nicht nur für den Wert der Arbeit habe sich die katholische Kirche eingesetzt, sondern auch der Handel sei von ihr nach Gebühr gefördert worden. Viele Klöster und Hospize, z.B. in den Alpen, seien eigens zu diesem Zweck errichtet worden. Um den Handel zu fördern, habe sich die katholische Kirche mit den Juden verbunden und seien die Juden lange Zeit hindurch von den Päpsten unterstützt worden.

In neuerer Zeit hätten sich Leben und Verhältnisse der katholischen Kirche zwar geändert. Ihre Lehren und ihre Praxis seien jedoch die gleichen geblieben. Auch in neuerer Zeit habe sich die katholische Kirche mit aller Kraft für die arbeitenden Volksschichten eingesetzt. Sie verfolge daher in diesem Punkte dieselben Ziele wie der Kommunismus.

Das Ziel sei nach Ansicht des Verfassers das gleiche, nur die Wege zur Erreichung desselben seien verschieden. Der Kommunismus habe der katholischen Kirche seine Wege offenbart und die Katholische Kirche müsse versuchen, sich diese im Interesse der Erreichung der gemeinsamen Ziele zu eigen zu machen. Der Kommunismus sei der katholischen Kirche in so vielen Punkten, wie z.B. der Fürsorge für die Armen, der Ablehnung des Kapitalismus und der Rassenlehre, we-

sensverwandt, dass sich bei einigen guten Willen seitens der katholischen Kirche ein Weg für die enge Zusammenarbeit finden lassen müsste.

Zusammenfassend erklärt K.:

"Es kann nicht verlangt werden, dass in einem kurzen Memorandum das ganze kirchliche, soziale und Arbeiterprogramm erörtert wird. Ich habe nur kurze Auszüge aus ihm gegeben, aber auch daraus geht klar hervor:

1. Die Kirche ist ein Feind des Kapitalismus und seiner Werke,
2. die Kirche kämpft gegen den Kapitalismus,
3. sie steht auf Seiten des Proletariats,
4. sie ergreift Mittel, sein Los zu verbessern und die Quellen der Ungerechtigkeit und des Elends zu verstopfen.

Es ist klar, dass

DIE KATHOLIKEN MIT DEN KOMMUNISTEN ZUSAMMEN EIN BREITES ARBEITSFELD HABEN."

An anderer Stelle heisst es wörtlich:

"Wir haben keine Angst, mit den Kommunisten auf einem uns gemeinsamen Felde zusammenzuarbeiten, um so mehr, als dieses Feld litauisch ist. Dieses Feld ist uns Katholiken, wie auch den Kommunisten, gleich teuer. Wir Katholiken haben für Litauen gearbeitet und uns auch nicht zurückgezogen, als es den Worten des Bischofs Baranuskas gemäss dunkel und schwarz war. Wir haben dafür gearbeitet, als es grün war und das Regime von Smetona Konzentrationslager, Gefängnis und Ausweisung gab. Wir wollen auch alles einsetzen und für Litauen arbeiten, nachdem es rot geworden ist."

Es werden dann Stellen aus bolschewistischer Literatur zitiert, denen entsprechend der Kommunismus die Religion als nützlich und fortschrittlich anerkennt und daher die Ausübung des religiösen Kults durch Strafgesetze geschützt hat, und daraus gefolgert, dass der

Kommunismus der Kirche nur die Lebens- und Arbeitsbedingungen lassen müsste, wie dies auch in anderen Staaten, die die Kirche vollkommen vom Staat getrennt haben, der Fall sei.

Im Verlaufe seiner weiteren Erörterungen über die Zusammenarbeit der katholischen Kirche mit dem Kommunismus kommt der Verfasser zu folgender Feststellung:

"Ich glaube nicht, dass der Kommunismus seiner antireligiösen Handlung wegen die ganze katholische Öffentlichkeit gegen sich stellen wird. Ich glaube ebenfalls, dass die den Katholiken und ihrer Kirche ungünstigen ersten Schritte nur ein Übergangsstadium sind.

Ich glaube sogar an ein Paradoxon, dass es in unserer Zeit ganz möglich ist, Katholik-Kommunist zu sein, wie auch zu Zeiten der Apostel christliche Kommunisten möglich waren, wie heute katholische Mönche absolute Kommunisten sein können."

Nach weiteren Treueversicherungen an die Sowjets und der Erklärung, er habe sich schon längst für die zivile Matrikulation der Gottlosen eingesetzt, da die Geistlichkeit das Gewissen der Ungläubigen nicht vergewaltigen wolle, wird noch einmal die Bereitschaft der Katholiken hervorgehoben, loyale Bürger und Mitarbeiter der Räterepublik zu werden, wenn nur die Räterepublik die katholische Kirche unter ihren Schutz nehmen und die ihr auferlegten Beschränkungen aufheben würde. Das vorstehend inhaltlich bezw. auszugsweise wörtlich wiedergegebene Memorandum ist insofern von Bedeutung, als es klar erkennen lässt, in welcher skrupelloser Weise und mit welchen verwerflichen Mitteln und Methoden namhafte Vertreter der katholischen Geistlichkeit ihre kirchlichen Einrichtungen und nicht zuletzt auch ihre bisherigen persönlichen Vorrechte zu retten versuchen.

Einsatzgruppe C.

Standort K i e w .

Dnjepropetrowsk.

Allgemeines.

Dnjepropetrowsk ist eine Stadt von ursprünglich 5 x 100 000 Einwohnern, in der sich genau wie in Kiew im Gegensatz zu bisher berührten Städten das russische Element bereits stark bemerkbar macht. Nach nicht zu überprüfenden Angaben dürfte sich die Bevölkerung aus etwa je 30% Ukrainern, Russen und Juden zusammengesetzt haben, während der Rest auf andere Nationalitäten entfällt. Ein Großteil der Bevölkerung, insbesondere die Juden, ist geflüchtet. Trotzdem ist ein erheblicher Zuwachs an bolschewistisch eingestellten Elementen festzustellen. Während der etwa 5-wöchigen Artilleriebeschiessung der Stadt durch die Russen wurden zahlreiche Fälle von Spionage, Sabotage und deutschfeindlicher Hetze festgestellt. Insbesondere die deutschfeindliche Hetze wurde in Form von Flüsterpropaganda hauptsächlich durch Juden betrieben. Immer wieder wurde behauptet, die Sowjets würden in allernächster Zeit zurückkehren und Rache an den antikommunistischen Elementen nehmen. Nach weiterem Vorrücken der Front hat diese Propaganda zunächst merklich nachgelassen.

Gebietsverwaltung und politische Tätigkeit.

Bereits unmittelbar nach der deutschen Besetzung entstand die Gebietsverwaltung Dnjepropetrowsk. Den Vorsitz führte der Prof. O l e j n i t s c h e n k o . Die Verwaltung wurde mit Zustimmung des Feldkommandanten ins Leben gerufen. Gleich in der ersten Zeit ihrer Tätigkeit stand die Gebietsverwaltung unter dem Einfluss des OUN-Mannes R e g e i j , der inzwischen durch das Einsatzkommando abgeschoben wurde. Der Feld-

kommandant, Oberst v. A l b e r t i , genehmigte diese "Gebietsverwaltung" nicht nur als Hilfsorgane für die Militärverwaltung, sondern als eine Art von eigener ukrainischer Souveränität. Dieser Gebietsverwaltung bescheinigte der Feldkommandant schriftlich, dass die "Ukraine" demnächst als einer der grössten Staaten in die europäische Völkerfamilie aufgenommen werden würde. Infolgedessen begann diese Gebietsverwaltung sich weniger mit praktischen Dingen zu befassen, sondern Politik zu treiben. Die Gründung eines nationalen ukrainischen Klubs, also einer Art politischen Partei, war vom Feldkommandanten fast genehmigt worden. Laut Klubstatut sollte das gesamte Gebiet D. mit Ortsgruppen dieses Klubs überzogen werden. Zu den Aufgaben gehörte in erster Linie sein Wirken auf nationalem, ukrainisch-staatlichem Gebiet. Die Statuten waren äusserst geschickt abgefasst und konnten durch das Recht, Vorträge und Versammlungen abzuhalten, zu jedem nur erdenklichen Zwecke gebraucht werden. Die treibende Kraft bei der Gründung dieses Klubs war Olejnitschenko. Als Vorsitzender war der ehemalige Lehrer S o k o l vorgesehen. Bei Überprüfung der Person des Sokol wurde festgestellt, dass dieser eine Pension von 250 Rubel für besondere revolutionäre Verdienste von den Sowjets bezogen hatte (Prof. Olejnitschenko ist als antikommunistisches Element von den Sowjets längere Zeit in Haft gehalten worden. Es steht jedoch ausser Zweifel, dass er ein ebenso überzeugter ukrainischer Nationalist ist, für den die Deutschen nur ein notwendiges Übel darstellen, das zu beseitigen im Interesse eines ukrainischen Staates liegt.). Die Gebietsverwaltung hatte sich als erstes ein grösseres Staatssiegel mit Wappen und der Umschrift "Ukrainestaat. Gebietsverwaltung Dnjepropetrowsk" anfertigen lassen. Min Beauf-

tragter des Einsatzkommandos 6, der beim Präsidenten dieser Gebietsverwaltung entsprechende Massnahmen ergreifen sollte, wurde zunächst mit dem Bemerken abgespeist, dass die Verwaltung und ihre führenden Männer das Vertrauen des Feldkommandanten besäßen. Aufgrund dieses Verhaltens wurde zunächst der stellvertretende Präsident und 6 Abteilungsleiter festgenommen und das Staatssiegel beschlagnahmt (gegen die 6 Abteilungsleiter lag belastendes Material im Sinne früherer bolschewistischer Betätigung vor). Der Angriff vom SD wurde vom Feldkommandanten zunächst in scharfer Form abgelehnt. Erst als der Kommandeur des Einsatzkommandos 6 in der sehr heftigen Unterredung dabei blieb, die Häftlinge und das Staatssiegel nicht herausgeben zu können und ihm das Unhaltbare der Handlungsweise vorstellte, kam es zu einer Einigung, derzufolge der Feldkommandant die Zusicherung gab, Anordnungen auf zivilem Gebiet nur mit Zustimmung des SD vorzunehmen. Die Hilfspolizei in D. arbeitet unter einem eigenen Polizeichef durchaus gut. In zahlreichen Fällen wäre die Entdeckung von bolschewistischen Elementen ohne ihre Hilfe kaum möglich gewesen. Da es zu mehrfachen Reibungen wegen der Unterstellung dieser Hilfspolizei mit der Feldkommandantur und der "Gebietsverwaltung" kam, hat das zuständige Einsatzkommando angeordnet, dass die Hilfspolizei ausschliesslich dem SD untersteht. Die Feldkommandantur hat sich nach anfänglichem Widerstand hiermit abgefunden und seitdem ist die Zusammenarbeit reibungslos.

Mit Genehmigung des Feldkommandanten sollte am 25.10.1941 die Universität in Dnjepropetrowsk ihre Lehrtätigkeit wieder aufnehmen. Die hierzu notwendigen Vorarbeiten sind bereits abgeschlossen. Da der Zeitpunkt der Wiedereröffnung der Universität durchaus verfrüht ist, wurde die Wiederinbetriebnahme der

Lehrtätigkeit durch die Einsatzgruppe C verboten. Genehmigt wurde die weitere Sichtung des Lehrmaterials und die Instandsetzung der Laboratorien sowie die praktische Beschäftigung der Medizinstudenten des letzten Semesters in Universitätskliniken. Vorlesungen dürfen auch in der medizinischen Fakultät nicht gehalten werden.

Ernährungslage.

Die Ernährung in Dnjepropetrowsk ist ausserordentlich angespannt. Durch den verhältnismässig langen Stillstand der Front am Dnjepr sind die Ernteergebnisse in den westlichen Gebieten sehr dürftig, in den östlichen Gebieten geradezu katastrophal. Durch Feindeinwirkung, durch Mangel an Maschinen, an Arbeitskräften, durch Verschleppung von Vieh, ist eine Lage entstanden, die zur Besorgnis Anlass gibt. Dazu kommt noch, dass für die Monate Oktober, November und Dezember 100 000 ^{Stück} Großvieh an das Reich abgeliefert werden müssen, ausserdem noch nicht bekannte Mengen an Getreide. Der Viehbestand wird nach Ablieferung des Soll 20% des Vorkriegsstandes erreichen. Die Ernteschätzungen schwanken zwischen 20 - 50% des möglichen Ertrages. Durch die aufgezeigten gespannten Versorgungsverhältnisse und die Ablieferungspflicht des Gebietes D. an das Reich versucht die Kreislandwirtschaftsbehörde durch Beschneidung der Lebensmittelzuteilungen an die Arbeiter und an die übrige Bevölkerung ernährungsmässig bis zur nächsten Ernte durchzukommen. Zur Zeit werden in D. etwa 18 000 Industriearbeiter gezählt. Für die Ernährung dieser Arbeiter ist folgender Satz vorgesehen:

täglich 300 Gramm Brot, 50 Gramm Fleisch, 100 Gramm Graupen, Grieß usw. 50 Gramm Öl.

Die übrige Bevölkerung soll weder Brot noch Fleisch noch Mehl, sondern täglich nur 250 gr. Hirse oder

Graupen pro Kopf erhalten. Die Einführung von Lebensmittelkarten wurde aufgrund einer Anordnung des Staatssekretärs B a c k e untersagt, da diese einen Rechtsanspruch auf Belieferung darstellen, was unter den gegebenen Umständen nicht immer möglich sein wird. Es wurden lediglich Kontrollkarten eingeführt, die eine einigermaßen gerechte und gleichmässige Verteilung sichern sollen. Auf Anordnung des Kreislandwirtes soll die Zahl der Industriearbeiter auf höchstens 10 000 reduziert werden. Diese Verringerung soll dadurch erreicht werden, dass nur kriegswichtige Betriebe eine Zuteilung von sog. Arbeitsverpflegung bekommen sollen. Alle irgendwie entbehrlichen Kräfte sollen entlassen und dadurch auf den normalen Verpflegungssatz gebracht werden.

Nach den bisher getroffenen Feststellungen ist für die kommenden Wintermonate mit einer grösseren Hungersnot zu rechnen.

Industrie.

Die Berg- und Hüttenwerk Gesellschaft Ost m.b.H., Werkgruppe Dnjepropetrowsk hat insgesamt 12 Betriebe der Schwerindustrie übernommen. Von diesen 12 Betrieben sollen etwa 10 wieder langsam in Gang gebracht werden. Die Beschäftigungszahl dieser Betriebe betrug vor dem Krieg rund 80 000 Arbeiter. Zur Zeit werden ca. 2 000 Arbeiter wieder beschäftigt, d.s. rund 2,5% der Gesamtbelegschaft.

Nach den bisher angestellten Erhebungen sind etwa 10% der Gesamtbelegschaften ausgesprochene Spezialisten, die unter allen Umständen den Werken gesichert werden müssen (Ingenieure, Techniker, Zeichner, Mathematiker, Statiker, Werkmeister, Brigadeführer, Maschinenschlosser, Hochofenarbeiter, Gieser, Schweisser, Maurer, Zimmerleute, Schlosser etc.). So hat z.B. das Werk Petrowsky-Sawod vor dem Krieg allein 1162 Techniker und Ingenieure beschäftigt.

Auch wenn in den nächsten Monaten die Vorbereitungen noch nicht soweit sind, dass alle Spezialarbeiter wiedereingestellt werden können, so handelt es sich hierbei doch um unersetzliche Kräfte, die selbst im Reich viel zu wenig vorhanden sind. Für den Fall also, dass diese beschäftigungslosen Arbeiter durch mangelnde Ernährung entweder verhungern oder sonst arbeitsunfähig werden, entsteht hier ein Verlust, der volkswirtschaftlich unverantwortlich sein wird. Dazu kommt noch, dass die Mentalität der Industriearbeiter wesentlich verschieden ist von der der Bauern und Landarbeiter. Für den Fall, dass wirklich ein Großteil der Bevölkerung hungern muss, kann es sein, dass größere Sabotageakte verübt werden. Ausserdem ist ein Herumlungern der Arbeitslosen insofern eine Gefahr, als die kommunistische Kührarbeit auf diese Art vollkommen unauffällig weitergeführt werden kann. Ganz abgesehen davon, dass die Verschlechterung der Ernährungslage gegenüber den schon dürftigen Verhältnissen der Roten stimmungsmässig sich ungünstig auswirken wird.

Zur Zeit sind Erhebungen im Gange, um die Bevölkerung nach den Berufsgruppen zu sichten und aufzunehmen. Nach Abschluss dieser Erhebungen ist es nicht ausgeschlossen, dass ähnlich wie im Gebiet von Kriwoj-Rog Arbeitskräfte nach dem Altreich verschickt werden, da besonders die hier ansässigen Metallarbeiter im Reich dringend notwendig gebraucht werden. Wenn auch ein solcher Einsatz besser ist, als diese Arbeitskräfte hier verhungern zu lassen, so besteht doch die Gefahr, dass bei dem fortschreitenden Ausbau der hiesigen Werke sehr bald auch hier ein Mangel an Spezialarbeitern eintreten wird. Diese Arbeitskräfte können bekanntlich nicht aus den Reihen der ungelernten Arbeiter genommen werden.

Vollzugstätigkeit.

Die Zahl der durch das Sonderkommando 4a durchgeführten Exekutionen hat sich inzwischen auf 55 432 erhöht.

In der Summe der in der zweiten Hälfte des Monats Oktober 1941 bis zum Berichtstage durch das Sonderkommando 4 a Exekutierten sind wiederum neben einer relativ geringen Anzahl von politischen Funktionären, aktiven Kommunisten, Saboteuren usw. in erster Linie Juden, und hier wieder ein grosser Teil von durch die Wehrmacht überstellten jüdischen Kriegsgefangenen enthalten. In Borispol wurden auf Anforderung des Kommandanten der dortigen Kriegsgefangenenlager durch einen Zug des Sonderkommandos 4a am 14.10.41 752 und am 16. 10.41 357 jüdische Kriegsgefangene, darunter einige Kommissare und 78 vom Lagerarzt übergebene jüdische Verwundete erschossen. Gleichzeitig exekutierte derselbe Zug 24 Partisanen und Kommunisten, die vom Ortskommandanten in Borispol festgenommen worden waren. Hieran ist zu bemerken, dass die reibungslose Durchführung der Aktionen in Borispol nicht zuletzt auf die tatkräftige Unterstützung durch die dortigen Wehrmachtsdienststellen zurückzuführen war.

Ein anderer Zug des Sonderkommandos 4a wurde in Lubny tätig und exekutierte störungslos 1365 Juden, Kommunisten und Partisanen, darunter 53 Kriegsgefangene und einige jüdische Flintenweiber. Lubny hatte vor dem Kriege 35 000 Einwohner, davon 14 000 Juden. Eine jetzt vorgenommene Zählung durch die dortige Stadtverwaltung hatte 20 000 Einwohner, darunter angeblich nur 1 500 Juden zum Ergebnis.

Bei Sichtung des Materials im KPD-Gebäude in Lubny wurde ein Organisationsplan der Partisanen für Lubny und Umgebung gefunden. Danach hatten sich in den Ortschaften Bijewczy, Mazkowszy, Klapatschi und Luka be-

reits vor dem Abmarsch der deutschen Truppen Partisanenabteilungen in Stärke von 30 bis 32 Mann gebildet, deren Stab sich im Dorfe Cholepty befand. Die Aufzeichnungen enthielten weiter neben den Namen der Kommandanten der einzelnen Abteilungen die für die genannten Ortschaften geltenden Parolen, die der Verständigung der Verbindungsmänner mit dem Stab und auch untereinander dienten.

Ausserdem wurde im NKWD-Gebäude in Lubny eine Original-Verfügung des Leiters der 3. Spezialabteilung UNKWD des Kreises Poltawa Jagorow vom 9.9.41 aufgefunden, wonach 15 Blankopässe mit Unterschriften derjenigen Personen zu beschaffen waren, die ihre Unterschrift bereits einmal bei der Bezirksmiliz geleistet hatten. Diese Pässe hatten mit vorschriftsmässigen Milizstempeln und Anmeldebescheinigungen versehen zu sein. Dieselbe Verfügung verlangte weiter die Beschaffung von 15 Blankobescheinigungen, die Kopfstempel, Unterschriftsstempel und Unterschriften von zeichnungsberechtigten Personen aus drei grösseren Unternehmungen und aus zwei namentlich aufgeführten Einkaufszentralen zu tragen hatten. U.a. kamen hierfür eine Tuch- und eine Tabakfabrik in Frage.

In Kiew selbst führte das Sonderkommando 4a laufend Vernehmungen und Festnahmen durch, die zum grossen Teil mit Exekutionen endeten. Es handelt sich hier fast ausnahmslos um in der K.P. tätig gewesene aktive Kommunisten.

Bemerkenswert ist hierbei, dass in verschiedenen Fällen durch belastende Zeugenaussagen Kommunisten festgenommen werden konnten, die gerade aus dem Kriegsgefangenenlager auf die Angabe hin, sich früher nicht politisch betätigt zu haben, entlassen worden waren. Einer davon war seit 1926 Funktionär der K.P., ein anderer hatte 15 Jahre lang der Partei angehört und

in der Sowjetarmee als Politruks Dienst getan. Im Zusammenhang damit kann erwähnt werden, dass beim Sonderkommando 4a fortwährend aus Kreisen der ukrainischen Bevölkerung Kiews zahlreiche Meldungen einlaufen mit dem Inhalt, dass in Kiew weitere Sabotageakte geplant seien. Nach diesen Meldungen hätten aus deutscher Kriegsgefangenschaft entlassene ehemalige Rotarmisten die Anweisung erhalten, jede Anbahnung geordneter Verhältnisse mit allen Mitteln zu stören, um den deutschen Besatzungsbehörden alle erdenklichen Schwierigkeiten zu bereiten. Geeignete Massnahmen zur Verhinderung der geplanten Sabotageakte und zur Erfassung der damit beauftragten Kreise sind in die Wege geleitet. Die im Zuge dieser Vorkehrungen anzustellenden Ermittlungen stossen insbesondere bei der Durchführung der erforderlichen Festnahmen oft insofern auf Schwierigkeiten, als sich die gesuchten Personen nur selten und ganz unregelmässig in ihren Wohnungen aufhalten und besonders zur Nachtzeit geeignete Schlupfwinkel, z.B. ehemalige Judenwohnungen usw., aufsuchen.

Der Standort des Sonderkommandos 4b ist nach einer Meldung vom 16.10.1941 Poltawa. Als nächster Standort ist Slaviansk vorgesehen. Die durch die teilweise sehr schlechten Witterungs- und Wegeverhältnisse beeinflusste Arbeit des Sonderkommandos 4b beschränkte sich im wesentlichen auf den Stadtbereich Poltawa. In der Woche vom 4.10.1941 bis 10.10.1941 wurden insgesamt 186 Personen exekutiert, davon 21 politische Funktionäre, 4 Saboteure und Plünderer und 161 Juden. Daneben erstreckte sich die Arbeit auf Durchsuchungen und Fahndungen nach führenden KP-Funktionären und Mitgliedern des Vollzugskomitees des Gebietes Poltawa.

Im Bereich des Sonderkommandos 4b wurde seitens der Wehrmacht der sicherheitspolizeilichen Tätigkeit des Sonderkommandos überall volles Verständnis entgegengebracht.

Die Zahl der durch das Einsatzkommando 5 Exekutierten betrug am 20.10.41 insgesamt 15 110. In der Zeit vom 13.10.41 bis 19.10.41 sind davon 20 politische Funktionäre, 21 Saboteure und Plünderer und 1047 Juden erschossen worden. Eine besonders starke seelische Belastung der mit der Durchführung beauftragten Männer des Einsatzkommandos 5 stellte die am 18.10.41 vorgenommene Liquidation von 300 geisteskranken Juden der Kiewer Irrenanstalt dar.

Einen grossen Raum in der Arbeit des Einsatzkommandos 5 nehmen daneben nach wie vor die Bearbeitung der täglich sehr zahlreich aus den verschiedensten Bevölkerungskreisen einlaufenden Anzeigen und die im Zusammenhang damit durchzuführenden Vernehmungen und Ermittlungen ein.

Das Einsatzkommando 5 exekutierte in der Zeit vom 28.9.1941 bis 4.10.1941 in Kriwoj-Rog 8 politische Funktionäre und 2 Saboteure und in der Zeit vom 28.9.1941 bis 4.10.1941 in Dnjeprpetrowsk 85 politische Funktionäre, 14 Saboteure und Plünderer und 179 Juden.

137 Lastwagen Bekleidungsstücke, die im Zuge der in Schitomir und Kiew vorgenommenen Judenaktionen angefallen waren, wurden der NSV zur weiteren Verwendung zur Verfügung gestellt. Der grösste Teil davon gelangte nach der notwendigen Desinfektion zur Verteilung an Volksdeutsche. U.a. konnte auch ein Kriegslazarett der Weissen-/- seinen Bedarf an Wolldecken usw. aus diesem Vorrat decken.

Im Verlauf der durch das Sonderkommando 4a eingeleiteten Ermittlungen zur Aufrollung des illegalen Apparates der KP. in der Ukraine wurden bereits eine ganze Reihe von Funktionären in Kiew festgenommen. Brauchbare und ausführliche Angaben bezüglich der Neuorganisation der KP. in Kiew machte der Ukrainer

Iwan R o m a n t s c h e n k o , dessen geschiedene jüdische Ehefrau flüchtig ist. Romantschenko gehörte seit 1931 der KP. an und war zuletzt hauptamtlicher Sekretär des Lenin-Rayon-Partei-Komitees in Kiew und hatte aufgrund verschiedener kurzfristiger militärischer Übungen den Dienstgrad eines Intendanten inne. Sein monatliches Gehalt als Parteisekretär betrug 1 200 Rubel. Romantschenko war in der Lage, eine grosse Anzahl führender Parteifunktionäre, ihre Arbeitsgebiete, dann die genaue Aufteilung und Organisation des Zentralkomitees der KP. in der Ukraine und die Mitglieder der einzelnen Sekretariate und ihre Mitarbeiter aus der Zeit vor der Besetzung Kiews anzugeben. Weiterhin machte er Angaben über die Mitgliederstärke in den einzelnen Rayons, die Stärke der Parteiorganisation in Kiew, der K. in der Ukraine und in der gesamten UdSSR, sowie Angaben über die soziale Stellung der Parteimitglieder und Funktionäre, ihre Gehälter usw., über Befehle betr. Sicherstellung bzw. Vernichtung des Aktenmaterials, über die Aufstellung sog. Vernichtungsbataillone, ihre Stärke, Ausrüstung und Aufgaben. Die Aussagen des Romantschenko enthielten weiter Angaben über Organisation, Mitgliederzahl, Sitz und Besetzung der Dienststellen des Komsomol.

Einsatzgruppe D.

Standort S i m f e r o p o l .

Kriegsgefangene haben über die Verschleppung von Volksdeutschen auf der Krim folgende Aussagen gemacht:

"Am 17. August haben die Bolschewisten die Volksdeutschen der Siedlung Delizerberg, 5 km westlich von Feodosija, zwangsweise evakuiert. Die Bevölkerung erhielt um 10 Uhr den Befehl, unter Zurücklassung aller Habe innerhalb von 3 Stunden zum Abtransport bereit zu sein. Am Bahnhof wurden die Volksdeutschen um 9 Uhr abends gesammelt und Richtung Kertsch abgeschoben. Von Kertsch wurde der Transport nach Kasaksten und der Karganda-Steppe weiterdirigiert.

Insgesamt sind aus der Umgebung von Feodosija etwa 6000 Volksdeutsche verschleppt worden. Den Aussagen der Kriegsgefangenen gemäss muss angenommen werden, dass in der Zeit vom 16. und 17. August sämtliche Volksdeutschen Siedlungen der Krim in dieser Weise evakuiert worden sind."

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

- B.Nr. IV A 1 - 1 B/41 - gRs -

BI 6 - 134 -
Berlin, den 14. Nov. 1941. 55

Geheime Reichssache!

60 Ausfertigungen

57 Ausfertigung

Ereignismeldung UdSSR Nr. 133.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Die mit der Ereignismeldung Nr. 132 vom 12.11.1941
gemeldeten Standorte und Nachrichtenverbindungen sind
unverändert geblieben.

II. Auszug aus der Losung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der SU zum 26. Jahrestag der Oktober-Revolution.

Russland weiss, dass es in diesem Krieg keinen Mittelweg geben kann. Sieg oder Tod, etwas anderes gibt es nicht. Der Feind ist grausam und unbarmherzig. Endgültig sind vor der ganzen Welt die Treubruchigkeit und die Niederträchtigkeit der imperialistischen Naziräuber bloßgestellt, die den Frieden zwischen den Völkern der ganzen Welt zerstört und Millionen Menschen in den Brand des Krieges gestürzt haben. Der Anstifter der blutigen Schlachtorei ist entlarvt und an den Pranger gestellt. Nieder mit den Naziräubern, die den Frieden zwischen den Völkern der Welt zerstören und Deutschland, Europa, die SU in den Abgrund des Krieges gestürzt haben.

In ihrem Kampf gegen die Hitlerbanden stehen die Völker der SU nicht allein. Mit ihnen sind die Völker mächtiger Staaten und die Völker der von den Nazi-Unterdrückern eroberten Länder. Angesichts der Gefahr, mit der die Nazi-Imperialisten die ganze Welt bedrohen, erstarkt und wächst die Front gegen Hitler. Es kommt die Zeit, und diese Zeit ist nicht mehr fern, und diese Kräfte geraten in Bewegung und brausen über Hitler-Deutschland herein. Gemeinsam mit dem Sowjetvolk, im gleichen Schritt mit ihm marschiert das englische Volk, das dem Andrängen der Nazi-Räuber kühn und mutig seinen Siegeswillen und seine Bereitschaft entgegensetzt, gemeinsam mit den Völkern der SU die Hitler-Tyrannei zu vernichten. Ebenso wie die Völker der SU führt das englische Volk einen gerechten Befreiungskrieg gegen die Hitlerbanden. Es lebe das Bündnis der Armeen und Waffen der SU, Grossbritannien und der anderen freiheitsliebenden Völker. Es leben die Vereinigten Staaten von Amerika, Grossbritannien, die SU

und die anderen freiheitsliebenden Völker in ihrem gerechten Krieg.

III. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe I.

Standort K r a s n o w a r d e i s k .

Partisanenorganisation in Riga.

In den letzten Tagen gelang Aufrollung von 3 Partisanengruppen in Riga. Bisher 56 Festnahmen. Weitere stehen bevor. Bisher 1 Granatwerfer mit 15 Granaten, Pistolen, Munition und 1 Rundfunksender sichergestellt. Mitglieder einer Gruppe haben u.a. in Wehrmachtsuniform von desertierten Wehrmachtsangehörigen auf der Strasse Riga - Madohn Überfall auf LKW der Wehrmacht verübt. Mit grösster Wahrscheinlichkeit unterhalten Partisanen Beziehungen zum Ghetto und zu deutschen desertierten Soldaten. V-Männerverbindungen zu den einzelnen Gruppen sind gewährleistet. Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Sie versprechen weiteren Erfolg.

Ereignisse am Jahrestag der russischen Revolution.

Nach Meldungen aus der Provinz sind heute in Kogewald Flößer in den Streik getreten. Sie versuchten zu demonstrieren und eine rote Fahne mitzuführen. Im Gefängnis in Iudsen (174 Insassen) war Revolte beabsichtigt. Zwischen Rossitten und Abrene sind 25 russische Partisanen mit Fallschirm abgesprungen. In Riga selbst keine besonderen Ereignisse. Die erforderlichen Gegenmassnahmen sind in allen Fällen getroffen.

Einsatzgruppe B.

Standort S m o l e n s k .

Nachrichtendienstliche Tätigkeit.

1.) Lage im neubesetzten Gebiet.

Im Zuge des Vormarsches der Heeresgruppe Mitte wurden durch die Kommandos der Einsatzgruppe eine Reihe neubesetzter Städte auch SD-Mässig bearbeitet wie Brjansk, Ordhoneviksgrad, Uritzki, Gsthatsk, Rshew. Wieder konnte einheitlich festgestellt werden, dass die Zivilbevölkerung der jetzt von unseren Truppen besetzten Städte seit längerer Zeit schon planmässig evakuiert worden ist und sich z.Zt. vielfach nur noch ein Bruchteil der früheren Bevölkerung in den Städten aufhält. Meist sind es solche Menschen, denen es durch die Flucht in die umliegenden Dörfer gelang, sich der Evakuierung zu entziehen. Die jüdische Bevölkerung dagegen ist, soweit bisher festgestellt, restlos geflohen, desgleichen die kommunistischen Parteimitglieder und die Facharbeiter. Nach den vorliegenden Berichten wurde die Bevölkerung durch fortgesetzte Propaganda aufgefordert, sich nach Möglichkeit in die Gebiete der Wolga und des Ural zu begeben. Transportzüge wurden zur Verfügung gestellt und so tatsächlich ein grosser Teil der Bevölkerung nach und nach in diese Richtung evakuiert. Aus Brjansk wird berichtet, dass man dort die Bevölkerung aufgefordert hatte, in das Gebiet der Wolgadeutschen umzusiedeln, da die letzteren nach Sibirien evakuiert würden. Die Umzusiedelnden sollten nur Handgepäck mitnehmen, da sie im deutschen Wolgagebiet alles zum Leben Notwendige vorfinden - Häuser, Vieh, landwirtschaftliche Geräte usw.

Der Umfang der Zerstörungen in den einzelnen Städten ist sehr unterschiedlich, je nachdem sie von

Kampfhandlungen betroffen wurden bzw. die Vernichtungsbataillone Zeit und Gelegenheit hatten, ihrerseits die Zerstörung der Städte durchzuführen. In den Städten Brjansk, Uritzkij und Ordhonekidsegrad waren die grossen Industriebetriebe zwar nicht zerstört, dafür aber planmässig abmontiert und bis auf das letzte Werkzeug evakuiert. Mit der Abmontierung und Evakuierung der Fabriken war angeblich schon im Juli dieses Jahres begonnen worden. In Brjansk befand sich u.a. das Kirow-Werk mit ca. 5 000 Arbeitern, das weittragende Geschütze (3 Zoll), Bestandteile für Flak, Minenwerfer, Munitionskästen usw. herstellte und mit den gesamten Maschinen und ca. 80% der Belegschaft - angeblich nach Ust-Kadowsk/Ural - evakuiert worden ist. In Ordhonekidsegrad befand sich das Profintern-Werk mit mehreren Nebenbetrieben als zweitgrösste Lokomotiv- und Waggonfabrik Russlands mit 25 000 Arbeitern. Angeblich hat das Werk pro Monat erzeugt: 25 bis 28 Lokomotiven, 300 Güterwagen, 400 Tankwagen, sowie Munition für schwere Artillerie. Der grösste Teil der Maschinen und Arbeiter wurde nach Krasnojarsk, Simbirsk und Swerdlowsk evakuiert. Die Gebäude sind zum grossen Teil nachträglich von den abziehenden roten Truppen und von Vernichtungsbataillonen zerstört und in Brand gesetzt worden. In Ordhonekidsegrad haben die Roten auch die grossen Arbeiterwohnblocks in Brand gesetzt und völlig ausbrennen lassen.

Da aus den von den Russen evakuierten Städten neuerdings auch sämtliche Lebensmittelvorräte fortgeschafft oder vernichtet worden sind, ist die Ernährungslage in den neubesetzten Städten naturgemäss ausserordentlich schwierig. In Brjansk und Ordhonekidsegrad war übrigens auch von den Sowjets bereits die Brotkarte eingeführt, wobei die Zuteilung in den beiden benachbarten Städten unterschiedlich war. In Ordhonekidsegrad erhielt die arbeitende Bevölkerung

800 Gramm, die nichtarbeitende Bevölkerung 400 Gramm pro Kopf täglich. Diese schwierige Ernährungslage hat denn auch dazu geführt, dass die in den neubesetzten Gebieten noch verbliebene Bevölkerung die Besetzung des Gebietes durch die Deutsche Wehrmacht vor allem in der Erwartung begrüsst, dass nunmehr eine Besserung ihrer Ernährungslage schnellstens erfolgen werde.

In volkstumsmäßiger Hinsicht handelt es sich bei der Bevölkerung des neubesetzten Gebietes fast durchweg um Russen. Angehörige anderen Volkstums treten in völlig unbedeutender Anzahl in Erscheinung. Auch Juden lebten immer verhältnismässig wenige hier, doch sassen sie fast durchweg in leitenden Stellungen.

2.) Stimmung und allgemeines Verhalten der Bevölkerung.

Im rückwärtigen Heeresgebiet konnten wir nach übereinstimmenden Meldungen auch weiterhin eine Besserung in der Stimmung der Bevölkerung feststellen. Sie ist vor allem durch den siegreichen Vormarsch auf dem mittleren Frontabschnitt ausgelöst worden. Insbesondere haben die endlosen Züge der russischen Kriegsgefangenen der Zivilbevölkerung darüber keinen Zweifel gelassen, dass die Rote Armee wieder gewaltige Niederlagen erlitten hat. Dort, wo die Zivilbevölkerung am öffentlichen Lautsprecher oder an ausgehängten Frontkarten die Entwicklung der militärischen Operationen verfolgen kann, muss immer wieder festgestellt werden, welches grosses Interesse die Zivilbevölkerung hierfür aufbringt und welche Genugtuung der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung über die Niederlagen der Roten empfindet. Das lange Zeit hindurch vorherrschend gewesene Angstgefühl vor einer möglichen Rückkehr der Roten ist weitgehend gewichen, und diejenigen Zivilbewohner, die in die Dienste deutscher Dienststellen getreten sind, haben die Furcht vor einer späteren Rache durch die Bolschewisten gänzlich verloren. Eine

vorübergehende Trübung entstand lediglich dadurch, dass gefangene Rotarmisten, die dem Transport körperlich nicht gewachsen waren, von den Begleitmannschaften erschossen und an der Marschstrasse liegen gelassen wurden.

Immer noch ist allerdings eine rege Gerüchtebildung in der Bevölkerung feststellbar, die aber eine andere Tendenz wie früher hat und den deutschen Interessen nicht gerade abträglich ist. So besagt z.B. ein in der Bevölkerung umlaufendes Gerücht, der sowjetrussische Marschall Blücher habe sich gegen die Sowjetregierung aufgelehnt und sei auf dem Marsch nach Westen. In den Diskussionen der Zivilbevölkerung spielt die demnächst allgemein erwartete Einnahme Moskau's eine erhebliche Rolle. Verschiedentlich tauchten Gerüchte auf, Moskau sei bereits gefallen, die Einnahme Moskau's würde jedoch von den Deutschen aus taktischen Gründen z.Zt. noch nicht bekannt gegeben. Jedenfalls ist festzustellen, dass man seitens der Bevölkerung einer Einnahme Moskau's eine ganz entscheidende, wenn nicht entscheidendste Bedeutung für den Verlauf des Krieges beizumessen geneigt ist.

Beruhigende Wirkung auf die Zivilbevölkerung erzielte in Mogilew die öffentliche Hinrichtung eines Partisanenhäuptlings und dreier bolschewistischer Terroristen. Der Hinrichtung durch den Strang wohnten zahlreiche Zivilbewohner bei und zeigten sich stark beeindruckt, dass deutscherseits jetzt auch in einer für sie sichtbaren Form gegen Partisanen und bolschewistische Funktionäre durchgegriffen wird. Jedenfalls hat sich diese Aktion als viel eindrucksvoller für die Zivilbevölkerung erwiesen als etwa durch öffentlichen Anschlag bekannt gegebene Hinrichtungen. Demgegenüber hat sich die Bevölkerung der restlosen Liquidierung sämtlicher Juden, z.B. des Witebsker Ghettos, gegenüber viel teilnahmsloser gezeigt. Man fand sich

sehr schnell mit dem Verschwinden der Juden ab, ohne sich in positiver oder negativer Hinsicht besonders beeindrucken zu lassen.

Aus der Gegend Witebsk wird berichtet, dass auf dem flachen Lande das Schwarzbrennen in letzter Zeit stark zugenommen habe und insbesondere die männliche Bevölkerung unter dem häufigen Genuss eines aus Kartoffeln und Roggen selbstgebrannten Fusels die Landerbeit vernachlässige. Das Schwarzbrennen erfolgt vor allem in den Badestuben der Dörfer. Stellenweise soll sogar aus Sägespänen eine Art Brennschwein gewonnen werden sein, der dann verdünnt getrunken wird.

In der propagandistischen Betreuung der Zivilbevölkerung ist auch weiterhin ein Fortschritt festzustellen, wenn sie auch, vor allem auf dem flachen Lande, noch keineswegs ausreichend dem Nachrichten hunger der Bevölkerung und dem Umfang der früheren bolschewistischen Propaganda entspricht. Wo die - allerdings noch in ihren technischen Hilfsmitteln beschränkte - deutsche Propaganda nun stärker eingesetzt hat, konnte überall eine sehr dankbare und wirkungsvolle Aufnahme durch die Zivilbevölkerung festgestellt werden. Mittel der deutschen Propaganda sind in erster Linie illustrierte Wandzeitungen, Flugblätter, Bekanntgabe des Wehrmachtsberichts durch öffentlichen Anschlag oder Lautsprecheranlage, Aushang von Frontkarten sowie in einigen größeren Städten ein- bis zweimal wöchentlich erscheinende Zeitungen für die Zivilbevölkerung. Auch der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes hat in seinen Verwaltungsanordnungen Nr. 9, Ziff. XVI verfügt, dass die Feld- und Ortskommandanturen zur Unterrichtung der Zivilbevölkerung über die Kriegslage Frontkarten zum Aushang zu bringen haben. Dazu kommt noch gelegentlich der Einsatz von Filmwagen und die Eröffnung von Kinos für die Zivilbevölkerung.

Wenn auch heute noch die deutsche Propaganda nicht den wünschenswerten Umfang erreicht hat, so liegt das jetzt wohl vorwiegend in den technischen Unzulänglichkeiten. Am Nachteiligsten wirkt sich wohl aus, dass infolge der Transportschwierigkeiten das flache Land und auch die kleineren, abseits gelegenen Ortschaften von der Propaganda nur ungenügend und demgemäss unregelmässig betreut werden können. Auch andere technische Mängel - Zustand und beschränkte Verwendungsfähigkeit der örtlichen Druckereien, Papiermangel usw. - lassen auch heute die deutsche Propaganda noch nicht zur genügenden Entfaltung kommen. Mit dem Eintreffen der Propaganda-Abteilung W in Smolensk ist aber jedenfalls eine planmässige Leitung und ein erheblicher Fortschritt in der deutschen Propaganda erzielt worden.

Die bisher sehr rege Flugblattpropaganda der Bolschewisten im besetzten Hinterland hat stark nachgelassen, was einmal auf die Wucht der seit dem 2.10. im mittleren Frontabschnitt laufenden Operationen zurückzuführen ist, die einen Einsatz der sowjetrussischen Luftwaffe für einen umfassenden und regelmässigen Abwurf von Flugblättern nicht mehr zulassen. Weiter aber dürften auch hier vor allem der schon eingetretene Winter und das ausserordentlich schlechte Wetter die Wirksamkeit einer solchen Flugblattpropaganda erheblich herabmindern, so dass sich die deutsche Propaganda heute in einer günstigeren Situation befindet als etwa Ende September. Die bolschewistischen Versuche, durch Flugblattabwurf über den deutschen Frontlinien innerhalb der Deutschen Wehrmacht zersetzend zu wirken, dauern zwar noch an, haben jedoch auch nicht mehr den Umfang wie z.Zt. des Stillstandes der Operationen am hiesigen Frontabschnitt.

3.) Volkstumsfragen.

a) Volksdeutsche.

Bei der Besetzung von Brjansk konnte festgestellt werden, dass dort etwa 10 - 15 volksdeutsche Familien ansässig waren, die in den Jahren 1928 bis 1930 aus dem Wolgagebiet infolge der damals dort herrschenden Hungersnot nach Brjansk kamen. Da sie in Brjansk keine Unterkunft fanden, bauten sie sich in dem Dorfe Gorodisce unweit von Brjansk Erdhütten aus, in denen sie bis zum September d.J. hausten. Mitte September sind sie nach Aussagen der Bevölkerung auf Lastwagen verladen und zwangsweise mit unbekanntem Ziele evakuiert worden. Auch in Ordhonekidsegrad waren ca. 15 wolgadeutsche Familien wohnhaft, denen es angeblich infolge der dort günstigeren Arbeitsbedingungen besser gegangen sein soll. Sie sind natürlich ebenfalls zwangsweise evakuiert worden, ohne dass über ihren Verbleib etwas zu erfahren war. In Wjasma konnten bisher lediglich zwei ältere volksdeutsche Frauen festgestellt werden. Es hat demnach den Anschein, dass die Bolschewisten neuerdings auch aus dem derzeitigen Gebiet jeden einzelnen Volksdeutschen evakuierten.

Im gegenwärtigen rückwärtigen Heeresgebiet kommt nach wie vor der volksdeutschen Gruppe in Witebsk die grösste Bedeutung zu, deren Kopfzahl jetzt 167 beträgt. Um die Betreuung dieser Volksdeutschen hat sich insbesondere das dortige Einsatzkommando bemüht. Für das volksdeutsche Heim werden von der Stadtverwaltung Witebsk monatlich 5 000 Rubel und für die Errichtung einer volksdeutschen Konsumgenossenschaft einmalig 15 000 Rubel zur Verfügung gestellt. Eine endgültige Regelung in der Frage der Volksdeutschen des hiesigen Gebietes, insbesondere auch die Klärung der Frage, wer endgültig als Volksdeutscher

anerkannt wird, muss zweckmässigerweise bis zur jeweiligen Einbeziehung eines Gebietes in den Politischen Raum zurückgestellt werden. Jedenfalls ist es durchaus richtig, sich in Augenblick nur zu beschränken auf eine Besserung der Lebensverhältnisse, insbesondere Zuteilung von genügend Lebensmitteln und Zuweisung menschenwürdiger Unterkünfte an diejenigen Personen, die glaubhaft geltend machen, dass sie Volksdeutsche sind. Im rückwärtigen Armee- und Heeresgebiet will sich auch die soeben in Smolensk eingetroffene Propagandaabteilung W um etwaige Volksdeutsche bemühen. Da eine ausreichende Betreuung der vereinzelt lebenden Volksdeutschen in den verschiedenen Städten durch die örtlich zuständigen Ortskommandanturen auf gewisse Schwierigkeiten stösst, wäre zu erwägen, bei längerem Stillstand der Front und damit des rückwärtigen Armee- und Heeresgebietes während der Wintermonate die wenigen bisher erfassten Volksdeutschen dieses Gebietes in einigen grösseren Städten zu konzentrieren. Hier könnte ihre ausreichende Betreuung wesentlich erleichtert und gleichzeitig auch eine volkspolitische Überprüfung ermöglicht werden.

b) Weissruthenen.

Im gegenwärtigen Tätigkeitsbereich der Einsatzgruppe oder vielmehr nur noch des Einsatzkommandos 8 konzentriert sich das kulturelle Leben der Weissruthenen in Witebsk, das sich neben dem schon zum Politischen Raum gehörenden Minsk zum zweiten Mittelpunkt des völkischen Lebens der Weissruthenen entwickelt hat. Neben verschiedenen kulturellen Veranstaltungen war seitens des sehr aktiven weissruthenischen kommissarischen Bürgermeisters beabsichtigt, auch schon ein weissruthenisches Museum für Heimatkunde und Geschichte einzurichten, was durch Eingreifen des örtlich zuständigen Einsatzkommandos

zunächst hinausgeschoben wurde mit dem Hinweis, dass erst die vorrangigsten Aufgaben der Wohnungsbeschaffung für den Winter, ferner die Sicherstellung der Ernährung und die Arbeitsbeschaffung erledigt werden müssten. Dieser Auffassung hat sich auch der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes angeschlossen.

Durch einen Erlass des Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte ist nunmehr auch der gesetzliche Rahmen für ein weissruthenisches völkisches Eigenleben auf vereinsmässiger Basis geschaffen worden. Diese örtlich zu bildenden Vereine, deren Tätigkeitsbereich über den Umfang eines Rayons (Kreis) nicht hinausgehen darf, dürfen sich unter Fortfall jeder politischen Zielsetzung nur mit Pflege weissruthenischen Brauchtums, Musik- und Gesangstätigkeit, in erster Linie aber der zur Unterstützung der Front wichtigen Heimstättenarbeit in Nähstuben beschäftigen. Es ist mit dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes vereinbart, dass sich die Beteiligung der Sicherheitspolizei und des SD dabei nicht nur, wie es im Erlass heisst, auf die politische Überprüfung der Vorstandsmitglieder beschränkt, sondern bei der gesamten Behandlung der Weissruthenenfrage, insbesondere auch bei der Überwachung der Organisationen, gewährleistet ist. Das noch im weissruthenischen Siedlungsgebiet tätige Einsatzkommando ist besonders angewiesen worden, sich nach wie vor weitgehend in die Behandlung der Weissruthenenfrage einzuschalten, jede über das erforderliche Mass hinausgehende, ins Politische übergreifende weissruthenische Volkstumsarbeit sofort zu unterbinden, andererseits aber die sich über die neu zu schaffenden weissruthenischen Organisationen bietenden sicherheitspolizeilichen und nachrichtendienstlichen Möglichkeiten und Verbindungen weiter auszubauen.

Von seiten der zuständigen Feldkommandantur war nach Zustimmung der Heeresgruppe der Stadtverwaltung Smolensk die Genehmigung erteilt worden, eine zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung in russischer Sprache herauszugeben. Da jedoch Smolensk zukünftig zum Generalkommissariat Weissruthenien gehören wird, hat der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes auf hiesige Veranlassung hin sofort angeordnet, dass im Hinblick auf die künftige Einbeziehung Smolensk's zu Weissruthenien die Zeitung zweisprachig, und zwar weissruthenisch und russisch, erscheint.

Es wäre jedenfalls im Interesse der volks-mässigen Absetzung des Weissruthenentums vom Russentum falsch, wollte man das in Smolensk an sich schon zahlenmässig überwiegende russische Element noch durch das Erscheinen einer nur russischsprachigen Zeitung unterstützen.

4.) Verwaltungswesen.

Während in rückwärtigen Heeresgebiet der unter Leitung der Kriegsverwaltung stehende einheimische Verwaltungsapparat weiterhin ausgebaut wird, stösst die Errichtung eines provisorischen Verwaltungsapparates in den seit dem 2.10. neubesetzten Gebieten auf erhebliche Schwierigkeiten. Infolge der umfassenden Evakuierung der Zivilbevölkerung war es in vielen Städten - Wjasna, Brjansk, Uritzki, Ordoneskidsegrad, Juchnow u.a. - noch nicht möglich, einen geeigneten Bürgermeister zu finden und einen Ordnungsdienst aufzustellen. Es besteht allerdings noch die Möglichkeit, dass, nachdem ein Teil der Zivilbevölkerung sich der Zwangsevakuierung durch Flucht in die umliegenden Dörfer entzogen hat und nun nach Abschluss der Kampfhandlungen allmählich wieder in die Städte zurückkehrt, sich unter diesen vielleicht geeignete Personen finden, die entsprechend zum Einsatz gebracht werden können.

5.) Wirtschaft.

Die Ernährungslage der Zivilbevölkerung in den Städten ist nach wie vor sehr unterschiedlich und meist davon abhängig, ob zufällig in der Nähe grössere Bestände von Lebensmitteln zur Verfügung stehen oder nicht. Der grösste Teil der Stadtbevölkerung klagt jedoch über unzureichende Zuteilung von Lebensmitteln. Immer wieder wird seitens der Stadtbevölkerung der Vorwurf erhoben, dass die Landbevölkerung über reichlich Lebensmittel verfüge und sich wesentlich besser stehe als früher, dennoch aber nicht geneigt sei, Lebensmittel der Stadtbevölkerung anders als auf dem Tauschwege anzubieten. So würde angeblich dem hungrigen Städter das letzte Kleidungsstück durch die Landbevölkerung weggenommen und ausserdem eine Entwertung des Geldes gefördert. Aus Kreisen der Stadtbevölkerung wird behauptet, dass sich die Steuerfreiheit für das dem Bauer zur Eigenbewirtschaftung überlassene Land zum Nachteil der Stadtbevölkerung auswirke. Denn da der Bauer keine Steuern zu zahlen brauche, ist er auch nicht darauf angewiesen, sich durch den Verkauf seiner Erzeugnisse in den Besitz von Geld zu setzen und kann sich unbesorgt ausschliesslich auf einen Tauschhandel einlassen.

Die Frage der Versorgung der Zivilbevölkerung in den Städten ist immer noch Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes und der zuständigen Wirtschaftsinspektion Mitte. Bekanntlich ist von letzterer bisher der Standpunkt vertreten worden, dass sie ausschliesslich für die Versorgung der Truppe, der Heimut und der in deutschen Diensten stehenden Zivilbewohner zu sorgen habe, während sie an der Versorgung der übrigen Zivilbevölkerung, d.h. der überwiegenden Mehrheit, uninteressiert sei. Neuerdings scheint man jedoch auch seitens der Wirtschaftsinspektion geneigt zu sein, in beschränktem Umfang für die Versorgung der Zivilbevölkerung

sorgen zu wollen, indem man Getreide und Kartoffeln für diesen Zweck zur Verfügung stellen will, während eine Ausgabe von Fleisch und Fett in keinem Fall in Betracht kommt. Da Getreide und Kartoffeln in genügender Menge zur Verfügung stehen sollen, ist die Frage der Versorgung der Zivilbevölkerung in erster Linie von der Lösung der Transportfrage abhängig. Der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes hält es im Interesse der allgemeinen Sicherheit als auch mit Rücksicht auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau im Interesse der zukünftigen deutschen Ernährungslage für notwendig, dass man deutscherseits, wenn auch nur in beschränktem Umfange, die Versorgung der Zivilbevölkerung sicherstellt.

Aus der Gegend von Mogilew wird berichtet, dass infolge der schwierigen Ernährungslage in den Städten bereits ein starkes Abwandern der Stadtbevölkerung auf das Land und in die Dörfer festgestellt werden kann, wo insbesondere die Handwerker sehr schnell Arbeit und damit auch Brot finden. Diese Abwanderung von Handwerkern und anderen Fachkräften hat in den letzten Wochen bereits derartige Ausmasse angenommen, dass in den Städten vielfach schon ein Mangel an Fachkräften zu beobachten ist.

So zeigt sich, dass zu der Frage der Ernährung der Stadtbevölkerung, in erster Linie Weissrutheniens, - für die Landbevölkerung ist und bleibt die Ernährung kein Problem - nach der einen oder anderen Seite Stellung genommen werden muss. Die entscheidende Klärung kann aber nicht bei der Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und des SD liegen, sondern allein bei der politischen und wirtschaftlichen Führung.

20

Vollzugstätigkeit.

1.) Allgemeine Lage.

Im wesentlichen konnte diesmal hier nur Material des EK. 8 ausgewertet werden. Die SK. 7a und 7b, das VKM und das EK. 9 befinden sich auf dem Vormarsch. Eine eingehende Berichterstattung setzt eine Kurierverbindung mit diesen Kommandos voraus. Doch das schlechte Wetter der letzten Zeit schloss auf den langen grundlosen und verstopften "Strassen" den Einsatz der ohnehin sehr überanstrengten Fahrzeuge zu dem in Smolensk befindlichen Arbeitstab der Gruppe aus.

Abgesehen von den allgemeinen exekutiven Aufgaben gegen Juden, Kommunisten usw. lag das Schwergewicht der Tätigkeit im rückwärtigen Heeresgebiet noch bei der Bekämpfung der Partisanen.

Dieser Kampf wird nach wie vor rücksichtslos durchgeführt, wobei es naturgemäss oft zu Feuergefechten kommen muss. So konnte in der Berichtszeit allein das EK. 8 wieder 79 Partisanen unschädlich machen. In diesem Zusammenhang wird erwähnt, dass von der Einsatzgruppe B bisher insgesamt über 1300 bewaffnete Partisanen, also mehr als ein kriegsstarkes Bataillon, vernichtet worden sind, ein Erfolg, der von der Wehrmacht hier rückhaltlos anerkannt wird.

Die in Tätigkeitsbericht für die Zeit von 1. bis 15.10.1941 erwähnte Feststellung, dass die Tätigkeit der Partisanen sich mehr und mehr auf die Verübung von Sabotageakten verlagert, hat sich auch in der Berichtszeit erneut bestätigt. Sie versuchen, die für unsere rückwärtigen Verbindungen wichtigen Verkehrseinrichtungen, wie Eisenbahnlinien, Telefonleitungen und Brücken, zu zerstören, und zwar die Telefonleitungen durch Absägen der Masten und die Brücken und Eisenbahnanlagen durch Sprengungen, ohne dass aller-

dinge grösserer Schaden verursacht wird.

Der erforderliche Sprengstoff wird den Partisanenabteilungen immer noch unter Verwendung von Fallschirmen zugeführt, wie im Anschluss an eine Aktion im Orte Esmonj, etwa 40 km nordwestlich Mogilew, erneut festgestellt werden konnte. In einem bewaldeten Sumpfgebiet in der Nähe des Dorfes Uschlowa wurde eine mittels Fallschirm abgeworfene leichte, mit verstärkter Zeltleinwand abgedichtete Holzkiste von etwa 2 m Länge und etwa 50 cm Durchmesser gefunden. Ihr Inhalt bestand aus Sprengmunition, Tabakwaren, Proviant und 4 russischen Stahlhelmen. Diese Sachen waren für die in der Nähe von Esmonj vereinzelt auftretenden Partisanen bestimmt.

Selbstverständlich werden auch nach wie vor noch Fallschirmspringer, insbesondere Spezialisten, hinter den deutschen Linien abgesetzt mit dem Auftrage, heereswichtige Anlagen usw. zu zerstören und sofort Verbindung mit den örtlichen Partisanengruppen aufzunehmen. Bei der Suche nach derartigen Fallschirmspringern hatte das EK. 8 einen schönen Erfolg. Es konnte die russischen Fallschirmspringer Iwan Timosenko und Nikolai Priskow, beide Mechaniker, die in unmittelbarer Nähe von Mogilew abgesprungen waren, festnehmen.

Die Aussagen gefangener Partisanen und die festgestellten organisatorischen Versuche zeigen deutlich das ernsthafte Bestreben der Sowjetregierung, die Partisanengruppen hinter der deutschen Front mit allen Mitteln zu unterstützen und so eine erfolgreiche Störung der rückwärtigen deutschen Verbindungen zu erreichen. In der Gesamtwirkung ist diese Mühe der Sowjets aber vergebens. Daran ändert auch nichts der wiederholt betriebene Versuch, zur einheitlichen Ausrichtung der Partisanenabteilungen sowjetrussische Offiziere einzusetzen, die sich z.T. als Versprengte hinter der deutschen Front verbergen halten. Hier kann die Sicher-

heitspolizei mit ihrem guten V-Männernetz wertvolle Hilfe leisten und die sowjetischen Versuche im Keime ersticken. Das E.K.S. z.B. hat in Mogilew rechtzeitig eine Organisation aufgedeckt, die es sich zur Aufgabe gestellt hatte, Partisanenabteilungen aufzustellen und die bereits vorhandenen Gruppen mit Nachrichten zu versehen oder nach vorgesehenen Einsatzstellen zwecks Ausführung von Sabotageakten zu leiten. Leiter dieser Organisation war ein ehemaliger sowjetrussischer Leutnant. Auch in der Ortschaft Wzeyna, etwa 13 km von Mogilew in Richtung Tschauzy entfernt, hat sich ein ehemaliger sowjetrussischer Unterleutnant als Werber für Partisanenabteilungen betätigt.

Als Ausgangspunkt für Unternehmungen der Partisanenabteilungen sind in letzter Zeit abseits gelegene, bei schlechtem Wetter fast unerreichbare Kolchose festgestellt worden, die auch für die wirtschaftliche Betreuung der Partisanen in Anspruch genommen wurden.

Andere organisierte Widerstandsbewegungen waren nicht festzustellen. Der Oppositionswille der breiten Masse der Bevölkerung hat seit den deutschen Waffenerfolgen der jüngsten Zeit merklich nachgelassen, und zwar besonders in den Gebieten, in denen das Judentum, das in der Organisation von Widerstandsbewegungen ja immer führend tätig ist, restlos beseitigt worden ist. Soweit ein russischer Bevölkerungsteil überhaupt zu Widerstand neigte, haben unsere sehr schweren und strengen Massnahmen (Exekutionen durch Erhängen und Erschiessen) ihre Wirkung nicht verfehlt.

Die Fluchtbewegung der Juden nach Osten hat, wie auch in dieser Berichtszeit festgestellt werden konnte, ihren Fortgang genommen. So meldete das auf dem Vormarsch in Richtung Hoshau befindliche EK. 9, dass in der Stadt Jarzewo, in der früher etwa 3 000 Juden gelebt hätten, nicht einer mehr vorhanden war. Ähnlich war es in Wjasna, Gshatsk, Moshaisk, Juchnow und

Brjansk.

Auf dem Gebiete der Kriminalität haben die Eigentumsdelikte anscheinend zugenommen. An erster Stelle stehen teilweise unter Gewaltanwendung begangene Plünderungen, vor allem auf dem flachen Lande, wo es zuweilen noch an dem notwendigen polizeilichen Schutz fehlt. Auffällig ist der hohe Prozentsatz Jugendlicher im Alter von 12 bis 18 Jahren, die teilweise unter Zusammenschluss zu Banden planmässig vorgehen. Um einer weiteren ungünstigen Entwicklung auf diesem Gebiete Einhalt zu gebieten sind mit dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes wichtige Massnahmen besprochen worden, wie z.B. die Errichtung von Lagern arbeitsloser Jugendlicher, denn die Sicherheitspolizei, die in ihr bekannt werdenden Fällen hart zuschlägt, kann allein wegen der Wichtigkeit anderer ihr obliegender Aufgaben die Vielzahl der Fälle von sich aus nicht ahnden.

Im grossen und ganzen ist eine fühlbare Mitarbeit der friedliebenden Bevölkerung, insbesondere der weissruthenischen Kreise, festzustellen. Besonderes Verständnis wird der Behandlung der Judenfrage entgegengebracht, besonders auf dem flachen Lande wird das Judentum als Plage betrachtet und die Bevölkerung hat oft schon bei einzelnen Ortskommandanturen um Durchführung von Massnahmen gegen die Juden gebeten. Leider aber bringt es die Bevölkerung immer noch nicht fertig, zu Selbsthilfemassnahmen gegen die Juden zu greifen. Auf die - wohl rein psychologischen - Gründe ist bereits früher hingewiesen worden.

2.) Bekämpfung von Partisanen.

Bei der Aufdeckung der Partisanenorganisation in Mogilew wurde festgestellt, dass der ehemalige sowjetrussische Leutnant Mokeews, der Leiter dieser Organisation, es verstanden hatte, bereits 39 Mann und daneben 16 Frauen, vorwiegend Jugendliche, die Kund-

schafterdienste leisten und Nachrichten übermitteln sollten, zu verpflichten. Unter den 55 Personen befanden sich allein 22 Juden, die mit einem geradezu fanatischen Eifer an dem Weiterausbau der Organisation gearbeitet hatten. Mokeews fand weitestgehende **Unterstützung** durch einen Gemüsehändler, der ihm seinen Geschäftsraum zur Durchführung seiner Arbeit zur Verfügung stellte. Die 55 Personen wurden liquidiert, darüberhinaus Kollektivmassnahmen gegen Juden durchgeführt.

Nach der Meldung eines V-Mannes befand sich in einem Walde etwa 20 km ostwärts von Mogilew eine etwa 20 Mann starke Partisanenabteilung auf dem Marsche nach Brjansk und weiter ostwärts in der Nähe von Kritschew eine Abteilung in Stärke von etwa 114 Mann. Der V-Mann gesellte sich zu Erkundungszwecken zeitweise zu den Partisanen und nahm, wie mit ihm vereinbart, Gelegenheit, in Kritschew liegende Wehrmachtseinheit hiervon zu verständigen, die u.a. einen Panzerzug in Richtung Brjansk zur Bekämpfung dieser Partisanenabteilungen einsetzte.

Am 11.10.1941 wurde durch einen Teiltrupp des BK. 8 eine Aktion in der Ortschaft Wzeyna, in der ein ehemaliger sowjetrussischer Leutnant als Werber für Partisanenabteilungen sich betätigen sollte, mit dem Erfolg durchgeführt, dass 2 Werber, die Russen Jordanow und Jlinski, festgenommen wurden. Jlinski war in der sowjetrussischen Armee Unterleutnant und ferner Sekretär des Komsomols. Beide wurden liquidiert.

Am 29.10.1941 wurden in der Ortschaft Gaji, etwa 10 km von Mogilew in Richtung Schklow, der Kolchosleiter, der Partisanen unterstützt haben sollte, und weitere 6 Personen, darunter 2 Asiaten, festgenommen. Auf der Kolchose wurden mehrere russische Uniformen gefunden. Das Ermittlungsergebnis steht noch aus.

Am 19.10.1941 wurden auf dem Kommandanturplatz in Mogilew 3 sowjetrussische Kriegsärzte vom Kriegsgefangenenlazarett Mogilew, unter Bekanntgabe des Exekutionsgrundes an die Bevölkerung mittels Lautsprecher, erhängt, da sie in ihr Lazarett eingelieferte deutsche verwundete Soldaten ermordet bzw. an das NKWD zur Ermordung ausgeliefert hatten.

Am gleichen Tage wurde der im Bericht vom 14.9.1941 erwähnte Hauptmann der Roten Armee, der den Bürgermeister in Mogilew zur Mitwirkung auf Seiten der Partisanen hatte bewegen wollen, ebenfalls auf dem Kommandanturplatz in Mogilew gehängt und der Exekutionsgrund an die Bevölkerung mittels Lautsprecher bekannt gegeben.

Der in Bobruisk eingesetzt gewesene Trupp hat im Stadtgebiet 20 Mann festgenommen, die als Angehörige von Partisanenabteilungen das Stadtgebiet zu Kundschafterzwecken aufgesucht hatten. Sie wurden liquidiert.

Dem Trupp in Bobruisk wurde das Auftreten einer Partisanenabteilung in Stärke von 30 bis 40 Mann bei der Ortschaft Myschkowitsch, Bezirk Bobruisk, gemeldet. Die zuständige Wehrmachtsdienststelle wurde in Kenntnis gesetzt und gemeinsam eine Aktion durchgeführt.

Nach einer Meldung von V-Personen sollen sich in einem Waldgelände westlich der Strasse von Mogilew nach Orscha, etwa 20 km von Mogilew, Partisanen aufhalten, die entlassene russische Kriegsgefangene ermordet und deren Entlassungsscheine an sich genommen haben sollen. 8 ehemalige Kriegsgefangene sollen bereits ermordet worden sein. In Diwnowo, 2 bis 3 km von Sajmiszcze, seien kleinere Partisanengruppen in Stärke bis zu 5 Mann beobachtet worden. Die notwendigen Massnahmen sind sofort eingeleitet worden, das Ergebnis liegt im Augenblick noch nicht vor.

3.) Aktionen gegen Funktionäre, Agenten, Saboteure und Juden.

In Mogilew wurde die Arbeiterin Nina Lissunowa festgenommen. Sie hat 4-klassige Volksschulbildung und arbeitete in einer Seidenfabrik in Mogilew. Sie war Deputierte des Obersten Rates der Sowjets und hat an 8 Sitzungen des Rates der Sowjets in Moskau teilgenommen.

Am 11.10.1941 wurden der Russe Feodor Karjago aus Schklow und 3 weitere Russen erschossen, da sie im kommunistischen Sinne agitiert hatten.

Am gleichen Tage wurden die Russen Wassilie Bertjew, Wladimir Berendowski und Andrey Sinjakow erschossen, die versucht hatten, eine Organisation zwecks kommunistischer Betätigung aufzubauen, und die sich bereits in den Besitz von Pistolen gesetzt hatten.

Am 14.10.1941 wurden die Russen Michael Sokischewski, Wassilie Terisow, Maxim Rudakow, Georgi Charsewu und Markar Amsalowitsch erschossen, die sich während der Sowjetzeit als Parteifunktionäre betätigt und in erheblichem Umfange Personen dem NKWD ausgeliefert, sowie bei Deportierungen mitgewirkt hatten.

Am 16.10.1941 wurde die Russin Anna Garbusow erschossen, da sie im NKWD in besonders hetzerischer Weise gegen Deutschland gewirkt hatte.

Am gleichen Tage wurden die Juden Stanislaus Bonski und Tolja Ahonin als frühere NKWD-Agenten und die Juden Simon Alexandrowitsch, Schuster Peiser und Michael Sakei wegen Besitzes von Sprengmunition liquidiert.

Am gleichen Tage wurde die Jüdin Cadine Orlow exekutiert, da sie ohne Judenkennzeichen betroffen wurde und den Zuzug in das Ghetto verweigerte.

Am 18.10.1941 wurden die Juden Iwa Wasmann, Ferna Birkmann, Jakob Sarawo, Abraham Linden, Abraham Baranitsche, Salomon Katzmann und Behr Katzmann, sowie die Jüdin Fenia Leikina liquidiert, da sie es ablehnten, das Judenkennzeichen zu tragen und Hetzpropaganda gegen

Deutschland betrieben hatten.

Am 20.10.1941 wurde der Jude Stanilow Naum, sowie das jüdische Ehepaar Altär liquidiert. Sie hielten sich in Mogilew ausserhalb des Ghettos verborgen.

Am 14.10.1941 wurde vom Vorkommando des EK. 9 der Jude Isaak Pjaskin erschossen, der politischer Mitarbeiter der Roten Armee gewesen war und sich unter verdächtigen Umständen auf der Vormarschstrasse nach Wjasma herumtrieb.

Am 17.10.1941 wurde vom Vorkommando des EK. 9 die Maria Spirina erschossen, da sie sich als Flintenweib betätigt hatte.

Am 21.10.1941 wurde der Jude Joel Ljubawin erschossen, der unweit Wjasma in einem russischen Bunker im Besitze einer Schusswaffe angetroffen wurde.

4.) Massnahmen gegen Kriminelle und Plünderer.

Am 17.10.1941 wurde der Jude Samuel Goffmann erschossen, da ihm eine Passfälschung zwecks Verschleierung seiner Zugehörigkeit zum Judentum nachgewiesen werden konnte. Am gleichen Tage wurde der Russe Emil Stubin aus Schklow erschossen, da er mehrfacher Brandstiftungen überführt worden war.

Am 20.10.1941 wurden 6 Russen in Mogilew erschossen, da sie sich vagabundierend im Stadtgebiet herumgetrieben und ihren Lebensunterhalt aus der Begehung strafbarer Handlungen, u.a. durch räuberische Erpressung, bestritten hatten.

Am 21.10.1941 wurden 12 Personen, die des schweren Diebstahls überführt waren, erschossen.

2 Jüdinnen, die bei dem Fliegerangriff in der Nacht zum 13.10.1941 zwei Häuser in Bobruisk in Brand gesetzt hatten, wurden liquidiert.

Eine grössere Anzahl Personen wurden in Bobruisk erschossen, da sie Plündereien und andere kriminelle Verfehlungen begangen hatten.

5.) Sonderaktionen.

Von mehreren Hundert Insassen des Zwangsarbeitslagers in Mogilew wurden 83 am 15.10.1941 liquidiert, da es sich bei ihnen um rassisch minderwertige Elemente mit asiatischem Einschlag handelte, deren weitere ^{nicht} Belassung im rückwärtigen Heeresgebiet/zur Verantwortung war.

Nach einer Meldung des Inf.Reg. 691 liessen die Juden in Asmonj den in der näheren Umgebung sich aufhaltenden Partisanen in jeder Art und Weise Unterstützung zukommen. Am 9.10.1941 wurden bei der Überholung des Ortes 81 Juden erschossen, die gegen die Anordnungen der deutschen Besatzungsbehörden verstossen hatten. In einigen Judenwohnungen wurden russische Uniformen gefunden.

Auf Grund zahlreicher Beschwerden wegen des aufreizenden Benehmens der Juden in Gorki (Nordöstlich Mogilew) und Umgebung wurden bei einer Überholung von 8 Ortschaften insgesamt 2 200 Juden aller Altersklassen liquidiert. Es handelte sich bei ihnen in der Hauptsache um aus der Gegend von Minsk zugewanderte Juden, die wie auch die übrigen gegen die Anordnungen der deutschen Behörden verstossen hatten. Die Aktion wurde in engster Zusammenarbeit mit der Feldgendarmarie durchgeführt.

In Mistislawl, etwa 80 km ostwärts Mogilew, wurden 900 Juden liquidiert, die gegen die Anordnungen der deutschen Behörden verstossen, durchziehende Partisanen Unterkunft gewährt und sie mit Nahrungsmitteln und Bekleidung versehen hatten.

Am 19.10.1941 wurde mit Unterstützung durch das Pol.-Regt. Mitte in Mogilew eine Judenaktion grösseren Ausmasses durchgeführt, bei der 3 726 Juden beiderlei Geschlechts und jeden Alters liquidiert wurden. Diese Massnahme war erforderlich, weil die Juden seit Besetzung der Stadt Mogilew durch deutsche Truppen die Belange der Besatzungsbehörden und trotz der gegen sie bereits durchgeführten Massnahmen von diesem Treiben nicht nur

Abstand nahmen, sondern ihre deutschfeindliche Betätigung (Sabotage, Unterstützung von Partisanen, Arbeitsverweigerung usw.) in einem Umfange und mit einer Beharrlichkeit fortsetzten, dass es im Interesse der Befriedung der rückwärtigen Gebiete nicht länger geduldet werden konnte.

Am 23.10.1941 wurden in Bekämpfung der Partisanen und zwecks weiterer Verhinderung von Sabotageakten weitere 279 Juden beiderlei Geschlechts aus Mogilew und Umgebung liquidiert.

Das SK. 7a hat in der Berichtszeit 173 Liquidierungen durchgeführt.

6.) Beschlagnahme von Material.

Das in den vom EK. 8 auf dem Gelände des ehem. Kriegskommissariats in Mogilew gefundenen Kisten enthaltene Material ist inzwischen durch Sonderkurier der Wehrmacht gesichtet. Die Schriftstücke und Bücher stellen hochwichtige militärische Dokumente der 8. Abtlg. des Generalstabes der Roten Armee dar. Unter ihnen befinden sich u.a. "Allgemeiner Militär-Kode der Kommandeure - SOKK - 40", "Regeln und Handhabung des Chiffre-Systems a. Ausgabe". Unter Material, das Partisanen abgenommen war, befanden sich namentliche Aufzeichnungen über ausgebildete Kommandeure und Partisanen von Tschernikow und Umgebung, sowie verschiedene Karten mit Einzeichnungen und sonstige Bescheinigungen. Die in den Karten eingetragenen Einzeichnungen sind ausgewertet, Fahndungsmassnahmen auf Grund der Listen eingeleitet.

Der Gruppenstab hat in Gshatsk im NKWD- und im Parteigebäude wichtige politische Akten und Karteien vorgefunden und sichergestellt.

In Wjasma wurden vom EK. 9 im Parteigebäude die namentliche Aufstellung eines Kommandos für Sprengungen und Sabotageakte im Raume um Smolensk, sowie eine Liste von NKWD-Angehörigen, die nach Beendigung von Sprengkursen

für die gleichen Zwecke eingesetzt werden sollen, aufgefunden. Das Erforderliche ist veranlasst und eingehende Fahndungen sind eingeleitet.

Unter Beutepapieren wurden schliesslich auch noch Schriftstücke, die die Mitarbeiter des NKWD des Kreises M'schod betreffen, aufgefunden. Das Erforderliche ist veranlasst.

7.) Beschlagnahme von Geldern und anderen Gegenständen.

Das EK. 8 beschlagnahmte während der Berichtszeit weitere 491 705 Rubel, sowie 15 Goldrubel. Sie wurden buchmässig erfasst und an die Verwaltung des EK. 8 abgeführt. Die Gesamtsumme der vom EK. 8 bisher sichergestellten Rubel beläuft sich damit auf 2 511 226 Rubel.

8.) Organisatorische Massnahmen.

Das von EK. 8 in Mogilew eingerichtete Ghetto konnte zum grössten Teil der Stadtverwaltung wieder zur Verfügung gestellt werden, da Mogilew nach den letzten Aktionen als fast judenfrei bezeichnet werden kann. Die wenigen noch vorhandenen Juden sind in einem Zwangslager untergebracht und stehen dort als gelernte Handwerker zum Arbeitseinsatz zur Verfügung.

Das SK. 7a hat in Rshew einen Ordnungsdienst und einen Judenrat eingesetzt.

9.) Liquidierungen.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen - es stehen noch die Berichte des SK. 7b und des EK. 9 sowie des VKM aus - erreichten die in der Berichtszeit erfolgten Liquidierungen folgende Höhe:

a)	Stab und VKM	2 457,	
b)	S.K. 7a	1 517,	
c)	S.K. 7b	1 822,	
d)	E.K. 8	28 219,	
e)	E.K. 9	11 452	
		45 467	Gesamtzahl

=====

der bisher von der Einsatzgruppe B liquidierten Personen.

81

27

Einsatzgruppe C.

Standort K i e w .

Aufbau eines Geheimen-Stadt-Komitees der

KP in Kiew.

Wie aus den bisherigen Vernehmungen kommunistischer Funktionäre zu entnehmen ist, wurde in Kiew kurz nach Ausbruch des deutsch-sowjetrussischen Krieges ein geheimer Partei-Apparat der Kommunistischen Partei organisiert. Ähnlich wie in Kiew wird in der gesamten Ukraine bzw. in den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten der UdSSR die sogenannte geheime KP-Organisation aufgezogen worden sein.

Organisation:

In seiner organisatorischen Gliederung stimmt das "Geheime-Stadt-Partei-Komitee" in Kiew mit den alten Partei-Organisationen überein.

Für seine geheime, gegen die deutsche Besatzung gerichtete Parteiarbeit bedient sich der Sekretär des "Geheimen-Stadt-Partei-Komitees" der 9 Sekretäre des Geheimen-Rayon-Komitees in Kiew, die in dieser äusseren Form auch in der Vorkriegszeit bestanden.

Die Verbindung vom Stadt-Partei-Komitee zu den einzelnen Sekretären der Rayon-Partei-Komitees läuft über etwa 5 - 6 Verbindungspersonen, die organisatorisch zum Stadt-Partei-Komitee gehören.

Jedem Sekretär eines Geheimen-Rayon-Partei-Komitees wurden zuverlässige, in der Regel langjährige Parteimitglieder zur Durchführung ihrer Parteiaufgaben beigegeben.

Diese Parteimitglieder wiederum waren gehalten, sich zur Mitarbeit überzeugte und einsatzbereite Kommunisten, die sich gegenseitig nicht kennen sollen, zu beschaffen.

Für den Fall der Festnahme eines Sekretärs eines Geheimen-Rayon-Partei-Komitees wurden vom Stadt-Partei-Komitee von vornherein sogenannte Ersatzmänner bestimmt, die dann automatisch in diese Funktion treten sollen.

Geldbeträge (auch Reichsmark) zur Finanzierung dieser Parteiarbeit wurde den Funktionären in Aussicht gestellt.

Aufgaben:

Als besondere Aufgabe wurde den Funktionären des geheimen Parteiapparates neben der allgemeinen bolschewistischen Propaganda

die Verteilung von Flugblättern,

Verbreitung von Gerüchten,

Aufwiegelung der Bevölkerung,

Weitergabe von Parteiliteratur,

Abgabe von Stimmungsberichten,

Auskunftserteilung,

Erfassung der Massnahmen der Besatz^{ungs-}behörden übertragen, mit der erst nach Eingang der bestimmten Aufträge vorgesetzter Parteidienststellen etwa 4 - 6 Wochen nach der Besetzung Kiows begonnen werden sollte.

Die zunächst zur Aufbewahrung vor der Einnahme Kiows ausgegebenen, sich gegen die deutsche Besatzung richtenden Flugblätter sind von den eingesetzten Funktionären angeblich inzwischen vernichtet worden.

Personelle Besetzung:

Der gesamte geheime Apparat der KP. baut sich auf dem Prinzip der grössten Geheimhaltung der Funktionäre untereinander und nach aussen auf.

Zur Erschwerung der Aufrollung des Apparates kennen in der Regel die eingesetzten Funktionäre nur die unmittelbar vorgesetzten bzw. unterstellten Funktionäre.

- 81 -

Bei den für die geheime Parteiarbeit herangezogenen Funktionären wurde, soweit bisher ermittelt werden konnte, auf einfache Parteimitglieder, die weiterhin ihre berufliche Tätigkeit ausüben sollen, zurückgegriffen. Von der Einsetzung von Juden wurde Abstand genommen.

Die früheren Funktionäre der hiesigen Parteiorganisation haben am 18.9. - ein Grossteil bereits früher - gemäss der Anordnung Stalins Kiew in Richtung Borisspol verlassen.

Die mit der geheimen Parteiarbeit beauftragten Funktionäre wurden weitgehend durch Decknamen, Pässe mit falschen Namen und durch Übersiedlung in andere Stadtbezirke vor Auffindung geschützt.

Für persönliche Zwecke wurden den herangezogenen Funktionären vor der Einnahme Kiews Geldbeträge in Höhe von je 2.000 bis 3.000 Rubel ausgehändigt, ferner erhielten sie teilweise Stoffe und fast ausnahmslos eine Pistole mit Munition.

Lage und Stimmung in Wolhynien.

Aus jetzt vorliegenden verschiedenen Berichten des Aussenpostens Rowne lässt sich ein verhältnismässig umfassendes Bild über die Lage und Stimmung der Bevölkerung in Wolhynien machen.

I. Politische Lage.

1) K o m m u n i s t e n .

Eine ganze Reihe kommunistischer Funktionäre, NKWD-Agenten und Mitarbeiter sowie andere Parteikommunisten und Elemente, welche mit ihnen sympathisieren befindet sich noch in Wolhynien und entwickelt eine rege Propagandätätigkeit zu Gunsten der Bolschewiken. Es handelt sich hierbei in den meisten Fällen um von Juden getragene Flisterpropaganda, die ihre Nachrichten, wie festgestellt werden konnte, über den

Rundfunk beziehen.

Bestimmte Personen haben ihre Rundfunkgeräte nicht abgeliefert und benutzen diese zum Abhören russischer Sender, z.T. sogar werden Geheimversammlungen zu diesem Zwecke abgehalten.

In den bewaldeten Sumpfgebieten befinden sich noch immer Partisanengruppen, die immerhin so stark zu sein scheinen, dass sie für kleinere Einheiten gefährlich werden können. In der Gegend von Olesk, (ca. 32 km nördlich Wladimir - Wolynsk) ist der Ordensjunker S a b l a t n i g im Kampfe gegen eine Partisanengruppe gefallen.

Gegen die sowjetische Propaganda und ihre Träger wird seitens des Aussenpostens Rowne eingeschritten. Zur erfolgreichen Bekämpfung der Partisanen muss der Winter abgewartet werden, da vor Gefrieren der Sümpfe eine umfassende Aktion nicht durchgeführt werden kann.

2) B a n d e r a und andere ukrainische politische Strömungen.

Unter den ukrainischen politischen Strömungen entwickelt wie üblich die Bandera-Richtung der OUN die grösste Aktivität. Die Miliz im Kreise Rowne scheint sehr stark unter den Einfluss dieser Bewegung geraten zu sein. Die Symptome sind die üblichen: Eigenmächtigkeit, wo die Anordnungen deutscher Stellen sich nicht mit den Interessen der OUN decken, in einzelnen Fällen bewusste Sabotage deutscher Massnahmen.

Weiter müssen als politische Strömungen innerhalb des Ukrainertums erwähnt werden: die Melnik-Gruppe der OUN, welche in weniger krasser Form die gleichen Ziele wie die Bandera-Gruppe verfolgt, nämlich die Schaffung einer unabhängigen souveränen Ukraine. Infolge des für diese Richtung der

OUN charakteristischen Mangels an Initiative bedeutet das Bestehen der Melnik - OUN z.Z. noch keine akute Gefahr.

Die OUN unter Lewitzkyj ist tätig, hat aber Anklang nur bei den wenigen überlebenden Offizieren und Mitkämpfern Petljuras und bei einem Teil der Geistlichkeit. Wenn man die Offizierskreise als unwesentlich auch ausser Acht lassen kann, so erfordert die Sympathie in Kreisen der Geistlichkeit doch einige Aufmerksamkeit. In der Bevölkerung verhält man sich der OUN gegenüber zunächst noch gleichgültig.

Skoropadskyj geniesst eine gewisse Beliebtheit bei den älteren Leuten und in den Kreisen der ortsansässigen Intelligenz. Die Sympathien unter der Jugend nur in ganz unwesentlichen Masse festgestellt werden konnten, erscheint diese politische Strömung mit dem Aussterben der älteren Generation zum Verlöschen verurteilt.

Zusammenfassend kann über die ukrainischen politischen Strömungen in Wolhynien gesagt werden, dass eine akute Gefahr nur die unter dem Einfluss Banderas stehende OUN darstellt. Melnik könnte einmal gefährlich werden, wenn man über dem Kampfe gegen Bandera seinen Zweig der OUN zu sehr ausser Acht lässt. Die übrigen Parteien könnten sogar unauffällig gefördert werden, da sie - ohne selbst begründete Aussicht auf dauernden Erfolg^{zu}/haben - ein wesentliches Element zur Aufspaltung der politischen Meinung unter den Ukrainern darstellen.

II. Volkstumsfragen.

1) P o l e n .

Die Polen haben sofort nachdem die Bolschewiken vertrieben worden sind, Beziehungen zur polnischen Widerstandsbewegung in Warschau aufgenommen. Nach

Erschiessung von etwa 100 Polen ist es in dieser Beziehung ruhiger geworden, jedoch sind die Fäden nach Warschau nicht abgerissen.

Unter den wolhynischen Ukrainern besteht die Ansicht, dass deutscherseits die Polen den Ukrainern vorgezogen werden. Als Begründung wird auf die Besetzung von verschiedenen Verwaltungsposten mit Polen hingewiesen. Tatsache ist, dass in besseren Stellen mehr Polen als Ukrainer arbeiten. Es ist dies jedoch nicht auf eine Vorzugsstellung der Polen zurückzuführen, sondern darauf, dass die Polen unter der städtischen Bevölkerung Wolhyniens die Mehrheit bilden und fachlich geeigneter sind.

2) U n g a r n .

Die Stimmung in bezug auf die Ungarn ist als ausgesprochen schlecht zu bezeichnen. Die von ungarischen Truppen verübten Plünderungen haben die Bevölkerung schwer verbittert. Besonders stark fielen die ungarischen Ausschreitungen auf, weil die deutschen Truppen ganz besonders zurückhaltend in bezug auf Beschlagnahmen und Requirierungen gewesen sind.

3) R u m ä n e n .

Ebenso wie gegenüber den Ungarn ist die Stimmung den Rumänen gegenüber schlecht. Die Angliederung Galiziens an das Generalgouvernement hat nicht entfernt die Entrüstung hervorgerufen, welche die Nachricht von der Abtretung Odessas mit dem zugehörigen Gebietsstreifen an Rumänien auslöste. Die Erbitterung ist umso grösser, als die Ukrainer glauben, dass nunmehr in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehung eine Quergrenze durch die Ukraine gezogen würde.

4) J u d e n .

Dass die kommunistischen Umtriebe bei den Juden wärmstens unterstützt werden, braucht nicht besonders

betont zu werden. Die unter den obwaltenden Umständen einzige Möglichkeit, dem Treiben der Juden in Wolhynien ein Ende zu machen und damit dem Bolschewismus seinen fruchtbarsten Nährboden zu entziehen, ist die vollständige Ausrottung der Juden, die als Arbeitskräfte fraglos weniger Nutzen bringen, als sie als "Bakterienträger" des Kommunismus Schaden anrichten.

III. Kirchenfragen.

Die griechisch-orthodoxe Kirche in Wolhynien unterstand während der Zeit der Polenherrschaft dem Metropoliten in Warschau. Die Geistlichen waren durchweg Ukrainer, zu einem erheblichen Teil auch Russen.

Durch die Bolschewiken wurden nach dem Einmarsch 1939 die Kirchen nicht sogleich geschlossen, sondern durch sehr hohe Steuern in eine schwierige materielle Lage versetzt, die zur Selbstschliessung führen sollte. Diese Methode führte nicht zum erwünschten Resultat, weil die Gemeinden die Abgaben aufbrachten. Nunmehr wurde versucht, die Kirche unter bolschewistischen Einfluss zu bringen, indem man sie dem Moskauer Metropoliten unterstellte. Die Moskauer Geistlichkeit soll, wie behauptet wird, nur zum Schein amtiert haben. Ein Teil der Moskauer Geistlichen soll im Dienste des NKWD gestanden haben. Der Weisung zur Unterstellung unter die Moskauer Kirchenbehörde, leistete ein Teil der wolhynischen Geistlichen sofort Folge, während ein anderer, geringer Teil sich dieser Weisung widersetzte. Die erstgenannten Geistlichen wurden von Moskau im Amte beschäftigt, während letztere ihrer Posten enthoben wurden, unter ihnen der Bischof von Luck. Z.Zt. ist die Frage, wem nun die griechisch-orthodoxe Kirche in Wolhynien unterstellt ist, ungeklärt. Mit der Lösung dieses Problems soll sich ein in nächster Zeit nach Chelm

einberufenes Konzil befassen. Es dürfte aber dieses Konzil auf grosse Schwierigkeiten stossen, da die Geistlichkeit ukrainischer Nationalität für eine autokephale ukrainische Kirche ist, während die anderen z.T. Anschluss an eine der übrigen orthodoxen Kirchen suchen. Die politische Ausrichtung der Geistlichkeit ist auch nicht einheitlich. Anscheinend sind die Sympathien für den witzkyj - OUR überwiegend, jedoch haben sich die Geistlichen bisher einer politischen Propaganda in dieser oder einer anderen Richtung enthalten. Allem Anschein nach will die griechisch-orthodoxe Kirche in der Westukraine ihren Einfluss auf die Gesamtukraine ausdehnen. Ob diese Bestrebungen sich auf das rein kirchliche Gebiet beschränken werden, muss heute noch dahingestellt bleiben.

IV. Wirtschaftliche Lage.

Die wirtschaftliche Lage der Ukrainer in Wolhynien hat sich wesentlich verschlechtert. Die Hauptursache hierfür ist wohl darin zu suchen, dass ausserordentlich niedrige Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft eingesetzt worden sind und ebenso ausserordentlich niedrige Tarifröhne. Die niedrigen Aufkaufspreise haben dazu geführt, dass z.B. die begründete Befürchtung besteht, dass die Zuckerrübenernte zu einem bedeutenden Teil nicht der Zuckerfabrikation zugeführt werden wird, sondern als Viehfutter auf den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben Verwendung findet, weil ein Verkauf an die Fabriken sich einfach nicht bezahlt macht. Weiter sind Fälle bekannt geworden, wo seitens der Bauern heimlich Getreide ausgedroschen worden ist und die Scheune mit dem leeren Stroh niedergebrannt und danach der Verlust des gesamten Getreides gemeldet wurde. Da es sich hierbei nicht um Einzelfälle von Hamsterei handelt, sondern die Ursache in dem schwindenden Vertrauen den deutschen Methoden gegenüber gesucht werden muss, er-

99

scheint eine genaue Prüfung der Preis- und Lohnfrage angebracht.

V. Stimmung der Bevölkerung.

Nachdem bei Einmarsch der deutschen Truppen die Bevölkerung unter dem Eindruck der Befreiung vom bolschewistischen Blutterror durchaus hoffnungsvoll gestimmt war, ist jetzt infolge der geschilderten Umstände eine fühlbare Mißstimmung zu verzeichnen. Wenn auch die bolschewistische Propaganda in breiteren Kreisen als erfolglos angesprochen werden kann, so trägt die Werbetätigkeit der ukrainischen politischen Parteien nicht zu einer Besserung des Vertrauens zu der deutschen Verwaltung bei. Insbesondere gilt dies für Banderas Propaganda, jedoch auch für Molnik. Es ist anscheinend noch nicht gelungen, in der deutschen Verwaltung die überparteiliche, für das Wohl der Ukrainer besorgte Macht richtig herauszustellen. Weitere Nahrung erhält die Misstimmung einmal durch das Wirken der Juden, deren wirtschaftlicher Einfluss noch keineswegs als gebrochen angesehen werden kann, zum anderen durch die Ereignisse und Massnahmen, welche unter II. Volkstumsfragen erwähnt wurden. Dass die Kirchenfrage noch ungelöst ist, erscheint in Bezug auf die Meinungsbildung innerhalb des Ukrainertums nicht von grosser Bedeutung. Dieses Problem wird wohl erst dann gelöst werden, wenn hier eine Entscheidung gefallen ist.

Einsatzgruppe D.

Standort S i m f e r o p o l .

Verhalten der Rumänen im Gebiet Transnistrien.

Nach Mitteilung ~~W~~-Oberführer Hoffmeyer haben Verhandlungen des Auswärtigen Amtes mit der rumänischen Regierung über eine Sonderstellung der Volksdeutschen im Raum Transnistrien begonnen. Danach soll durch die

Verhandlungen erreicht werden:

- 1.) Politische und kulturelle Selbständigkeit der deutschen Volksgruppe,
- 2.) Wahrung der wirtschaftlichen Belange durch eigene deutsche Organisationen,
- 3.) Zusammensiedlung der Volksdeutschen in geschlossene Ortschaften,
- 4.) Aufstellung eines volksdeutschen bewaffneten Selbstschutzes.

Diese Zugeständnisse müssen von der rumänischen Regierung verlangt werden, falls die deutsche Volksgruppe in Transnistrien auch unter rumänischer Verwaltung verbleiben soll. Dass diese Ansprüche berechtigt sind, geht aus dem Verhalten der rumänischen Verwaltungsbehörden und militärischen Dienststellen klar hervor.

In welchem Umfange Übergriffe seitens des rumänischen Militärs seit Besetzung des Raumes Transnistrien an der Tagesordnung sind, ist bereits mehrfach berichtet und bekannt. Nach Einführung der rumänischen Verwaltung kann aber nunmehr von einer systematischen Ausplünderung des Landes ohne Übertreibung gesprochen werden. Hierbei muss aber bedauerlicherweise festgestellt werden, dass für eine derartige Ausplünderung des Landes und besonders der deutschen Gemeinden durch die zwischen der deutschen Heeresmission und der zuständigen rumänischen Armeedienststelle am 30. August 1941 zu Tighina getroffene Vereinbarung über die Sicherung der Verwaltungs- und Wirtschaftsauswertung der Gebiete zwischen Dnjestr und Bug Vorschub geleistet wird. Bei diesen getroffenen Vereinbarungen müssen zwei Gesichtspunkte besonders beanstandet werden. Einmal wurde dem Vorhandensein einer deutschen Volksgruppe von annähernd 175.000 Menschen keinerlei Erwägung getan und diese daher der Willkür des neuen Machthabers in diesem Gebiet preisgegeben, zum anderen wurden dem rumänischen Staat generell 50% der gesamten Ernte und des gesamten

Viehbestandes überlassen. Während zum ersten Punkt sich jeder Kommentar erübrigt, führt die vereinbarte Abgabe von Getreide und Vieh zwangsläufig zum wirtschaftlichen Ruin des Landes und zu einer Hungerkatastrophe im kommenden Winter. Die Abgabe des Getreides hat sich bis jetzt so abgespielt, dass diese 50% der Ernte ohne Berücksichtigung des für die kommende Aussaat erforderlichen Saatgetreides vier-, fünf- auch sechsmal in einer Gemeinde durch die verschiedensten rumänischen Stellen abgezogen wurden, so dass den betroffenen Gemeinden nur ein Bruchteil des erforderlichen Brotgetreidebedarfs verblieb. Diese Methode wird dort angewandt, wo die Ernte noch leidlich ordnungsgemäss eingebracht wurde. Anders sieht es in den Gebieten aus, wo von Anfang der Besetzung des Raumes Transnistrien an rumänische Truppen liegen. Hier wurde das Getreide zum grössten Teil bereits vom Felde weg verfüttert und gelangte erst garnicht zum Drusch. Dass die rumänischen Truppen zu dieser Art von Proviantierung gezwungen sind, ist verständlich, wenn man weiss, dass das rumänische Militär über keinerlei organisierte Verproviantierungs- und Nachschubmöglichkeiten verfügt.

In der deutsch-rumänischen Vereinbarung wurde unter anderem auch die Hilfe der Rumänen an der Ernteeinbringung festgelegt. Diese Hilfe wurde in der Weise gehandhabt, dass die Bauern, ob deutsche oder ukrainische, unter Aufsicht einer Horde rumänischer Soldaten mit aufgefanztem Bajonett zur Arbeit geführt wurden. Dasselbe Bild fand man auch auf allen Dreschplätzen der Ortschaften. Hier bestand die Hilfe darin, dass die besagten 50% Getreide sofort von der Dreschmaschine von den Rumänen verladen und abgeführt wurden.

Die Zugeständnisse über die Erfassung der 50% des gesamten Viehbestandes wurde ohne Rücksicht auf notwendiges Zuchtvieh gehandhabt. Wahllos wurden trüchtige Kühe,

Jungvieh usw. ebenso wie ausgesprochenes Schlachtvieh von den Rumänen fortgetrieben oder ausgeschlachtet. Die Folge dieser Massnahme ist kaum abzusehen. Bei geringstem wirtschaftlichen Verständnis seitens der deutschen Heeresmission hätte hier zumindest die Vereinbarung nur auf ausgesprochenes Schlachtvieh Anwendung finden dürfen.

Gerade die deutschen Gemeinden wurden besonders hart von den rumänischen Massnahmen betroffen, da es allen rumänischen Stellen bekannt ist, dass in diesen Gemeinden noch ein gewisser Wohlstand herrscht. Neben diesen angeblich berechtigten rumänischen Massnahmen wurden aber hunderte von Fällen bekannt, in denen rumänische Soldaten und Offiziere sich an dem Privateigentum der Bauern vergriffen. Hierbei wurde zwischen Geflügel, Bekleidungsstücken oder Wein kein Unterschied gemacht. Es bedurfte des energischen Eingreifens der Kommandos der Volksdeutschen Mittelstelle, die deutschen Gemeinden soweit wie möglich vor diesen masslosen Übergriffen zu schützen.

Zwangsläufig kam es dabei naturgemäss zu Reibungen mit den rumänischen zivilen und militärischen Dienststellen, besonders dann, wenn die Abgabe von Getreide bis zur Sicherung der Ernährung und des Saatgutbedarfs verweigert wurde. Bezeichnend ist das einmütige Urteil der deutschen wie der ukrainischen Bevölkerungsteile, dass die Herrschaft der Bolschewisten immer noch erträglicher war als die der Rumänen. Es besteht die Gefahr, dass beim Fortdauern dieser Verhältnisse und Duldung durch das Deutsche Reich das Vertrauen zu diesem bis zu einem gewissen Grad erschüttelt wird.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die rumänische Verwaltung kaum in der Lage sein wird, den Raum zu verwalten oder sogar einen Wirtschaftsaufbau

zu betreiben. Im Gegenteil ergeben die bisherigen Feststellungen, dass es den rumänischen Dienststellen in erster Linie um ein Herausziehen von Werten aus dem Lande zu tun ist. Das Abtreiben von Vieh und Pferden in grossem Ausmaß über den Bug nach Bessarabien spricht dafür.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 17. Nov. 1941.

- B.Nr. IV A1 - 1 B/41 - gRs. -

geheime Reichssache

60 Ausfertigungen.

57. Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 134.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Die mit der Ereignismeldung Nr. 132 vom 12.11.1941 gemeldeten Standorte und Nachrichtenverbindungen sind unverändert geblieben.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Meldungen der Einsatzgruppen A, B und C liegen nicht vor.

Einsatzgruppe D.

Standort S i m f e r o p o l.

Allgemeine Lage und Stimmung im Raum Nikolajew.

Wirtschaftliche Lage.

Nachdem bis zum Jahre 1925 der Wiederaufbau des Landes aus den Zerstörungen des Bürgerkrieges durch hohe Steuerzahlungen bis zu einem gewissen Abschluß gekommen war, hatte sich das Bauerntum soweit erholt, daß seine Existenzgrundlagen gesichert schienen. Mit der dann einsetzenden Kollektivierung brach der Bauernstand endgültig und restlos zusammen und sank zu einem Landproletariat herab, das sein Leben unter schwierigsten Bedingungen mit Mühe fristete und darin dem Stadtproletariat durchaus gleichgestellt war.

Die Kollektiv-Familie durfte eine Kuh, Schweine und Hühner halten und 1/2 ha Eigenland bebauen. Die hierfür zu entrichtenden Abgaben waren jedoch so hoch, daß Besitzlosigkeit vorteilhafter erschien. Für den Besitz einer Kuh mußten 180 Ltr. Milch, für Hühner, unabhängig von der Zahl, 180 Eier abgeliefert werden, auch Fleischgeld mußte entrichtet werden. Dazu drohte bei Arbeitsversäumnis oder Nichtarbeit an Sonntagen Ausschuß aus dem Kollektiv. Wer ausgeschlossen wurde, wurde in ein anderes Kollektiv nicht wieder aufgenommen und war damit der Verelendung preisgegeben.

Diese Arbeitsbedingungen veranlaßten zahlreiche Landbewohner in die Stadt abzuwandern, da sie hofften, hier bessere Arbeits- und Lohnbedingungen vorzufinden. Die Arbeitsbedingungen waren jedoch in der Stadt nicht vorteilhafter, eher noch ungünstiger. Der freie Wechsel der Arbeitsstätte war grundsätzlich verboten. Die Löhne und Gehälter waren niedrig (Arbeitslöhne zwischen 100 und 300 Rubel, Spezialisten 1 500 und 1 800 Rubel), dafür die Strafbestimmungen sehr scharf. Nach der

Einführung des Gesetzes über Arbeitsverspätung im Jahre 1939 gab es bei Verspätungen von 5 Minuten einen Verweis, beim 2. Mal einen strengen Verweis, beim 3. Mal gerichtliche Bestrafung mit Abzug von 25 - 50 % des monatlichen Arbeitslohnes oder mit Gefängnis. Neben zahlreichen Abzügen für soziale Einrichtungen wurde auch die Beteiligung an der Staatsanleihe, obwohl sie freiwillig war, vom Lohne abgezogen. Unter diesen Umständen war die Kaufkraft der Bevölkerung gering, zumal Lohn und Verdienst großen Schwankungen unterworfen waren. War in einem Jahr der Verdienst etwas besser, so reichte er im nächsten Jahr nur für das tägliche Brot. Trat eine gute Ernte ein oder ein Wirtschaftsaufschwung wie im Jahre 1940 durch die Gewinnung neuer Gebietsteile, so daß die Lebensmittel durchschnittlich etwas billiger wurden, so wurden Löhne und Gehälter der Arbeiter und Beamten bis zu 50 % gekürzt. Über die Wirtschaftsverhältnisse durfte ab 1939 im allgemeinen in der Presse nicht mehr geschrieben werden, zumal die Empörung in der Bevölkerung über Zeitungsartikel, die der Wirklichkeit Hohn sprachen, nicht übersehen werden konnte. Während die Zeitungen z.B. von der Überschreitung der Arbeitspläne schrieben, Artikel und Bilder über die Arbeitslosigkeit und das Hungerleben in Deutschland brachten, demonstrierten die riesenhaften Schlangen vor den Läden, daß dem Staate das Recht der Kritik an Maßnahmen anderer Länder abgesprochen werden mußte.

Propaganda.

Von dem Recht der "freien Meinungsäußerung" machte man auch in diesen Fällen keinen Gebrauch, da sich jeder von einem Kreis von Spitzeln umgeben fühlte.

Überhaupt war das Thema "Freiheit" sowohl in der Presse als auch im Film sehr beliebt. Fast jeder Film z.B. behandelte in irgendeiner Form das "freie Leben der Sowjetvölker". Sie waren eintönig und behandelten aus propagandistischen Gründen vorwiegend Spionage- stoffe, Kriegs- und Wehrfragen, das Leben in der Kollektive, in den Fabriken, jüdische Tendenz- und Hetzfilme.

Die Bevölkerung, die Masse, wie es vor allem in Schulungsschriften immer wieder heißt, stand unter dem ständigen Einfluss der Propaganda auf jedem Gebiet. Die Organisation des Drahtfunkes leistete hier besonders gute Dienste. Da die Lautsprecher auch in den Wohnungen nur auf "laut" oder "leise", nicht aber völlig abgestellt werden konnten, konnte der einzelne sich dieser Propaganda auch im eigenen Hause nicht entziehen.

Erziehung:

Mit der Propaganda war eine Massen-Erziehungsarbeit verbunden, die sowohl die Jugend- als auch die Erwachsenen-Erziehung umfaßte. Von ihr wurde auch das gesellschaftliche Leben bestimmt. Träger dieser Erziehungsarbeit waren einerseits Schule, andererseits die kommunistischen Organisationen.

Die Organisationen bedienten sich bei ihrer Arbeit einer großen Zahl von Clubs und Zirkeln, die häufig Bühnenstücke darboten, Vorträge, "Meetings" und Versammlungen durchführten. Vorbild für die "übrige Masse" sollten auf allen Gebieten die Komsomolisten sein. Sie organisierten Vorlesungen aus Zeitschriften, gaben selbst solche heraus, behandelten die Konstitution der UdSSR, die landwirtschaftlichen Statuten, die Wahlgesetze, die Beschlüsse der Parteitage und der Regierung usw. In der Schule unterstützten sie die Arbeit der Pioniergruppen und der Lehrer, organisierten antireligiöse Abende, Versammlungen und "Kulturabende" und vermittelten den

Kindern die Parteigeschichte. Mit dem Versuch der breiten Massen-Erziehung war der Kampf gegen das Analphabetentum verbunden.

Gesundheitswesen.

Nach der Oktober-Revolution bildeten die "Verwahrlosten", die elternlosen Kinder, nicht nur eine kriminelle, sondern auch eine Gefahr für den Gesundheitszustand der Bevölkerung allgemein, da sich diese Kinderhorden als Träger von Seuchenherden erwiesen. Nach Anwendung des Radikal-mittels der Liquidierung wurden für den Rest Kinderheime geschaffen, die vom Staat unterhalten wurden. Während anfangs alle Kinder aufgenommen wurden, wurden zu Beginn des Jahres 1939 diejenigen Kinder, von denen noch ein Elternteil lebte, wieder ausgeschieden. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung war ungenügend (ein großer Prozentsatz der Studenten war tuberkulös). Zur Hebung des Gesundheitszustandes gab es zahlreiche Krankenhäuser, Erholungsheime und Sanatorien, die jedoch nur einem kleinen Teil der Bevölkerung, vorwiegend Partei-Angehörigen, zur Verfügung standen, da die Masse nicht in der Lage war, die Kosten für einen Aufenthalt in diesen Anstalten aufzubringen.

Volksdeutsches Siedlungsgebiet nordostwärts Melitopol, insbesondere im Raum von Halbstadt.

Der steppenähnliche ostwärtige Teil des Arbeitsbereichs nordostwärts Melitopol weist bei einer verhältnismäßig geringen Zahl von Ortschaften eine ebensolche Bevölkerungsdichte auf. In Ermangelung einer besonderen wirtschaftlichen Bedeutung sind Ortschaften mit wirtschaftlichen Betrieben nirgends angetroffen worden. Bei der Bevölkerung, die einen außerordentlich niedrigen Lebensstandard hat, hat sich ein politisches Interesse nicht erkennbar feststellen lassen. Aus diesen Gründen ist dieses Gebiet von jeher fast judenfrei gewesen.

Das deutsche Siedlungsgebiet westlich Halbstadt umfaßt 24 fast reindeutsche Ortschaften. Die Seelenzahl dieses Siedlungsgebietes wird vor Kriegsbeginn auf rund 15 000 geschätzt.

Nach Halbstadt mit nahezu 3 000 Einwohnern sind Friedrichsfeld, Tiefenbrunn und Heidelberg die größten Ortschaften, die eine Seelenzahl an Volksdeutschen von mehr als 1 000 hatten. Der fragliche volksdeutsche Siedlungsraum ist ein ausgesprochenes Schwarzerd-Gebiet mit einer ertragreichen Landwirtschaft. Die Dörfer fallen vorteilhaft durch ihre Anlage und Bauweise auf. Etwa Mitte August wurden die leistungsfähigsten Arbeitskräfte - etwa 10 bis 15 % der Gesamtbevölkerung - vorwiegend bestehend aus Männern bis zum 40. und Mädchen bis zum 23. Lebensjahr, herausgezogen und im Bogen westwärts des Dnjepr zu Erdarbeiten (Tankgräbenbau) eingesetzt. An die gesamte restliche volksdeutsche Bevölkerung erging am 1.10.1941 der Befehl, sich binnen 2 Stunden zur Abschiebung zu rüsten und zu sammeln. Es wurde ihr gestattet, Kleidungsstücke und Lebensmittel in ausreichendem Maße mitzuführen. Die völk deutschen wurden zunächst an verschiedenen Sammelpunkten konzentriert und von dort zur nächstgelegenen Bahnstation Prischib gebracht, von wo aus sie am 3.10.1941 in offene Waggon verladen wurden.

Von diesem Zeitpunkt ab waren sämtliche Dörfer menschenleer. Nur in 2 Ortschaften konnte bisher festgestellt werden, daß der eine oder andere zurückgelassen wurde. So in Rosenthal, wo noch eine betagte erblindete Frau mit ihrer Tochter angetroffen wurde, die sich der Verschickung widersetzt hatten, und bei denen die angeordnete Erschießung nicht durchgeführt wurde. In einigen anderen Orten hatten sich einzelne Personen wochenlang versteckt gehalten und waren dadurch der Verschickung entgangen. Ihre Zahl beträgt nicht mehr als 10.

100

Nach und nach sind einige Volksdeutsche in ihre Dörfer zurückgekehrt. Ausser einigen Flüchtlingen, denen es gelang, während des Transportes zu entkommen, handelt es sich ausnahmslos um die Volksdeutschen, die westlich des Dnjepr zu Erdarbeiten eingesetzt worden waren, wegen des Vordringens der deutschen Truppen aber zusammen mit russischen Truppenteilen von der rückwärtigen Verbindung nach dem Innern Russlands abgeschnitten wurden. Diese Volksdeutschen mit einer Gesamtzahl von etwa 1 400 stellen den einzigen Bevölkerungsrest dieses Siedlungsraumes dar. So weist z.B. Friedrichsfeld von früher 1100 nur noch 80 und Rosenthal von früher 400 nur noch 48 Einwohner auf. Diese Volksdeutschen haben sich zu Hausgemeinschaften zusammengeschlossen, so daß jeweils nur ganz wenige Häuser bewohnt sind. Bei dieser Restbevölkerungszahl erscheint die wirtschaftliche Lage einigermaßen erträglich. Das fast ausnahmslos fortgetriebene Vieh findet sich z.T. wieder ein. Teils weidete es herrenlos auf den Feldern, ein anderer Teil konnte in weiter östlich gelegenen Gebiets-ⁱⁱteilen festgestellt und zurückgeführt werden. Hier bedarf es noch einer gerechten Aufteilung, damit die völlig von Vieh entblöbten Ortschaften mit einer entsprechenden Anteil bedacht werden. Die Zahl der Pferde ist außerordentlich gering, ihre Erhöhung darf ohne zusätzliche Hilfe nicht erwartet werden. Bis zum Beginn der Kampfhandlungen in diesem Gebiet war die diesjährige Ernte restlos eingebracht worden. Ein Teil der Erntevorräte, insbes. des Getreides, ist von den Bolschewiken vor ihrem Abzug durch Feuer vernichtet worden. Lediglich die Hackfruchternte ist noch nicht eingebracht. Zu deren Einbringung reicht die verbliebene Bevölkerung nicht entfernt aus. Die fast restlose Zerstörung oder Fortführung der landwirtschaftlichen Maschinen wirkt sich für die Herbstbestellung deshalb kaum nachteilig aus, weil sie bereits vor Beginn der Kampfhandlungen im wesentlichen durchgeführt worden war. Nach den Berichten des

einen oder anderen Flüchtlings, dem es gelungen war, entweder während des Transportes oder aus den einzelnen Sammelagern zu entweichen, ist die Verschleppung der volksdeutschen Bevölkerung in Richtung über Stalino hinaus erfolgt. Bei Vergleichung des Zeitpunktes des Abtransportes mit den Daten über das Vorrücken der deutschen Truppen kann kaum damit gerechnet werden, daß Volksdeutsche noch aufgefunden werden. Es ist den Bolschewiken offenbar gelungen, die Transporte weit in das östliche Russland zu führen. Organisatoren und Antreiber der Verschickungsaktion sind nach Angaben der Flüchtlinge, die im übrigen über verschiedene Erschießungen bei Fluchtversuchen anderer zu berichten wissen, überwiegend Juden gewesen. Bei diesen Juden habe es sich durchweg um Gebietsfremde gehandelt, zumal bis auf geringfügige Ausnahmen das volksdeutsche Siedlungsgebiet judenfrei gewesen ist.

Bericht

Über die Arbeit des Zentralkomitees der KP (b).

(Nach Unterlagen aus geheimen, nicht veröffentlichten Dokumenten, mitgeteilt von einem ehem. Parteisekretär).

Ende des Jahres 1940 trat in Moskau das Plenum des Zentralkomitees der KP (b) zusammen, wobei folgende Fragen behandelt wurden:

1. die Bevorratung der landwirtschaftlichen Produkte im Jahre 1940;
2. die Erfüllung der Regierungsanweisungen zur Hebung der Arbeitsdisziplin.

I. Aufgabe des Plenums war, neue Mittel und Wege zu finden, um die Bevorratung der landwirtschaftlichen Produkte sicherzustellen. Die Berichterstatter sowie die Korreferenten mußten zugeben, daß sich die Brotbeschaffung von Jahr zu Jahr verminderte. Insbesondere hat sie sich im Jahre 1939 erheblich erniedrigt. Das Plenum stellte daher die Aufgabe, alle Produkte an Brot, Fleisch und Milch aus den

Kollektivwirtschaften herauszuziehen. Als Grund für die Verminderung der Brotbeschaffung wurde folgendes angegeben:

Einmal wurde festgestellt, daß die Kollektivwirtschaften in jedem Jahre geringere Flächen mit Getreide, dafür aber größere Flächen mit anderen Kulturen bebauten. Zum anderen bestand eine Lücke in den Anweisungen über die Ablieferung auf Grund folgender Vorschriften:

Während (und zwar bis zum Jahre 1940) die Ablieferungspflicht für Getreide nur für diejenigen Flächen bestand, die als Getreideland anzusprechen waren, blieben diejenigen Flächen, die als Sumpfland kultiviert wurden, ohne Besteuerung. Die Kollektivwirtschaften gingen daher immer mehr dazu über, die fruchtbaren Saatflächen brach liegen zu lassen und dafür Sumpfland zu bebauen. Dieses Verhalten der Kollektivwirtschaften beweist, daß die Kollektiven der Sowjetregierung keinerlei Zuneigung entgegenbrachten und Mittel und Wege suchten, um die Brot- und Getreideabgabe an den Staat zu verringern. Das Plenum beschloß daher, sämtliche bebauten und unbebauten Flächen zu besteuern. Diese Maßnahme bedeutete eine weitere fast unerträgliche Belastung der Kollektive. Für diejenigen Kollektiven, in denen trotz der getroffenen Maßnahmen noch Getreide und Brot übrig blieben, wurde der freie Ankauf von Brot durch den Staat angeordnet. Diese Maßnahme war im wesentlichen auf den Einspruch des Sekretärs des Zentralkomitees der KP (b) der Ukraine, W. Chruschaw, zurückzuführen. Chruschaw erklärte, daß nach seinen Feststellungen zahlreiche Kollektivwirtschaften zuviel Getreide pro Arbeitstag an die Kollektivisten auszahlten, und daß eine größere Menge als 8 kg pro Arbeitstag nicht ausgegeben werden dürfte. Diese Kollektivwirtschaften wurden in der Sowjetpresse schwer angegriffen. Daraufhin beschloß das Plenum, im folgenden Jahre noch weniger Getreide pro Arbeitstag zu bewilligen. Die Folge dieser

Maßnahme war, daß in den betreffenden Kollektiven überhaupt nichts mehr übrig blieb.

II. Aus den Berichten während der Tagung des Plenums geht hervor, daß die Regierungsanweisungen zur Hebung der Arbeitsdisziplin in den meisten Fällen nicht durchgeführt wurden. Den Gerichten und Staatsanwälten wurde vorgehalten, daß sie, obwohl Strafgeelder zwischen 25 und 50% des Arbeitslohnes bei Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin auferlegt wurden, noch nicht scharf genug durchgriffen hätten, obwohl auch Gefängnisstrafen, und zwar für Ukrainer und Russen, dagegen nicht für Juden, ausgesprochen wurden. Der Kommissar für Äussere Angelegenheiten, Mikojan, bestand darauf, daß die Kollektivisten mit Gefängnis bis zu 7 Jahren zu bestrafen seien, da sie in den Gefängnissen nützlichere Arbeiten leisten könnten als in den Kollektiven. Diese Forderung wurde anerkannt und hatte zur Folge, daß immer neue Befehle und Vorschriften für die Kollektiven herausgegeben wurden, die das Leben der Kollektivisten unerträglich machten. Um die Arbeitsdisziplin unter diesen Umständen aufrecht-erhalten zu können, wurden immer schärfere Strafen ausgesprochen. Die Staatsanwälte, die nach Meinung der Partei nicht scharf genug durchgriffen, wurden zur Rechenschaft gezogen. In den Kollektiven gab es bald kaum noch eine Familie, von der nicht mindestens ein Angehöriger im Gefängnis oder in der Verbannung war.

Während die Presse Artikel über die Freiheit des Volkes, die unbegrenzte Volksdemokratie und das freie Wahlrecht schrieb, nahm die Erbitterung unter der Bevölkerung gegen dieses System immer mehr zu. Unter diesen Umständen wurde die freie Wahl der Regierungskandidaten unmöglich. Die Kandidaten für die einzelnen Gebiete und Rayons wurden praktisch nicht durch das Volk gewählt, sondern von der Regierung bestimmt. Durch ein besonderes Dekret Stalins wurden die Regierungskandidaten nominiert

und durch das NKWD sorgfältig überprüft. Etwa 2 Monate vor der Wahl setzte die Einteilung der Wahlkreise und die Propaganda ein. Ein Einspruch gegen die Aufstellung der Wahlkandidaten oder gar eine Ablehnung durch freie Wahl war unmöglich. Die Kandidaten kamen daher regelmäßig durch. Die Presse hatte dann Gelegenheit, von dem unerhörten Wahlerfolg und der Zufriedenheit der Sowjetbürger zu schreiben. Hieraus dürfte sich der immer wieder deutlich bemerkbare Gleichmut gegenüber den Bolschewisten, ihren früheren Vertretern und insbesondere gegen die Juden getroffenen Maßnahmen erklären.

Militär-Gerichtsbarkeit in der UdSSR.

Ein^{en} Einblick in die Militär-Strafprozessordnung der UdSSR gibt die Niederschrift eines gefangenen Militär-Justizkapitäns, der sich, ohne juristische Ausbildung genossen zu haben, vom Kurier (Amtsboten an einem Gericht) zum Militär-Justizbeamten hinaufgearbeitet hatte.

Die Strafen, die in der Prozessordnung vorgesehen sind, sind selbst für kleine Vergehen streng und werden im Kriegsfall meist in Todesstrafe umgewandelt. Die Tätigkeit der politischen Kommissare und die ungemein harte Bestrafung der Soldaten durch die Militärgerichte dürften für die Aufrechterhaltung der Disziplin in der Roten Armee allein entscheidend gewesen sein.

Die Prozessordnung wurde von einem Hauptgesetz bestimmt, das von der Regierung der UdSSR erlassen wurde und aus etwa 32 Artikeln besteht. Daneben hat ein besonderer Kriminalkodex der jeweiligen Republik, der nach der besonderen Eigenart des Landes zusammengestellt ist, Gültigkeit.

Der Prozess an einem sowjetischen Militärgericht besteht aus 3 Teilen, und zwar:

- a) Ermittlung,
- b) gerichtliche Untersuchung und
- c) Hauptverhandlung.

Die Ermittlung wird vom Regimentskommandeur bzw. von seinem Vertreter geführt und das Ergebnis dem Untersuchungsrichter vorgelegt, zuvor jedoch die Entscheidung des Divisionskommandeurs eingeholt. Kleinere Vergehen können von dem Regiments- bzw. Divisionskommandeur abgeurteilt werden. Diese sind befugt, Strafen bis zu 10 Tagen schweren und 20 Tagen leichten Arrestes zu verhängen. Vom Untersuchungsrichter wird die Akte an den Staatsanwalt weitergeleitet, dessen Begründung für die Einleitung oder Einstellung des Verfahrens maßgebend ist.

Die personelle Besetzung eines Militärgerichts in der UdSSR ist folgende:

1. Vorsitzender (Volljurist),
2. 2 Beisitzer (Soldaten oder Offiziere),
3. 1 Schriftführer (Sekretär),
4. 1 Staatsanwalt (Prokurator - Jurist) und
5. Verteidiger (Jurist).

Der Vorsitzende eröffnet die Verhandlung, verliest die Anklageschrift, führt das Verhör der Beschuldigten durch und vernimmt die Zeugen. Je nach Lage der Dinge dauert eine derartige Verhandlung etwa 2 - 3 Stunden. Nach Abschluß des Zeugenverhörs ergreift der Staatsanwalt das Wort und beantragt die Bestrafung oder die Freisprechung. Als letzter erhält der Verteidiger das Wort, der beim Militärgericht genau wie beim Zivilgericht ein Privat-Rechtsanwalt sein kann. Ist der Angeklagte nicht in der Lage, einen solchen stellen zu können, so wird ihm ein Pflichtverteidiger beigegeben. Großen Einfluss üben jedoch die Verteidiger auf das Strafmaß nicht aus, denn dieses steht erfahrungsgemäß bei Beginn der Verhandlung schon fest.

Im Kriegsfall tritt an Stelle des Militärgerichts ein sogenanntes Kriegs-Tribunal, bestehend aus:

- 1 Vorsitzenden,
- 2 Beisitzern und
- 1 Sekretär.

Der Vorsitzende vertritt die Anklage, verhört den Beschuldigten und die Zeugen und fällt mit den Beisitzern das Urteil. Eine solche Verhandlung beansprucht im Höchstfalle 30 bis 40 Minuten. Anstelle einer Freiheitsstrafe tritt im Kriegsfalle meist die Todesstrafe. Die politischen Kommissare erstatten ihre Anzeige bei Gericht, haben jedoch keinen Sitz im Kriegstribunal. Dagegen sind sie wohl in der Lage, das Urteil weitgehend zu beeinflussen, und die Furcht vor diesen Kommissaren ist beim Kriegstribunal ebenso groß wie beim einfachen Soldaten. Jeder Richter in der UdSSR ist Parteimitglied und somit gehalten, im Sinne der Partei zu handeln, d.h. den Willen der politischen Kommissare zu vollstrecken.

Eine zeitlang gab es in der Roten Armee keine Kommissare. Die gesamte Macht lag bei den Kommandeuren, denen ein Vertreter für politische Angelegenheiten beigeordnet war (den heutigen Kommissaren ähnlich, aber mit weniger Rechten). Im zweiten Monat des Krieges wurde das Institut der Kommissare erneut dekrediert.

Nach dem Gesetz ist das Institut der Kommissare folgendermaßen gegliedert:

Der Polit-Führer ist dem Kommissar des Bataillons untergeordnet, der letztere dem Regimentskommissar, dieser dem Divisionskommissar, der dem Kriegsrat der Armee unterstellt ist.

Aktion gegen Partisanen in den Dün-en bei Tschelbasy.

Beim Einrücken des Kommandos in den neuen Standort Skadowsk fiel gleich die ersten Tage auf, daß die überwiegend aus Ukrainern bestehende Bevölkerung in einer ständigen Angst vor Partisanen lebte, und daß in einem Ausmaß, wie es das Kommando in dem bisher bearbeiteten Gebiet nicht feststellte. Die Bevölkerung erklärte immer

107

wieder, daß sich in den Dünen, die sich zwischen Tschelbasy und Aleschki befinden, bewaffnete Partisanen aufhalten. Dazu muß bemerkt werden, daß die Dünen ein Gelände bilden, das für Versteck von Partisanen wie eigens dazu geschaffen erscheint. Es handelt sich um ein unwegsames Gelände, gebildet von lauter Sandhügeln im Ausmaß von 30 km Länge und 20 km Breite. Nach Besichtigung dieser Dünen wurde klar, daß eine Streife nur auf Vermutung ergebnislos verlaufen müßte. Von der Wehrmacht wurden bereits zweimal Durchkämmungen des Geländes von Streifen in Gesamtstärke von 400 Mann unternommen, die ergebnislos verliefen. Dem Gerücht zufolge sollte sich in den Dünen auch der ehemalige Bürgermeister von Cherson aufhalten. Die Erhebungen, die von seiten des Kommandos in dieser Richtung unternommen wurden, ergaben, daß sich der Schwiegervater des ehemaligen Bürgermeisters von Cherson in Mario-Antonowka, in der Nähe von Snadowsk, befand. Nach einigen Verhören gab der Schwiegervater zu, daß sein Schwiegersohn mit noch einigen Führern der Partisanenbewegung sich tatsächlich in den Dünen aufhalte. Er gab auch an, das Versteck zu wissen und erklärte sich bereit, das Kommando zu führen. Da es sich um ein unwegsames Gelände handelt, und um ein Ankommen der Partisanen zu verhindern, wurde zur Unterstützung auch noch das Teilkommando 12 herangezogen. Es wurden 4 Züge gebildet, die als große Zange beim Morgenanbruch des 18.10.1941 auf das angebliche Versteck konzentrisch losmarschierten. Nach etwa einstündigem Vormarsch in dem sehr unübersichtlichen Gelände erhielt der mittlere Zug plötzlich starkes MG- und Gewehrfeuer. Um ein Entkommen des Gegners zu verhindern, wurde der Einschließungsgürtel zunächst enger gezogen. Ein gegen die Mitte eingesetzter Stotrupp erwiderte das gegnerische Feuer, drang in die Verteidigungsstellung des Gegners ein und brachte durch Vernichtung der Bedienung 2 Maschinengewehre zum Scheitern. 2 gut ausgebauten Erdbunker wurden mit Handgranaten genommen. Bei diesem Kampf wurden folgende Partisanen getötet bzw. verwundet:

- 1.) der frühere I. Sekretär der Gebietsführung der KP., zuletzt Kommissar der Partisanenabteilung, für das Gebiet Nikolajew bis zur Krim,
 - 2.) der Wirtschaftsdirektor des Technikums Cherson,
 - 3.) der Direktor des Steueramtes Cherson und
 - 4.) ein russischer Soldat.
- Ein Partisan wurde lebend gefangen.

An Waffen wurden erbeutet:

6 K.G., über 100 Handgranaten, 30 Karabiner, 5 Schnellfeuer^egewehre, bei jedem Mann eine Pistole und 12000 Schußmunition.

An Lebensmitteln wurden sichergestellt:

160 Konserven, einige Zentner Mehl und anderes.

Nach Vernehmung des Gefangenen stellte sich heraus, daß 3 der wichtigsten Partisanen entkommen waren. Die vom Kdo daraufhin eingeleiteten Maßnahmen (es wurde sämtliche Miliz in der Umgebung aufmerksam gemacht und Anweisung gegeben, bei Auftauchen der Partisanen dem Kdo Meldung zu machen) hatten vollen Erfolg. Am 21.10. erschien beim Kommando der Bürgermeister von Alexandrowka und teilte mit, daß in der Nacht drei Partisanen bei einem Ortseins^uwohner übernachtet hätten. Nach der Beschreibung des Bürgermeisters konnte es sich nur um die aus dem Dünengebiet geflüchteten Partisanen handeln. Es wurde sofort eine Gruppe nach Alexandrowka in Marsch gesetzt. Dort stellte das Kdo. fest, daß die drei die Ortschaft bereits verlassen hatten. Ortseins^uwohner erklärten, daß die drei in Richtung der Dünen geflüchtet seien. Das Kdo. nahm in der bezeichneten Richtung die Verfolgung auf und ging dann zum Absuchen des Geländes in Schützenkette vor. Nach etwa zweistündigem Marsch stieß man plötzlich auf die drei gesuchten Partisanen, die sich im hohen Steppengras versteckt hielten und die Angehörigen des Kdos. unter heftiges Feuer nahmen. Da sich die Partisanen bis zum Aussersten verteidigten, war eine Gefangennahme ohne Verluste nicht möglich, und sie mußten bis zur Vernichtung niedergekämpft werden.

Bei den drei Getöteten handelt es sich um folgende Personen:

- 1) Blenow, Paul, Kapitän des NKWD und Offizier im russischen I.R. Nr. 369, Inhaber der Erinnerungsmedaille des 20-jährigen Bestehens der Roten Armee,
- 2) Gerskej, Emil, Sekretär der KP. in Cherson und Leiter der Partisanengruppe im Gebiet Nikolajew,
- 3) Ladetschuk, Alexander, Bürgermeister von Cherson und Leiter des Stabes der Partisanenbewegung für das Gebiet Nikolajew.

Neben verschiedenen Handfeuerwaffen und Munition sowie Handgranaten, wobei sich auch eine Mauserpistole, silberbeschlagen und versehen mit einer Widmung "für besonders gewalttätigen Kampf gegen die Gegner der Sowjetunion", befand, wurde umfangreiches Adressenmaterial sowie ein Organisationsplan der Partisanen im Gebiet Nikolajew erbeutet, so daß eine restlose Aufrollung der Partisanenbewegung im Gebiet Nikolajew - Cherson gewährleistet ist.

Die Vernehmung des Gefangenen, der nach dem Organisationsplan der Leiter der Spähtätigkeit war, ergab, daß die Partisanen über eine Funkanlage in den Dünen verfügten. Die Funkanlage wurde auch gefunden. Sie befand sich gut getarnt in einem Gehöft in Lenindorf. Die Anlage wurde nach Besichtigung durch einen Fachmann zerstört.

Weiter gab der Gefangene an, daß sich in Cherson eine illegale Druckerei befinden soll, die den Auftrag hat, eine deutschfeindliche Zeitung herauszugeben. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Partisanenbekämpfung im Dnjeprbogen

im Raum von Popowo - Balki.

Die gegen die Partisanenbewegung im Dnjeprbogen im Raum von Popowo - Balki eingeleitete Aktion ist noch im Gange. Das weite, undurchdringliche, von Flußläufen durchzogene Sumpfgebiet des Dnjepr hatte den dort gebildeten Partisanengruppen besonders günstige Voraussetzungen geboten. Nach den Aussagen der ersten Überläufer sind die für diesen Raum bestimmt gewesenen Partisanen in 4 Abteilungen zu je 44 Mann aufgestellt worden. Jede Abteilung gliederte sich wiederum in 4 Gruppen zu je 11 Mann. Die Aufstellung erfolgte unter Leitung von aus Moskau stammenden und eigens hierzu bestimmten Partisanenführern. Das Hauptkontingent der Partisanen wurde aus zuverlässig erscheinenden Soldaten verschiedener Regimenter entnommen, denen eine entsprechende Anzahl ortskundiger Personen zugeteilt wurde. Die Ausrüstung erfolgte aus sowjetrussischen Armeebeständen und umfasste alles, was zu einer Partisanenkriegsführung erforderlich erscheint. Neben einer weitgehenden Ausrüstung mit Maschinenwaffen, auch schweren, befanden sich in den Händen der Partisanen erhebliche Mengen an Handgranaten und insbesondere auch Minen. Die bisher in Erscheinung getretene Arbeit hatte sich auf das Legen von Minen beschränkt, den leider noch in der letzten Zeit auf gesäubert gewesenen Strassen einige Fahrzeuge zum Opfer gefallen sind. Linige Fahrtrecken in dem an den Dnjepr angrenzenden Gebiet sind auch heute noch nur unter Anwendung aller möglichen Vorsichtsmaßnahmen befahrbar.

Das Angehen der Partisanengruppen wurde dadurch ungemein erleichtert, da sich unter den ortskundigen Partisanenzugehörigen viele befanden, die gegen ihren Willen zum Partisanenkrieg bestimmt worden waren. Diese zur Erkundung über das Vorhandensein deutscher Gruppen aus

ihren Schlupfwinkeln im Sumpfgebiet in die angrenzenden Ortschaften vorgeschickt, meldeten sich vielfach bei den neu eingesetzten Starosten oder wurden von den Angehörigen der ukrainischen Miliz festgenommen. Von der Aussichtslosigkeit überzeugt, auf die Dauer einen Partisanenkrieg durchzuhalten und in der Hoffnung, durch freiwillige Stellung einem unvermeidlichen Schicksal zu entgehen, fanden sie sich bereit, die Vorstecke ihrer Waffen anzugeben oder selbst ihre Waffen abzuliefern. Die Häufung derartiger Fälle und die für sie damit verbundene Furcht eines Vorrats liess nur wenige hartnäckige Partisanen in ihrer Zielsetzung beharren. Soweit es sich um die drei festgestellten Gruppen handelt, die sich im Sumpfgebiet nordwestlich Popowo aufhielten, wurde durch das Eingreifen eines Teilkommandos von EK. 12 die völlige Auflösung erreicht. Die von den Überläufern geforderte Waffenablieferung wurde restlos durchgeführt. Die Zahl der dort sichergestellten Waffen übertrifft sogar erheblich die Anzahl der Angehörigen der dort vorhanden gewesenen Partisanengruppen. Die Zahl der sichergestellten Minen beträgt in diesem Abschnitt allein 220. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, dass weitere Waffen und Sprengmittel nicht vorhanden sind. Die Partisanenteilnehmer, die offenbar hierzu gezwungen worden waren, und denen auch irgend eine aktive Beteiligung nicht nachgewiesen werden konnte, wurden nach der Durchkämmung des Gebietes wegen ihres wirksamen Beitrages bei der Ausräumung der Partisanennester unter der Auflageerteilung einer regelmässigen Meldepflicht bei der ukrainischen Miliz ihres Heimatortes auf freien Fuss gesetzt.

9 gebietsfremde Partisanenangehörige bzw. Führer - 2 davon aus Moskau stammend - wurden nach ihrer Festnahme erschossen. Ein kleinerer Teil der dortigen Partisanen ist in den Dnjeprniederungen waffenlos nach

Norden zu geflüchtet.

Bei der Durchkämpfung des Sumpfgebietes nordwestlich Wassiljewka wurden 6 weitere Partisanen, die sich nicht freiwillig gestellt hatten, überrascht und festgenommen. Ihre Erschiessung erfolgt nach Abschluss der notwendigen Vernehmungen über ihre etwaige Verbindung mit anderen Partisanengruppen. 2 weiteren Partisanen dieser aufgerollten Gruppe gelang es, sich trotz Beschuss durch die Wirrnis des Sumpfgeländes durch einen Wasserarm schwimmend, vor der Verfolgung zu retten.

Gegenwärtig befindet sich noch im Sumpfgelände nördlich Balki eine vierte Partisanengruppe, die unter Führung eines Moskauer Rechtsanwalts steht, durch Überläufer aber bereits stark dezimiert ist. Nach den bisherigen Feststellungen arbeitete diese Gruppe selbständig und stand jedenfalls mit den drei ostwärts aufgeriebenen Gruppen in keiner Verbindung. Anzeichen deuten darauf hin, dass diese letzte Gruppe in Verbindung mit Partisanen steht, die sich westlich des Dnjepr nördlich Nikopol nach befinden sollen. Über deren tatsächliches Vorhandensein konnten sichere Anhaltspunkte noch nicht gewonnen werden. Die derzeit noch minenverseuchten Stellen sind abgesteckt und zum Teil kenntlich gemacht. Ihre Ausräumung durch Pioniere ist von den in Kenntnis gesetzten Wehrmachtsstellen zugesagt worden.

Aufbau und Tätigkeit eines Vernichtungsbataillons.

In Ssiwashkoje wurde etwa ein Monat nach Ausbruch des deutschrussischen Krieges von der kommunistischen Partei in Ausführung eines allgemeinen Befehls aus Moskau ein sogenanntes Vernichtungsbataillon (Istribiteljne-bataillon) errichtet. Die Durchführung der Aufstellung des Bataillons lag in den Händen des hiesigen Milizinspektors M a i s k i und des 2. Sekretärs des Rayon-Partei-Komitees B e l i a n s k i. Maiski übernahm in der Folge auch die Führung des Bataillons, während

Belianski als sein Stabschef fungierte. Das Bataillon bestand aus etwa 100 Mann aus allen Schichten der Bevölkerung. Politische Vertrauenswürdigkeit war anscheinend nicht unbedingte Voraussetzung für die Aufnahme. Diese ging vielmehr so vor sich, dass Maiski fast alle noch nicht zum Militär einberufenen jüngeren Männer des Ortes zusammenrufen liess und ihnen eröffnete, dass sie sich als dienstverpflichtet zu betrachten und während ihrer Freizeit im neu aufgestellten Vernichtungsbataillon Dienst zu machen hätten.

Organisation:

Das Bataillon bestand aus 3 Zügen mit je 30 - 40 Mann, die von einem Zugführer kommandiert wurden und abwechselungsweise jeden dritten Tag im Dienst standen. Bezahlung erfolgte nicht.

Aufgaben:

Unterstützung der örtlichen Miliz, Wachdienst zur Verhütung von Sabotageakten, Bekämpfung feindlicher Fallschirmspringer, Vernichtung von Getreide, Lebensmittel, Maschinen, Industrieanlagen usw. nach Abzug der roten Truppen. Aufforderung zur Betätigung als Partisane im Falle des Zurückbleibens schien nur an einzelne Angehörige des Bataillons ergangen zu sein. Dienst wurde in der Regel nach der Tagesarbeit und in der Nacht in Form von Wachen und Streifen durchgeführt.

Ausrüstung:

Polnische Gewehre und pro Mann 100 Schuss Munition. Die Gewehre befanden sich im Wachlokal in der Schule und wurden bei Antritt des Dienstes ausgegeben und nach Beendigung wieder eingezogen. Dienst wurde in Zivil und ohne besondere Kennzeichen versehen.

Ausbildung:

Zwei- und dreimalige Anweisung über den Gebrauch des Gewehres, ein- bis zweimaliges Scharfschiessen und Unterricht über die Bekämpfung von Fallschirmjägern.

Anweisung über Kampftaktik der Partisanen wurde nicht gegeben.

Bei Abzug der roten Truppen sowie der Partei- und Milizfunktionäre sind auch die Kommandanten und ein Teil der Angehörigen des Vernichtungsbataillons geflohen. Die Waffen wurden auf einem LKW. verladen und mitgenommen.

Unter den zurückgebliebenen und vernommenen Angehörigen des Vernichtungsbataillons befanden sich keine bolschewistischen Aktivisten. Die befohlene Vernichtungsaktion wurde in Ssiwashkoje nicht durchgeführt.

Organisation und Aufgaben der Maschinen- und
Traktorenstationen.

Mit der Kollektivierung der landwirtschaftlichen Betriebe entstand für das bolschewistische System das Problem der einheitlichen und rationellen Bewirtschaftung der Riesenflächen, die so entstanden waren. Man löste es in der Weise, dass man die Landwirtschaft zu mechanisieren begann, d.h. die menschliche Arbeitskraft weitgehend durch die Maschine ersetzte. Die Mechanisierung der Landwirtschaft kam neben der politischen Zielsetzung des Bolschewismus, der Proletarisierung der Bevölkerung, insbesondere der Landbevölkerung, entgegen.

So entstanden von staatlicher Seite organisiert und finanziert die Maschinen-Traktoren-Stationen, die MTS, als ein Netz von Maschinenstationen, das sich über das ganze Land spannte.

Eine MTS verfügt über eine Anzahl Traktoren, landwirtschaftlicher Maschinen aller Art (nebst dazugehörenden Werkstätten), die den Kollektiven, die dieser MTS zugeteilt sind, zur Arbeit gegen Bezahlung zur Verfügung gestellt werden. Der Maschinenpark einer

solchen MTS setzt sich beispielsweise wie folgt zusammen:

52 Mähdrescher,
104 Traktoren,
2 3-to Tankwagen,
1 3-to Lastwagen,
2 1,5-to Lastwagen,
2 Personenkraftwagen.

Weiter verfügt dieselbe MTS über je ein Werkstätten- und Treibstofflager.

Die Leitung der MTS hat ein Direktor, dem ein stellvertretender Direktor, dem vorwiegend die wirtschaftlichen Fragen unterstehen, zur Seite steht. Ein dritter Direktor, der politische, betreut die MTS-Gefolgschaft in politisch-propagandistischer Hinsicht. Für die wirtschaftliche Planung und Durchführung der Arbeiten standen eine Anzahl "Agronomen" zur Verfügung.

Die Leitung der MTM, der Werkstätten, unterstand einem Werkstättenleiter und einem "Ältesten Mechaniker", zu denen technisches Personal gehörte.

Die leitenden Posten einer MTS waren meist mit Parteimitgliedern besetzt, d.h. also die Posten des Direktors, seines Stellvertreters, des politischen Direktors, des Ältesten Agronomen und in der Regel des Ältesten Mechanikers.

Die restliche Gefolgschaft sollte planmäßig ebenfalls der Partei angehören, da man sie als "Spezialisten" zur bolschewistischen führenden Schicht rechnete, jedoch war das meist nicht der Fall, da der allgemeine Mangel an Fachkräften in der Sowjetunion eine Auslese in politischer Hinsicht nicht zuließ. Vielmehr stand das fachliche Können durchaus im Vordergrund und eine Auswahl erfolgte allein danach.

Aufgabe des Politischen Direktors der MTS war in erster Linie die politische Ausrichtung der MTS-Ge-

folgschaft, der man ursprünglich besonderen Wert insofern beimaß, als man sie, wie erwähnt, zur geistigen führenden Schicht rechnete. Diese Ausrichtung erfolgte gelegentlich von Versammlungen, die in unregelmässigen Abständen einberufen und abgehalten wurden. Darüber hinaus erstattete er in regelmässigen Mitteilungen Bericht über die Stimmung und Lage der Gefolgschaft an die übergeordnete Aufsichtsbehörde. Der politische Direktor unterstand dem Parteikomitee unmittelbar (beispielsweise hielt er dreimal im Jahre grosse Versammlungen ab, an denen die gesamte Gefolgschaft teilzunehmen hatte. Darüber hinaus versammelte er in den letzten Wochen und Monaten vor dem Einrücken der deutschen Truppen alle fünf Tage die einzelnen Traktorenbrigaden getrennt von einander und hielt dabei parteipolitische Vorträge und berichtete über die Lage an der Front und die Kriegslage allgemein).

Der zweite Aufgabenbereich des politischen Direktors war, ebenfalls in propagandistischer Hinsicht, der sozialpolitische Sektor. Das heisst, ihm oblag, neue Tarifordnungen den Arbeitern murgerecht zu machen, die Notwendigkeit der Produktionssteigerung klarzumachen, die Arbeitsdisziplin zu stärken und zu vermehren. Gerade diese Probleme waren von besonderer Wichtigkeit, da von ihrer Regelung die Erfüllung der Wirtschaftspläne weitgehend abhing. So war der politische Direktor neben dem leitenden Direktor die wichtigste Person einer MTS.

Jede MTS. versorgte eine bestimmte Anzahl von Kollektiven mit Maschinen und Traktoren; beispielsweise unterstanden im vorliegenden Falle der MTS in Siwashkoje fünfzehn umliegende Kollektive.

Traktoren- und Kombinen-(Mähärescher)-führer gehörten zu den Kollektiven, unterstanden aber in fachlicher Hinsicht der MTS. Sie erhielten ihre technische Ausbildung in sechs- bis neunmonatigen Kursen, zu denen sie

durch die Kollektive bzw. MTS geschickt wurden, und die meist in der Rayonhauptstadt abgehalten wurden. Die Teilnehmer waren dort kaserniert untergebracht und erhielten nach einem genau festgelegten Arbeitsplan eine technische, arbeitsmässige und politische Unterweisung, wobei aber das Praktisch-Technische gegenüber dem Politischen durchaus im Vordergrund stand.

Mechaniker, Schlosser und sonstige Handwerker erhielten ihre Ausbildung bei den MTS selbst durch Unterweisung durch die älteren Handwerker. Daneben wurden sie zu mehrmonatigen Spezialkursen geschickt, die ebenfalls das Praktische gegenüber dem Theoretischen und Politischen betonten.

In einer MTS, der 15 Kollektive zugeteilt waren, gehörten z.B. 320 ausgebildete Traktorenführer, die in 22 Traktorenbrigaden eingeteilt waren.

Zu den Spezialisten der MTS, wie auch der Kollektive, gehörten die sogenannten "Agronomen". Dies waren landwirtschaftliche Fachkräfte, deren Arbeit die Nutzung und Bewirtschaftung der Kollektive, der Einsatz der Maschinen usw. war. Auch die Kollektiv-Agronomen unterstanden den MTS. und zwar in fachlicher und arbeitsmässiger Hinsicht. Sie erhielten ihren Lohn aber von der Kollektivgemeinschaft. Die Agronomen wurden nach der Absolvierung einer zehnklassigen Schule in einen vierjährigen Lehrgang auf einem Technikum ausgebildet.

Daneben gab es die sogenannten "Agronom-Techniker", von denen nur eine 6-7-jährige Schulzeit gefordert wurde, und die dann nach Anlernung auf den MTS, bzw. den Kollektiven in Monatskursen weitergebildet wurden. Neben den Direktoren stellten die Agronomen die wichtigsten Personen der MTS (und auch der Kollektive) dar.

In der Praxis scheinen die Agronomen ausschliesslich nur in fachlicher Hinsicht eingesetzt, dagegen nicht mit politischen Aufgaben betraut gewesen zu sein. Jedenfalls traten sie in politisch-propagandistischer

Beziehung nicht hervor.

Wie bereits erwähnt, betreute und versorgte jede MTS eine bestimmte Anzahl von Kollektiven, deren Zahl nach den örtlichen Verhältnissen verschieden war. Die Maschinen und Traktoren wurden den Kollektiven nach gesetzlich festgelegten Richtlinien zur Arbeitsleistung zur Verfügung gestellt. Zwischen MTS und Kollektivgemeinschaft wurde ein Vertrag abgeschlossen, der in einer Versammlung aller Mitglieder besprochen und festgelegt wurde, und der genau Arbeitsleistung und -einteilung und den an die MTS zu zahlenden Entgelt regelte. Die Bezahlung der vom Kollektiv angeforderten Maschinen erfolgte meist in Naturalien.

Die Arbeit und Tätigkeit der MTS. wurde von staatlicher Seite ständig kontrolliert. Die MTS. hatte laufend Bericht über die Arbeitsleistungen und die allgemeine Lage in wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Beziehung zu erstatten und empfing andererseits genaue Arbeitspläne und Anweisungen. Der Direktor einer MTS. war u.a. nicht befugt, einen seiner Gefolgschaft angehörenden Spezialisten von sich aus zu entlassen, sondern musste hierzu die Genehmigung der vorgesetzten Behörde einholen, die jeden Fall überprüft haben soll.

In der Zeit der Frühjahrs- und Herbstbestellung und der Ernte arbeitete die MTS-Gefolgschaft auf den Maschinen bei den Kollektiven. In den Sommermonaten, in denen Maschinenkraft nicht benötigt wurde, wurden Traktoristen, Kombinenführer und Nichtspezialarbeiter den Kollektiven zur Handarbeit zugeteilt. Während des Winters, wo alle landwirtschaftliche Arbeit ruhte, waren die Gefolgschaft und die Traktorenführer der Kollektive in den MTS zur Reparatur der Maschinen und Beschaffung von Ersatzteilen usw. zusammengezogen.

Es ist festzustellen, dass die Bedeutung der MTS in erster Linie auf rein wirtschaftlichem Gebiet gelegen, und dass ihr politischer Einfluss auf die Landbevölkerung

gering geblieben zu sein scheint. Die ursprüngliche Zielsetzung, jede MTS. neben ihrer wirtschaftlichen Bedeutung als besonders aktive bolschewistische propagandistische Zelle auf Grund der Zusammensetzung der Gefolgschaft anzusehen und einzusetzen, scheint in der Praxis nicht erreicht worden zu sein. Wohl war ein relativ hoher Prozentsatz der Spezialisten und leitenden Personen Mitglieder der Partei, der grösste Teil aber stand der Partei fern und war politisch indifferent. Als Hauptgrund, dass das ursprüngliche Ziel nicht erreicht wurde, ist wohl der allgemein in der Sowjetunion in Erscheinung getretene Mangel an fähigen Facharbeitern anzusprechen, der es verbot, unter den vorhandenen Fachkräften eine besonders politische Auslese zu halten.

Analphabetentum in der UdSSR.

Laut Beschluss des 17. Parteitages und des Zentralkomitees der kommunistischen Partei vom 16.1.1936 wurde in der UdSSR der Kampf gegen das Analphabetentum aufgenommen. Aus vorgefundenen Revisionsberichten der Stadt-Abteilung für Bildungswesen Nikolajew der Jahre 1939 und 1940 wurden nachstehende Auszüge gefertigt:

In den Vorrevolutionsjahren waren im Priwilnjansky Rayon fast alle Einwohner noch Analphabeten und gleich nach der grossen Oktober-Revolution soll der Kampf gegen das Analphabetentum begonnen haben. Den Auftakt bildeten Betriebs- und Dorfversammlungen, in denen die Fragen der Schulung des Analphabetentums besprochen wurden. Die Anwesenheit aller Analphabeten und ihre Bereitschaft, die Schulen regelmässig zu besuchen, wird in diesen Berichten ausdrücklich betont. Mit Hilfe der Parteifunktionäre wurden auf diesen Versammlungen die Arbeitspläne aufgestellt, die Lehrkräfte und Kulturarbeiter (ehrenamtliche Hilfslehrkräfte) bestimmt und zugleich die Räume festgelegt, in denen die Schulungen durchgeführt werden sollten.

25

Die Partei beschloss folgende Punkte:

- 1.) Stadt- und Rayonkommissionen zu bilden.
- 2.) speziell für die Erwachsenen eigene Inspektoren aufzustellen und
- 3.) für die Pädagogen und Kulturarbeiter eigene Seminare zu organisieren.

Das Zentralvolllegungskomitee verpflichtete sich, die Arbeit bis zum 1.5.1941 zu vollenden.

Um sich die Mithilfe der Parteistellen und Parteiorganisationen und anderer Stellen zu sichern, richteten die Lehrer des Gebietes von Nikolajew einen Aufruf an die Öffentlichkeit, der nachstehend auszugsweise wiedergegeben wird:

"Teuere Genossen!

Im vergangenen Jahre feierten wir den 20. Jahrestag des Lenin-Dekrets über die Liquidierung des Analphabetentums. Tausende, Millionen haben schon seit 20 Jahren das Lesen und Schreiben gelernt. Der Sowjetstaat ist einer der kulturellsten Staaten der Welt. Der Führer, Genosse Stalin, hat vor dem Tribunal erklärt, dass alle Werktätigen des Schreibens kundig sein müssen. Um diese geschichtliche Aufgabe lösen zu können, muss mit dem Analphabetentum Schluss gemacht werden. Ungachtet der grossen Aufgabe nimmt das Analphabetentum nicht ab, und wir rufen deshalb alle Obengenannten auf zum Kampfe gegen das Analphabetentum.

Wir verpflichten uns, zum 1. Mai das Analphabetentum zu beseitigen und organisieren in unserem Gebiete einen sozialistischen Wettbewerb. Deshalb, Genossen, nehmt Eure Kräfte zusammen und helft mit, unsere Bauern, Werktätige und Arbeiter in gebildete Menschen umzuwandeln."

Die besten Schulen, Lehrer und Schüler wurden entsprechend in der Presse gefeiert und es kamen Prämien zur Verteilung.

Der Schulbesuch wird in einem Bericht mit 80% angegeben. Aus einem anderen Revisionsbericht kann jedoch entnommen werden, dass der Besuch sehr zu wünschen übrig liess und einige Schulen aufgelöst werden mussten, da überhaupt kein Schüler mehr zum Unterricht erschien. Einerseits wird den Betrieben und Organisationen die Schuld an dem schlechten Schulbetrieb beigemessen, da diese die Schüler weder von der Arbeit, noch von der Schichtarbeit befreiten. Andererseits wird behauptet, dass die Payon-Komitees sowie der Inspektor bei der Stadtabteilung für Bildungswesen der Schularbeit vollkommen gleichgültig gegenüberstanden.

Bericht über das religiöse Leben.

Vermerk: Der Bericht wurde nach Unterlagen des Oberpriesters G a l i t z k y erstellt.

Der zaristische Staat basierte auf der Grundlage der Christlich-Orthodoxen Kirche und unterstützte ihre Einrichtungen und Anstalten in grosszügiger Weise. Die kirchlichen Beziehungen übten einen grossen Einfluss auf Staat und Gesellschaft aus.

- I. Das Recht auf freies Glaubensbekenntnis hatten auch andere christliche Religionen, die katholische sowie auch die lutherische Kirche, ebenfalls die Mennoniten. Nicht anerkannt wurden die Sekten wie Baptisten, Adventisten, Geissler und Gottesleugner.

Das Judentum und andere nicht christliche Glaubensbekenntnisse wurden geduldet und hatten ebenfalls das Recht der freien Ausübung ihres Glaubens.

Nach der Machtübernahme durch die Bolschewisten wurden sämtliche Glaubensbekenntnisse unterdrückt. Der Bolschewismus verkündete die Gottlosigkeit als Grundlage seiner Weltanschauung; kein Kommunist konnte daher einem Glaubensbekenntnis angehören. Den Parteilosen wurde erklärt, dass die Religion Sache der persönlichen An-

schauung sei, obwohl immer schärfer werdende Massnahmen gegen jede Religionsübung getroffen wurden.

Im Verlaufe des Kampfes der Bolschewiken gegen die Religionsgemeinschaften wurde in den Jahren 1920 - 23 unter Mitwirkung der Sowjetregierung die sog. "Lebendige Kirche" gebildet. Diejenigen Geistlichen, die diese Kirche nicht anerkannten, wurden konterrevolutionärer und antisowjetischer Gesinnung beschuldigt. In der Ukraine entstand mit Unterstützung der Regierung die sog. "Selbstheilige Kirche". Beide Einrichtungen wurden jedoch später, besonders in den Jahren 1928-29, als konterrevolutionär wieder liquidiert. Die noch im Dienste der Kirchen stehenden Bischöfe und Geistlichen wurden in jeder Weise verfolgt, vertrieben, ihre Wohnungen wurden beschlagnahmt, sie selbst wie auch die kirchlichen Einrichtungen mit unerträglichen Steuern belegt. So wurde z.B. der Pfarrer einer Kirche in Cherson im Jahre 1940/41 mit 35 000 Rubel im Jahre besteuert. Den Geistlichen blieb daher nichts anders übrig, als den Dienst zu quittieren oder als Nichtzahler in die Gefängnisse zu wandern.

Bis zum Jahre 1936, d.h. bis zur Herausgabe der neuen Verfassung waren die Geistlichen, ihre Eltern und Kinder ohne jeden Rechtsschutz. Die im Jahre 1936 herausgegebene Verfassung erkannte das Wahlrecht für alle Bürger wie auch für die Geistlichkeit an. Dies ermöglichte der Geistlichkeit den Antritt einer staatlichen Anstellung und die Weiterführung ihres Berufes als Geistliche. Praktisch trat dieser Punkt der Verfassung jedoch nicht in Kraft, da unmittelbar nach ihrer Verkündung die Massenverhaftungen der Geistlichen und die Schliessung der offen gebliebenen Kirchen und Klöster erfolgte.

Bis zum Jahre 1937 waren fast alle Geistlichen verhaftet oder verbannt und die Kirchen und Klöster geschlossen. Eine Ausnahme bildete eine einzige Kirche

in Cherson, die auf Drängen der Arbeiterschaft für die "Alten und Rückständigen" geöffnet blieb und wo auch regelmäßig Gottesdienst stattfand.

Die Masse der Bevölkerung blieb jedoch ohne religiöse Erziehung.

In der Ukraine (wahrscheinlich auch in übrigen Russland) waren die Volkskommissariate für Kultur vornehmlich durch Juden besetzt. Hieraus erklärt sich, dass, obwohl auch die Synagogen mit hohen Steuern belegt und geschlossen wurden, kein Rabbiner verhaftet oder verschleppt wurde. Ausserdem gab es in jeder Stadt normalerweise 1 - 2 Synagogen, die nicht geschlossen wurden.

II. Das Verhältnis der orthodoxen zur katholischen und lutherischen Kirche war gut. Es besserte sich erheblich während der Zeit der Unterdrückung. Während es in früheren Zeiten oft vorkam, dass sich die Gläubigen der katholischen Kirche bei Abwesenheit ihres Pfarrers an den Orthodoxen wandten, so wurde dieses Verfahren nach der Revolution üblich. In gleicher Weise verfuhr die lutherische Kirche.

Seitens der orthodoxen Kirchen wurden die Erehindernisse zwischen Orthodoxen, Katholiken und Lutheranern beseitigt, allerdings mit der Einschränkung, dass die Nachkommenschaft aus diesen Ehen im orthodoxen Glauben erzogen werden mussten. Ehen zwischen Arien und Juden wurden dagegen nicht zugelassen, dasselben nicht Ehen zwischen Angehörigen von Kirchen und Sekten.

Übertritte von einem Glaubensbekenntnis zu einem anderen wurden stark erleichtert. Die Katholiken vollzogen den Übertritt zum orthodoxen Glauben durch die Beichte, Lutheraner durch Beichte und hl. Abendmahl. Bei Übertritt von Angehörigen von Sekten musste die Taufe vorangehen. Waren die Angehörigen von Sekten bereits einmal getauft, so erfolgte der Übertritt durch

Lossagung vom Glaubens-Irrtum durch Beichte und Abendmahl.

Den Juden gegenüber war die orthodoxe Kirche vorsichtiger. Der Wunsch zum Übertritt musste dem Gebietsbischof zur Kenntnis gebracht, seine Entscheidung musste eingeholt werden. Der Jude wurde im Verlauf von 6 Monaten zur Annahme des orthodoxen Glaubens vorbereitet. Die Absicht des Übertrittes wurde der Kirchengemeinde mitgeteilt, dann erst wurde die Taufe vorgenommen.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 19. Nov. 1941.

= B.Nr. IV A 1 - 1 B/41 - GIs =

Geheime Reichssache!

60 Ausfertigungen.

60. Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 135.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Zeit: 19.11.1941

HöH.- und Pol.-Führer Nord 101
(Prützmann)

Standort: Riga,

Einsatzgruppe A (Dr. Stahlecker)

Standort: Krasnowardeisk

N-Verbindungen: Funkverbindung, Fernschreibver-
bindung Riga,

Sonderkommando 1a:

(Sandberger)

Standort: Rev. 1, Narwa, Dorpat, Pernau und
Ahrensborg (Ösel)

N-Verbindungen: Funkverbindung Narwa,
Fernschreibverbindung Reval
Feldpost-Nr. 15 119.

Sonderkommando 1b:

(Ehrlinger)

Standort: Tossno, Mjedyjed, Nestonja,
Staraja-Ruska,

N-Verbindungen: Funkverbindung Tossno,
Feldpost-Nr. 15 119.

- 2 -

Einsatzkommando 2:

(Strauch)

Standort:

Teile in Riga, Schaulen und Libau,

N-Verbindungen:

Funkverbindung Riga,
Fernschreibverbindung Riga u. Libau
Feldpost-Nr. 15 447.Einsatzgruppe 3:

(Jäger)

Standort:

Dünaburg, Kowno, Wilna, Baranowice, Minsk,

N-Verbindungen:

Funk- und Fernschreibverbindung
Wilna und Kowno.

Feldpost-Nr. 15 641.

Höh. ~~4~~ u. Polizei-Führer Mitte (102)

(von dem Bach)

Standort:

Mogilew.

Einsatzgruppe B (Naumann)

Standort:

Smolensk, Vorkom. in Moshaisk,
Funkverbindung, Kurierverbindung
über Warschau und Fernsprecher
über V.D. Smolensk,

N-Verbindungen:

Funkverbindung Smolensk,
Feldpost-Nr. 37 357.Sonderkommando 7a:

(Steimle)

Standort:

Rshew und Kalinin,

N-Verbindungen:

Funkverbindung Rshew,
Feldpost-Nr. 05 607.Sonderkommando 7 b:

(Kausch)

Standort:

Nachkom. in Brjansk, Vorkom Tula,

N-Verbindungen:

Funkverbindung Orel,
Feldpost-Nr. 18 555.

Einsatzkommando 8:

(Bradfish)

Standort:

Mogilew mit Trupps in Witebsk,
Gonel, Arscha und Writschew,
Feldpost-Nr. 37 857.

Einsatzkommando 9:

(Schäfer)

Standort:

Wjasma mit Trupps in Gshatsk und
Smolensk

N-Verbindungen:

Funkverbindung Wjasma,
Feldpost-Nr. 37 857.

Sonderkommando "Moskau":

Standort:

Malojaroslawez,

N-Verbindungen:

Funkverbindung Malojaroslawez,

Höh. W.-u. Pol.-Führer Süd (103):

(Jeckeln)

Standort:

Kriwoj-Rog

N-Verbindungen:

Fernschreibverbindung Lemberg

Einsatzgruppe C (Dr. Dr. Rasch):
=====

Standort:

K i e w

N-Verbindungen:

Fernschreibverbindung über Lem-
berg, von dort aus Kurier,
Funkverbindung Kiew
Feldpost-Nr. 32 704.

Sonderkommando 4a:

(Blobel)

Standort:

Kiew, Vorkom. Charkow,

N-Verbindungen:

Funkverbindung Dnjepropetrowsk,
Feldpost-Nr. 22 789.

Sonderkommando 4b:

(Raune)

Standort:

Poltawa, Trupps auf dem Wege nach
Sialiansk bezw. Kramatorskaja,

N-Verbindungen:

Funkverbindung Poltawa,
Feldpost-Nr. 34 310.

Einsatzkommando 5:

(Eyer)

Standort:

Kiew, Trupps in Slitonir, Rowne,
Winniza,

N-Verbindungen:

Funkverbindung Kiew,
Feldpost-Nr. 35 102.

Einsatzkommando 6:

(Kröger)

Standort:

Dnjepropetrowsk,

N-Verbindungen:

Funkverbindung Dnjepropetrowsk,
Feldpost-Nr. 35 979.

Höh. u. Pol.-Führer z.b.V.:

(Korsemann)

Standort:

R o w n e .

Einsatzgruppe E (Ohlendorf):

Standort:

Simferopol,

N-Verbindungen:

Funkverbindung
Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10 a:

(Seetzen)

Standort:

Taganrog, Nachk. in Mariapol,
Melitopol und Berdjansk,

N-Verbindungen:

Funkverbindung Taganrog,
Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10b:

(Persterer)

Standort:

Feodosia, Vork. in Kertsch,
Teilk. in Alushta u. Sudak,

N-Verbindungen:

Funkverbindung a.d. Morsch,
Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 11 a:

(Zapp)

Standort:

Jalta, Teilk. vor Sewastopol und
Bachtschiseraj und Jewpatorija,
Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 11 b:

Standort:

Marsch auf Simferopol,
Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 12:

(Noske)

Standort:

N-Verbindungen:

Stalino, Teilk. in Nowotscherbrowsk
Funkverbindung Michailowka,
Feldpost-Nr. 47 540.

II. Meldungen der Einsatzgruppen- und Kommandos.

Einsatzgruppe A.

Standort K r a s n o w a r d e i s k .

Der rassische Bestand des estnischen Volkes.

1. Über den rassischen Bestand des estnischen Volkes liegen erstaunlich gründliche, auf exakten anthropologischen Messungen von rd. 15 110 erwachsenen männlichen Personen beruhende Forschungsergebnisse vor, in erster Linie von dem Dorpater wissenschaftlichen Assistenten Johann A u l. Die vorliegende Literatur ist in ziemlich wissenschaftlich trockenem Stil gehalten und durch viele wissenschaftliche Einzelheiten untermauert. Sie wird nachfolgend, soweit es sich um exaktes Tatsachenmaterial handelt, kurz zusammengefasst.
2. Anthropologische Untersuchungen beruhen im allgemeinen auf Einzelforschungen über Wuchs (Körperhöhe), Haarfarbe, Augenfarbe, Längen- Breitenindex des Kopfes. Eine Zusammenfassung dieser Gesichtspunkte ergibt sodann bestimmte Rassenmerkmale (wobei sich die Güntherschen Rassebezeichnungen im allgemeinen durchgesetzt haben).
3. Der Körperbeschaffenheit nach sind die Esten ein lang- und schlankwüchsiges Volk mit vollem, kräftigem Körperbau. Der mittlere Wuchs der Männer beträgt nach neuesten Feststellungen 173.03 cm (160.1 bei den Frauen). Dieser Wuchs ist für europäische Verhältnisse als hoch anzusehen; die Esten werden hierin nur noch von den Schweden, Norwegern, Iren und Liven übertroffen.
4. Der Längen-Breitenindex des Kopfes beträgt bei den Esten 80,7. Der Durchschnittseste ist also mittelköpfig mit einer geringen Neigung zur Schmal- bzw. Langköpfigkeit. Die Esten sind breiterköpfiger als die skandinavischen Völker (Schwede: 77,7 - Norweger: 69,0),

schmalköpfiger als ihre unmittelbaren Nachbarn (Finnen: 81,0 - Letten: 80,9 - Russen des Gouv. Pleskau: 82,5).

5. Färbung:

Die vorherrschende Haarfarbe ist dunkelblond bis heilbraun (40,8 %), ganz dunklem Haar (dunkles Braun bis schwarz) begegnet man verhältnismässig wenig (26,7%). Die Augen sind weit überwiegend hell (89,3%), braune wurden mit 6,8%, dunkel melierte mit 4,1% festgestellt. Die Hautfärbung schwankt im allgemeinen zwischen rosaweiss und blassweiss.

6. In rassischer Hinsicht gehören die Esten fast ausnahmslos zu der europäischen Rassengruppe, und zwar zur nordischen und ostbaltischen Rasse.

7. Unter Auswertung aller Einzelfeststellungen ist ermittelt worden, dass die Typen der nordischen Rasse überwiegend in West-Estland vertreten sind in einem Maße, das dieses Gebiet zu einem ziemlich reinen Verbreitungsgebiet der nordischen Rasse stempelt.

Die politischen Voraussetzungen der Eindeutschungsfähigkeit.

1. In politischer Hinsicht war zunächst bei Beginn des Feldzuges in Estland festzustellen, dass ein Eindeutschungswille keineswegs vorhanden war. Dies lässt sich dadurch erklären, dass die Frage einer Eindeutschung in absehbarer geschichtlicher Zeit für das estnische Volk gar nicht akut war. Auf Grund der gesamten geschichtlichen Entwicklung war das estnische Volk zunächst nicht einmal auf eine protektoratsähnliche oder sonstige Angliederung Estlands an das Grossdeutsche Reich vorbereitet, geschweige denn auf mehr. Trotz des klar vorhandenen estnischen Ehrgefühls und Selbstbewusstseins, vor allem in kultureller und folkloristischer Hinsicht bestand jedoch von vornherein keinerlei feindliche Stimmung gegen das

Deutschtum (wie z.B. bei Tschechen und Polen), sondern im Gegenteil eine durch die bolschewistische Herrschaft bedingte begeisterte Aufnahme des deutschen Soldaten, der als Befreier und Retter empfunden wurde. Die Esten begneten auch von vornherein dem deutschen Soldaten offener, ehrlicher und anständiger als z.B. die Letten, die, auch soweit sie sich positiv verhalten, doch immer einen etwas unehrlichen, z.T. verschlagenen Eindruck machen. Hinzu kommt, dass die Esten auch durch den Verlauf des Feldzuges in ein anderes Verhältnis zum deutschen Soldaten und damit auch zum deutschen Volk gekommen sind als die Letten. Über Lettland ist der Feldzug rasch vorübergegangen, die Sowjets haben nur an wenigen Stellen Widerstand geleistet. Der grösste Teil Lettlands hat unter dem Krieg kaum gelitten (der Südostzipfel um Dünaburg, wo es anders war, spielt im lettischen Gesamtbewusstsein eine ziemlich geringe Rolle). In Estland dagegen wurde (wenn man von Dagö und Südwest-Ösel absieht) rund 3 Monate gekämpft. Weite Teile des Landes haben stark gelitten, die Sowjets haben vielfach Zeit zu gründlichen Zerstörungen, Verschleppungen usw. gehabt. Der Deutsche erschien daher in Estland noch in stärkerer Masse als Befreier vom roten Terror als in Lettland (überwiegend landwirtschaftlicher Charakter des Landes, Landverbundenheit einer nichtproletarisierten und zahlenmässig geringen Arbeiterschaft).

2. Unter dem Einfluss dieser Umstände hat sich in der Zwischenzeit im estnischen Volk mehr und mehr die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine Eingliederung Estlands in das durch Deutschland geführte neue europäische System die gegebene und selbstverständliche Lösung ist, wobei man sich über Einzelheiten natürlich unklar ist. Kreise, die andere Auffassungen vertreten (staatliche Selbständigkeit oder finnisch-estnische Union), sind schon heute überaus gering. Hierzu haben vor allem wirtschaftliche Erwägungen beigetragen. Die Mehrzahl des estnischen

Volkes ist sich darüber klar, dass die durch Bolschewismus und Krieg eingetretenen wirtschaftlichen Zerstörungen und Zerrüttungen aus eigener Kraft des estnischen Volkes nicht mehr behoben werden können, sondern dass materielle und personelle Hilfe aus dem von Deutschland geführten grossgermanischen Lebensraum kommen muss. Die ständig positiver werdende Einstellung des estnischen Volkes gegenüber dem Reich äussert sich auch in dem relativ starken Zustrom zu den 4 Freiwilligenbataillonen des AOK. und den z.Z. in Einvernehmen mit dem AOK. von der Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei aufgestellten 3 Freiwilligen-Bataillonen; ein grosser Teil der jüngeren Generation des estnischen Volkes betrachtet es als seine selbstverständliche Aufgabe, aktiv gegen den Bolschewismus zu kämpfen und mindestens Kriegshilfsdienste zu leisten. Das AOK. betrachtet den bisherigen Einsatz seiner estnischen Freiwilligenbataillone als so erfolgreich, dass es die ursprünglich für Bewachungs- und Sicherungsaufgaben im rückwärtigen Armeegebiet gedachten Einheiten nunmehr auch in vorderster Linie bzw. zu Sicherungsaufgaben unmittelbar hinter der vordersten Linie verwendet. Estnische Offiziere, die schon seit Monaten bei besonderen Gruppen und Wehrmachtsdienststellen Dienst tun, sind von diesen Stellen wegen hervorragender Tapferkeit zum Eisernen Kreuz eingereicht.

Die ständig zu beobachtende positive Entwicklung in der Stimmung des estnischen Volkes gegenüber dem Deutschland ist auch auf folgende Umstände zurückzuführen:

- a) Aktive Mitwirkung des estnischen Selbstschutzes an der Bekämpfung von Partisanen und versprengten Teilen der Roten Armee in Estland,
- b) aktive Einschaltung des estnischen Selbstschutzes und der estnischen Polizeibehörden in die Bekämpfung des Bolschewismus und des Judentums,
- c) Einsetzung estnischer Amtsträger in Städten und Landgemeinden durch die Feld- und Ortskommandanturen,

- d) rasches Wiederaufleben kultureller Arbeit in den Städten, z.T. auch gefördert, mindestens aber nicht behindert durch deutsche Stellen,
- e) Einsetzung einer zentralen estnischen Selbstverwaltung; vorsichtige und zurückhaltende, aber doch erfolgreiche Propagandatätigkeit dieser Selbstverwaltung im Sinne einer scharfen antibolschewistischen, die deutsche Wehrmacht im Kampf gegen den Bolschewismus mit allen Mitteln unterstützende Gesamtlinie.

3. Wenn auch das estnische Volk in manchen Teilen schon jetzt für eine Eingliederung in den von Deutschland geführten grossgermanischen Lebensraum stimmungsmässig reif ist und wenn auch damit zu rechnen ist, dass diese Stimmung ständig zunimmt, so ist doch eindeutig festzustellen, dass ein Eindeutschungswille, dh. ein aktiver Wille, volkstumsässig Deutscher zu sein, nicht vorhanden ist. Es konnte aber beobachtet werden, dass führende estnische Persönlichkeiten, denen der Leiter der estnischen Selbstverwaltung, Dr. M ä ä , sein auf rund 20 Jahre berechnetes Eindeutschungsprogramm streng vertraulich mitgeteilt hatte, diesem Gedanken einer planmässigen, langsamen und organischen Eindeutschung durchaus positiv gegenüberstanden. Der Kreis dieser "eingeweihten" Männer ist natürlich sehr gering, die grosse Masse des estnischen Volkes, vollends der estnischen Intelligenz, würde einen solchen offen geäusserten Gedanken heute nicht nur nicht verstehen, sondern ablehnen. Dazu sind die hiesigen Restbestände der Eigenstaatlichkeit z.Zt. noch viel zu gross. Andererseits ist aber in der praktischen Zusammenarbeit mit Esten zu beobachten, dass sie der Eingliederung in deutsche Dienststellen und dem aktiven Einsatz für die Interessen des Krieges weit positiver gegenüberstehen als etwa Norweger, Dänen, Holländer usw. Sie erkennen auch die leistungsmässige organisatorische und erzieherische Überlegenheit des Reichsdeutschen voll an, - während sie gegenüber dem

Baltendeutschtum weitgehende, sozialgeschichtlich bedingte Vorhalte machen.

Lagebericht in Estland.

Partisanen:

Das Partisanenwesen tritt im eigentlichen Estland nur noch sporadisch auf, z.B. zuletzt in der Gegend nördlich des Peipus-Sees und im Kreise Fellin. Im Raum ostwärts Peipus-See, vor allem im Raum ostwärts und südostwärts und beiderseits der Rollbahn Pleskau-Luga, stellt es aber noch eine der Hauptschwierigkeiten für die Sicherung des Landes dar. Es kann angenommen werden, dass die inzwischen eingetretenen Fröste und die Verschlechterung der Verpflegungsverhältnisse in diesen Gebieten die Tätigkeit der Partisanen erschweren werden.

Funktionäre

Die rechtzeitige Aufdeckung einer estnischen kommunistischen Widerstandsorganisation und die Verhaftung namhafter Anführer (Säre-Organisation) hat offensichtlich den Erfolg gehabt, dass in der letzten Zeit eine aktive Tätigkeit von Kommunisten, abgesehen von einzelnen Partisanen und Sabotageakten, nicht festzustellen gewesen ist. Die Fahndung nach den Kommunisten wird durch die Mithilfe der Bevölkerung gefördert. Es mehren sich jedoch in letzter Zeit die Fälle unbegründeter Denunzierungen, so dass zur Abschreckung scharfe Strafen (KZ) eingeführt werden mussten.

Nationale Opposition und sonstige Gegner.

Von einer nationalen Opposition kann in Estland nicht gesprochen werden. Der durch den Sowjetterror erlebte Schock ist zu stark, um auch in den Kreisen, die früher als antideutsch bekannt waren, die einstigen Gefühle aktiv zu Geltung kommen zu lassen. Viele früher Deutschfeindliche sind durch die Entwicklung zweifellos belehrt worden.

Lebensgebiete:

und

1. Beherrschende Grundsätze über Stimmung/Lage auf den Lebensgebieten:

Das öffentliche Leben des Landes befindet sich nach wie vor in einem Zustand des Abwartens und des Überganges. Da das Eintreffen der Zivilverwaltung noch nicht abzusehen ist, sind grössere Entscheidungen nicht möglich. Dem passt sich auch die Einstellung der Bevölkerung an, die bei einem spürbaren Aufbauwillen und lebhafter Anteilnahme an allen notwendigen Massnahmen sich von selbst über die Lösung der dringendsten Probleme des Alltags nicht vorwagt.

Das Vertrauen in die Arbeit der deutschen Stellen ist nach wie vor gross. Es zeigt sich darin, dass die vorliegenden Schwierigkeiten, die z.T. - wie die Transport- und Rohstoff-Frage, recht beträchtlich sind, mit Verständnis getragen werden. Auf politischem Gebiet bestehen keine Ambitionen auf staatliche Selbständigkeit mehr, obwohl die freundliche Erinnerung an die zwanzig Jahre eigener Selbständigkeit noch lebendig ist. Die breiten Massen zeigen sich verhältnismässig unpolitisch und hauptsächlich daran interessiert, möglichst bald eine Grundlage zur Einordnung des persönlichen Lebensbereiches in die künftige Entwicklung zu finden, deren Bestimmung durch deutsche Kräfte vorhaltlos anerkannt wird.

2. Gemeinschaftsleben.

Recht und Verfassung.

Auf dem Gebiete der Gesetzgebung herrscht noch völliger Übergangszustand. Das öffentliche Leben wird teils durch Anordnungen der Wehrmachtsstellen, teils durch gesetzkraftige Verordnungen der vom Befehlshaber des Rückwärtigen Heeresgebietes Nord/ eingesetzten Estnischen Selbstverwaltung, des sog. "Direktoriums", geregelt.

In der Rechtspflege sind bislang nur Strafgerichte mit einer Instanz eingeführt, die ihre Tätigkeit auf

Grund des estnischen Strafgesetzbuches und der estnischen Strafprozessordnung, wie sie vor dem 21.6.40 gültig waren, aufnehmen. Ferner sind nach Sichtung durch den Direktor für das Gerichtswesen unter der Kontrolle des SD wieder Rechtsanwälte und Notare eingesetzt worden.

Die Einführung von Zivilgerichten, die gleichfalls das vor dem 21.6.40 gültige estnische Gesetz anwenden werden, wird vorbereitet. An sonstigen Organen der Justiz haben Gerichtsvollzieher und Grundbuchämter ihre Tätigkeit noch nicht aufgenommen.

Volkstum.

Nach dem Abflauen der ersten Begeisterung über die Befreiung durch die deutschen Truppen macht sich nun ein allmähliches Anwachsen des estnischen nationalen Selbstgefühls bemerkbar, das sich, ohne zur Deutschfeindlichkeit zu neigen, in einer steigenden Betonung des Eigenen, besonders wo Esten unter sich zusammen sind, äussert. Andererseits zeigt es sich jetzt, dass sich die feindliche Einstellung den Bolschewismus gegenüber auch auf diejenigen Russen ausdehnt, die schon lange im Lande wohnen und selbst nicht als Kommunisten anzusprechen sind.

Diese Entwicklung des estnischen Nationalgefühls in kultureller und folklorostischer Hinsicht steht am Anfange und äussert sich häufig nur im Unbewussten. Feststeht, dass in dieser Beziehung ein starkes Eigenständigkeitsgefühl vorhanden ist. Die Bereitschaft, vor allem bei allen z.Zt. irgend führend tätigen Esten, - sich in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht eng in den grossgermanischen Lebensraum unter deutscher Führung einzufügen, wird dadurch nicht beeinträchtigt.

Gleichzeitig sind aber die Esten geneigt, auch auf kulturellem Gebiet Schöpfungen des deutschen Volkes zu pflegen und aufzunehmen. Sie betonen aber

dabei, mindestens unausgesprochen, dass sie "auch etwas zu bieten haben".

Völkische Minderheiten.

Die stärkste völkische Minderheit in Estland ist die russische. In der kleinbäuerlichen russischen Bevölkerung in den Grenzgebieten ist die Sympathie für den Kommunismus noch unverändert. Von der städtischen Intelligenz, die sich vorwiegend aus "weissrussischen" Emigranten rekrutiert, lässt sich dies nicht sagen, jedoch tritt nun zu-tage, dass in diesen Kreisen unter der Bolschewistenherrschaft die Auffassung stark verbreitet gewesen ist, der Bolschewismus habe im Laufe der Zeit sein Gesicht gewandelt, und es habe eine revolutionäre Entwicklung eingesetzt, an deren Ende man ein wiedergenesenes "Mitterchen Russland" erhoffte. Besonders die Person von Molotov ist in diesem Zusammenhang oft und gern als die eines innerlich nationalen Russen genannt worden.

Über die örtlichen Schweden liegen noch keine ins Einzelne gehende Meldungen vor. Ihr Eigenleben konzentriert sich z.Zt. fast ausschliesslich auf das kirchliche Gebiet. Durch Umsiedlungen hat die in dem von den Sowjets zum Festungsbezirk erklärten Gebiet ansässige Volksgruppe stark gelitten.

Rassenpolitik.

Weniger von rassenpolitischen Gesichtspunkten ausgehend, als aus der Erinnerung an eine in der Bolschewistenzeit - - - nach jetzt bewiesenen Haltung zeigt sich die estnische Bevölkerung in den Grenzgebieten äusserst ablehnend dem örtlichen Russentum gegenüber. Immer wieder wird seine Umsiedlung nach Osten verlangt. Vom Rassenpolitischen her gesehen, ist dieses Verlangen insoweit bedeutsam, als es sich hier um einen rassistisch den Esten unterworfenen Bevölkerungsteil handelt, der durch seinen beachtlichen

Geburtenüberschuss starke Ausdehnungstendenzen in den rein estnischen Teil zeigt.

Meldungen der Einsatzgruppe B liegen nicht vor.

Einsatzgruppe C.

Standort K i e w .

Stimmung und Lage in K i e w .

Allgemein wurde eine merkliche Besserung der zeitweilig infolge der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage unsicher gewordenen Stimmung in der Bevölkerung festgestellt. Die Hauptsorge der Bewohner Kiews hat sich sichtlich vom politischen auf das wirtschaftliche Gebiet verlagert.

Nach übereinstimmenden Berichten von V-Männern ist die Marktlage nach wie vor ausserordentlich schlecht. Die Preise sind bedeutend gestiegen und die schon früher verschwindend geringe Kaufkraft des Rubels ist weiter zurückgegangen, während sich der Kaufwert der Mark ungefähr gehalten hat. Hierbei muss ferner berücksichtigt werden, dass die Zufuhr langsam nachlässt, so dass es gegen Ende des Monats Oktober bereits sehr schwer war, Lebensmittel zu erhalten, zumindest für Geld. Lediglich für Tauschware glückte es dem einen oder dem anderen, etwas Butter, Eier, Milch zu bekommen. Die Rubelverdienste ist zu niedrig, um mit der Preisentwicklung auch nur einigermaßen Schritt halten zu können.

Die Bevölkerung verfolgt diese Entwicklung mit wachsender Sorge, jedoch richten sich ihre Vorwürfe nicht, wie man annehmen sollte, gegen die deutsche Verwaltung, sondern gegen die Elemente, die sich die nun einmal herrschende Lage zunutze machen, um sich auf Kosten der notleidenden Bevölkerung zu bereichern. Gelegentliche Zwangsmassnahmen deutscher Wehrmachtsangehöriger gegen Händler, die nur tauschen, aber nicht verkaufen wollten, haben sich schnell in der Bevölkerung herumgesprochen und sind wohl der Grund dafür, dass man nicht den Deut-

schen die Schuld zuschiebt. Von ausserordentlich beruhigender Wirkung ist auch die Einrichtung von Brotverkaufsstellen gewesen. Wenn auch die Versorgung mit Brot in den verschiedenen Bezirken der Stadt unterschiedlich ist, so wird doch die Tatsache, dass sich die deutsche Verwaltung mit dieser Frage beschäftigt, sehr günstig aufgenommen. Die Bevölkerung hat den Eindruck, dass sich die Deutschen nach Massgabe der Möglichkeit mit den Nöten auseinandersetzen. Unter diesem Eindruck ist auch das Anwachsen einer Eigeninitiative in der Bevölkerung eine natürliche Erscheinung. Man versucht bereits, verschiedene Betriebe wieder in Gang zu bringen und diskutiert eifrig die Frage, ob es zweckmässig sei, neu zu gründenden Korporativen beizutreten. Letzteres wird zumeist positiv entschieden, da man sich von der Vereinigung der geringen privaten Mittel zu Konsum- und Einkaufsgenossenschaften eine schnellere Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten verspricht. Es herrscht die Überzeugung, dass die Bevölkerung über den bevorstehenden Winter hinwegkommen werde, falls sich die Versorgungslage nicht mehr wesentlich verschlechtert.

Die Inbetriebnahme der Strassenbahn und das Aufleben des Verkehrs überhaupt wird als günstiges Zeichen für die Winterversorgung gewertet. Das Vertrauen in die deutsche Organisationsfähigkeit ist noch nicht erschüttert. Bezeichnend für die hoffnungsvolle Stimmung in der Bevölkerung ist ferner die Tatsache, dass seitens der Arbeitslosen eine starke Tendenz zur Wiederaufnahme der Arbeit festgestellt werden konnte. Man verlässt sich nicht allein auf die ukrainischen Arbeitsvermittlungsstellen, sondern sucht auf eigene Faust irgend ie Arbeit zu erhalten. Besonders bevorzugt sind hierbei selbstverständlich die Arbeitsstellen, in denen auch Verpflegung verabfolgt wird.

Die ukrainischen Arbeits- und Wohnungsvermittlungsstellen haben unter der Bevölkerung einen sehr

149
schlechten Ruf. Vetterwirtschaft, Korruption und Bestechlichkeit sind hier an der Tagesordnung. Diese Mißwirtschaft ist wohl auch die eigentliche Veranlassung dazu, dass der Gedanke eines selbständigen ukrainischen Staates wenig Anklang findet. Gleich nach Einmarsch der deutschen Truppen in Kiew wurde sehr oft die Frage nach der ukrainischen Selbstverwaltung gestellt. Jetzt wird immer mehr dem Wunsche Ausdruck gegeben, eine ukrainische Selbstverwaltung unter keinen Umständen einzuführen, da die Ukrainer keineswegs in der Lage seien, sich selbst zu regieren.

Die Bevölkerung würde es kaum wagen, ihrer Bewunderung für die Deutschen Ausdruck zu geben, wenn sie nicht allmählich überzeugt wäre, dass die Bolschewisten niemals zurückkehren werden. Ausserordentlich günstig auf die Stimmung hat sich der Fall Charkows ausgewirkt. Gleichzeitig hiermit vollzog sich aber auch eine langsame Umstellung der Bevölkerung den Bolschewisten gegenüber. Die Feindschaft gegen Kommunisten und Juden äussert sich nicht nur in einem starken Anschwellen der Anzeigen, sondern auch in Gesprächen der Bevölkerung. Träger von Nachrichten gegen den Bolschewismus sind einmal die zurückkehrenden Verschleppten und Kriegsgefangenen, zum anderen und noch weit wirksamer diejenigen, die Gelegenheit hatten, die Massnahmen in den bisher besetzten Gebieten zu erkennen.

Allgemein ist auch die ungeduldige Hoffnung auf den Fall von Moskau und Leningrad. Hiervon verspricht sich die Bevölkerung eine ausserordentliche Beschleunigung des Krieges und einen baldigen Frieden. Dabei kann von einer eigentlichen Kriegsmüdigkeit nicht gesprochen werden. Massgeblich für die Wünsche bezüglich des baldigen Endes des Krieges sind in erster Linie wirtschaftliche Erwägungen und zum anderen die Hoffnung auf die Rückkehr der Verschleppten und Einberufenen. Bemerkenswert ist ferner der überall geäusserte Wunsch nach Wiedereröffnung der Kulturinstitutionen. Dabei wird viel weniger Wert auf die Eröffnung von höheren Lehranstalten ge-

legt also gerade auf die Inbetriebsetzung von Lichtspielhäusern, Theatern usw. Tatsache ist, dass überall der Wunsch laut wird, deutsche Verhältnisse kennenzulernen.

Die sich in letzter Zeit häufenden Brandstiftungen und andere Sabotagefälle, die als Beweis einer unterirdischen organisierten Tätigkeit bolschewistischer Agenten dienen, haben die Bevölkerung in grosse Unruhe versetzt. Vielfach haben die Bewohner Kiows ihre gepackten Koffer bereitstehen und schlafen in den Kleidern, um im gegebenen Falle wenigstens das Leben und die notwendigste Habe retten zu können. Es besteht ohne Zweifel der Eindruck, dass die Bekämpfung von Brandstiftungen und Bränden seitens der deutschen Stellen sehr oberflächlich gehandhabt wird. Allgemein wird daher zur Selbsthilfe aufgefordert, die einmal in regelmässigen, von den Bewohnern der einzelnen Häuser selbst organisierten Wachen besteht, zum anderen aber in der Entschlossenheit, durch Anzeigen bei der deutschen und ukrainischen Polizei möglichst viele der Unruhestifter unschädlich zu machen. Es herrscht Unzufriedenheit über das Fehlen jeglicher wirksamen schuttpolizeilichen Massnahmen wie Nachtstreifen, Posten, Überfallkommandos und Ausweiskontrollen.

Bezüglich der deutschen Gegenmassnahmen (Geiseler-schiessungen) herrscht in der Bevölkerung die Ansicht, dass diese Methode verfehlt ist, da es den Drahtziehern der Sabotageaktionen durchaus gleichgültig sei, ob 300 oder 3000 unbeteiligte Bürger erschossen würden.

Vollzugstätigkeit.

Im Zuge der systematischen Überholung und der restlosen Erfassung aller Juden und Kommunisten in den umliegenden Ortschaften von Kiew entsandte das Sonderkommando 4a laufend Teilkommandos, die ihre Aufgaben

in Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Ortskommandanten der deutschen Wehrmacht reibungslos erledigen konnten. So wurden am 22.10.41 in Koselez ausser 11 von der Wehrmacht übergebenen Kommunisten und Partisanen 125 Juden exekutiert, die den übriggebliebenen Rest einer vor dem Kriege mehr als 2 000 zählenden Menge darstellten. Hierbei machte sich die in Koselez aufgestellte ukrainische Miliz durch das Zusammenreiben und durch die Beschaffung von Arbeitskräften für die Herrichtung der Gruben nützlich.

Am 23.10.41 suchte ein Teilkommando des Sonderkommandos 4a die Stadt Tschernigow auf, die vor dem Kriege rd. 70 000 Einwohner zählte, von denen jetzt nur noch 40 000 vorhanden sind. Von über 10 000 Juden sind nicht mehr als 260 zurückgeblieben. Die Stadt selbst bot ein fast gänzlich zerstörtes Bild; die Innenstadt soll vor dem Einzug der deutschen Truppen von Juden in Brand gesteckt worden sein. Das Kommando erschoss neben 8 Kommunisten und Partisanen, die wiederum von dem Ortskommandanten übergeben worden waren, am 23.10.1941 eine Anzahl von 116 und am folgenden Tage 144 Juden. Als dasselbe Kommando am 23.10.41 Tschernigow erneut berührte, konnten 49 Juden erfasst werden, die nach der Aktion vom 24.10.41 die Gefahr beseitigt glaubten und hier nach ihrer Flucht wiederaufgetaucht waren. An diesem Tage wurde auch der Bitte des Leiters der Irrenanstalt in Tschernigow entsprochen, 270 unheilbare Geisteskranke zu liquidieren.

In Oster wurden am 29.10.41 215 Juden, Partisanen sowie einige Funktionäre der K.P. festgenommen und exekutiert.

Der Versuch des Sonderkommandos 4a, eine Aktion in Njeschin durchzuführen, wo etwa 325 Juden ansässig sind, scheiterte dreimal daran, dass es unmöglich war, diesen Ort auf den vom Regen aufgeweichten und für Kraftwagen unbenutzbaren Strassen zu erreichen.

144

Aus dem gleichen Grunde musste auch die Absicht des Sonderkommandos 4a, dem bereits nach Charkow entsandten Vorkommando eine stärkere Einheit folgen zu lassen, vorläufig zurückgestellt werden.

Im Verlauf der im Zusammenhang mit der Aufrollung des illegalen Parteiapparates der K.P. in Kiew angestellten Ermittlungen konnten durch das Sonderkommando 4a weitere Festnahmen vorgenommen werden. Durch die Festnahme des Ukrainers Michael T s c h e r n i s c h ,

Mitglied des Geheimen Kyrow-Rayon-Partei-Komitees, konnten etwa 50 kg Streuzettel und Propagandaschriften ermittelt und sichergestellt werden, die für die illegale Tätigkeit der K.P. in der Ukraine bestimmt waren.

Das Sonderkommando 4b führte in der Zeit vom 11. bis zum 24.10.1941 205 Exekutionen durch. Davon waren:

- 11 politische Funktionäre,
- 13 Saboteure und Plünderer und
- 181 Juden.

In der Zeit vom 25.10. bis zum 30.10.1941 exekutierte das Sonderkommando 4b

- 7 politische Funktionäre,
- 2 Saboteure und Plünderer und
- 381 Juden.

Nach einer Meldung des Sonderkommandos 4b befindet sich in Poltawa eine 865 Insassen umfassende Irrenanstalt, der ein 1 200 Morgen grosser landwirtschaftlicher Betrieb angegliedert ist, dessen Erträge zur Ernährung der Geisteskranken und des Stammpersonals dienen. Im Hinblick auf die ausserordentlich kritische Ernährungslage der Stadt Poltawa - für die drei grossen Kriegslazarette steht beispielsweise keine Vollmilch zur Verfügung - trat der Kommandoführer des Sonderkommandos 4b im Einvernehmen mit dem AOK 6 und dem Ortskommandanten mit der leitenden Ärztin der Irrenanstalt Verbindung mit dem Ziele, eine Einigung über die Liquidierung wenigstens eines Teiles der Geisteskranken herbeizuführen.

Die leitende Ärztin brachte der Lösung dieses Problems in dem vorgeschlagenen Sinne volles Verständnis entgegen, machte jedoch den Einwand, dass eine derartige Massnahme in der Bevölkerung eine nicht zu unterschätzende Unruhe hervorzurufen imstande wäre, zumal die Sowjets - natürlich aus propagandistischen Gründen - der Anstalt jede erdenkliche Förderung hatten zuteil werden lassen. Es wurde ein Ausweg in der Weise gefunden, dass die Liquidierung von 565 unheilbar Geisteskranken, die in diesen Tagen durchgeführt wird, unter dem Vorwand der Überführung der Kranken in eine andere, bessere Anstalt in Charkow erfolgt. Mit der Entlassung der restlichen 300 Leichtkranken aus der Anstalt kann in Kürze gerechnet werden. Die freiwerdenden Gebäudeteile, die Einrichtungsgegenstände, die Wäsche- und Kleidungsstücke werden von einem vom Ortskommandanten zu bestimmenden Beauftragten, der landwirtschaftliche Betrieb von einem Kreislandwirtschaftsführer betreut werden.

Die Arbeit des Sonderkommandos 4b in Poltawa litt insofern stark unter den äusserst ungünstigen Witterungs- und Wegeverhältnissen, als eine Reihe von umliegenden Ortschaften, aus denen zahlreiche Meldungen über das Auftauchen von Partisanen und kommunistischen Elementen vorliegen, durchweg mit dem vorhandenen Kraftwagenmaterial nicht erreicht werden konnten. Die Tätigkeit erstreckte sich daher immer noch zwangsläufig auf den engeren Bezirk von Poltawa selbst. Die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht und auch mit dem ukrainischen Ordnungsdienst gestaltete sich reibungslos.

Bezüglich der Tätigkeit der Banderagruppe konnten im Bereich des Sonderkommandos 4b keine nennenswerten Beobachtungen gemacht werden. Dagegen beginnt die Melnikgruppe verhältnismässig aktiv zu werden. Hier werden Bestrebungen deutlich, die unter Ausschluss des deutschen Einflusses auf eine freie, selbständige Ukraine hinzielen. Konkrete Meldungen können jedoch zur Zeit

noch nicht gemacht werden.

Die Gesamtzahl der vom Einsatzkommando 5 vorgenommenen Exekutionen betrug am 2.11.41

21 258.

Davon sind in der Zeit vom 20.10. bis 26.10.41 einschl.

36 politische Funktionäre,

32 Saboteure und Plünderer und

4372 Juden

erschossen worden. In der Woche vom 26.10. bis 1.11.41 einschl. wurden vom Einsatzkommando 5

40 politische Funktionäre,

16 Saboteure und Mörderer und

2658 Juden

exekutiert. In dieser Zahl sind eingeschlossen:

- 1.) 414 als Vergeltung für verschiedene Brandstiftungen erschossene Geiseln,
- 2.) 1 391 Exekutionen von einem aus dem Raum Skwira-Pogrebischtsche-Plyskiw zurückgekehrten Teilkommando des Einsatzkommandos 5.

Das Einsatzkommando 6 ist seit dem 5.10.41 in dem Gebiet des Dnjeprbogens tätig. Erfasst wurden neben ausgedehnten Landgebieten die Städte Dnjepropetrowsk, Dnjeprodorschinsk (150 000 Einw.), Werchnedneprowsk (30 000 Einw.), Nowo-Moskowsk (30 000 Einwohner), Saproshje (350 000 Einw.) und Nikopol (60 000 Einw.), die alle ausgesprochene Industriestädte und dichtbesiedelt sind. Im Bereich des Einsatzkommandos 6 befinden sich z.Zt. allein an Stadtbevölkerung in den grösseren Städten abgesehen von kleineren Ortschaften rund 1,2 Mill. Einwohner. Natürlich ist der Arbeitsanfall dementsprechend gross und mit den vorhandenen Kräften kaum zu bewältigen. Neben die eindeutig sicherheitspolizeilich interessierenden Vorgänge tritt die leider nicht zu umgehende Bearbeitung einer Unmenge von Denunziationen, mit denen das Einsatzkommando geradezu überschwemmt wird. Hier wird allzu deutlich der moralische

Tiefstand der Bevölkerung sichtbar: fast jeder der Einwohner hält es für notwendig und verdienstvoll, wenn er in eigennütziger Weise seine Verwandten, Freunde usw. der deutschen Polizei gegenüber beschuldigt, Kommunist gewesen zu sein.

Das Einsatzkommando 6 konnte in der Berichtszeit eine grosse Anzahl von Funktionären ermitteln, wobei es sich jedoch immer wieder zeigte, dass auch hier die grössten Aktivisten sich rechtzeitig aus dem Staube gemacht hatten. Ein NKWD-Mörder übelsten Ausmasses konnte nach längerer Fahndung am 26.10. festgenommen werden. Partisanen und Saboteure haben dem Einsatzkommando 6 in der letzten Zeit viel mehr Arbeit gemacht als früher. Fünf verschiedene Waffenlager, darunter zwei grössere, konnten entdeckt und ausgehoben werden. Eine Grossaktion gegen Partisanen am 22.10.41 in ein^{em} Waldgebiet jenseits des Dnjepr endete mit der Festnahme von 9 Partisanen, die teils bewaffnet waren und teils ihre Waffen vergraben hatten. Die Erschiessung dieser Partisanen trug zur Beruhigung dieses Gebietes wesentlich bei.

Eine am 24.10.41 durch das Einsatzkommando 6 gemeinsam mit der Feldgendarmarie in einem grossen Waldgebiet vorgenommene ähnliche Aktion hatte lediglich die Entdeckung einiger Waffen und sonstiger Partisanenvorräte zum Ergebnis.

Von den ursprünglich in Dnjepropetrowsk vorhandenen etwa 100 000 Juden sind rund 70 000 vor dem Einmarsch unserer Truppen geflüchtet. Von den etwa 30 000 übrigen sind ungefähr 10 000 am 13.10.41 von einem Kommando des Höheren $\frac{1}{4}$ - und Polizeiführers erschossen worden.

Bis zum Berichtstage sind durch das Einsatzkommando 6 weitere 1 000 Juden erschossen worden, wobei es sich nicht vermeiden liess, aus Gründen des erheblichen Facharbeitermangels jüdische Handwerker, die zur Vornahme dringender Instandsetzungsarbeiten usw. gebraucht

werden, vorerst noch am Leben zu lassen. Massnahmen zur Beseitigung von etwa 1 500 Insassen der Provinzial-irrenanstalt sind in die Wege geleitet.

Zum Schluss sei eine Meldung des Kommandoführers des Einsatzkommandos 6 weitergegeben, wonach das Verhalten der italienischen und ungarischen Truppen oft Anlass zur Verärgerung der deutschen Dienststellen gibt. So wurde z.B. beobachtet, dass die Italiener und die Ungarn mit deutschen Zigaretten im Überfluss versehen sind, die sie an unsere Soldaten für Wucherpreise weiterverkaufen. Italiener verlangen z.B. für 6 Zigaretten im Strassenhandel 2.-- RM.

Einsatzgruppe D.

Standort S i m f e r o p o l .

Die Polit-Arbeit auf dem Lande.

(Nach Aussagen eines ehemaligen Partei-Sekretärs)

- I. Zur Polit- und Agitations-Arbeit wurden sowohl Parteiangehörige wie auch Parteilose herangezogen. Allerdings wurde nur auf solche Parteilose zurückgegriffen, die politisch zuverlässig erschienen mit Ausnahme der einfachen Propagandatätigkeit, zu der jeder herangezogen werden konnte, der des Lesens oder Schreibens mächtig war.

Propaganda und Agitation wurden mit Hilfe von Zirkeln, Klubs, Schulungsunterricht, Kollektiv-Unterhaltungen in Kinos und Theatern durchgeführt.

In jedem Rayon-Parteikomitee bestanden Abteilungen für Agitation und Propaganda, deren spezielle Aufgaben der Unterricht und die Schulung der Bevölkerung waren. Das Komitee setzte sich zusammen aus den Leitern der Abteilung für Agitation und Propaganda, 2 hauptamtlichen Propagandisten und Bibliothekaren und dem Verwalter des Parteikomitees.

Die grösste Bedeutung in der Politarbeit nahmen die Zirkel ein. Sie waren nach folgenden Organisations-schemata aufgegliedert:

a) Die Unterstufe.

In dieser Stufe wurden die noch völlig ungeschulten Bevölkerungsschichten mit geringer Allgemeinbildung nach dem Buch: "Geschichte der bolschewistischen Partei" geschult. Das Schulungsbuch ist in 12 Abschnitte unterteilt, die des geringen Auffassungsvermögens der Schulungsteilnehmer wegen in kleineren Abschnitten vorgetragen wurden. Der Lehrstoff erstreckte sich hauptsächlich auf die Revolutionsperiode von 1917. Dies war erforderlich, da die Bedeutung der verschiedenen Oppositions-Strömungen während des Bürgerkrieges erläutert werden musste. Die Kursusteilnehmer mussten den vorgetragenen Stoff auswendig lernen. Als Kennzeichnung des Inhaltes des Buches wird ein Zitat aus der Geschichte der Partei angeführt:

"Unter der kühnen Führung Lenins und Stalins, die es verstanden, die Arbeiterklassen im Kampfe gegen Bourgeoisie zu organisieren, wurde der Sieg der Revolution errungen."

Da die Mehrzahl der Teilnehmer durch eigene Erfahrungen wusste, dass die in den Tagen des Bürgerkrieges gemachten Versprechungen auf ein glückliches, freies und unbedrücktes Leben, Freigabe des Landes an die Bauern, Herabsetzung der Steuern usw. nach Beendigung der Revolution nicht eingehalten worden waren, setzte sich in der Arbeiterklasse, insbesondere unter den Kollektivistern die Meinung durch, dass sie von der Partei und den Juden betrogen worden seien. Infolgedessen liess das Interesse an diesen Schulungszirkeln immer mehr nach. Infolge der gerin-

gen Auffassungsgabe und der Interesselosigkeit der Schulungsteilnehmer dauerte ein derartiger Kursus 6 - 8 Monate.

b) Die mittlere Stufe.

In dieser Stufe wurden diejenigen erfasst, die schon eine allgemein politische Schulung hinter sich hatten, Voraussetzung zur Teilnahme war eine Schulbildung der 4. - 10. Klasse der Volksschule. Als Lehrstoff wurde der gleiche wie in der Unterstufe verwandt, die Kursusdauer war jedoch dem Bildungsgrad der Teilnehmer entsprechend kürzer.

c) Die Oberstufe.

Die Oberstufe diente zur Schulung von Parteiführern und Archivaren. Als Schulungsstoff diente nicht nur die "Geschichte der bolschewistischen Partei", sondern auch die Werke der sog. "Klassiker des Marxismus" - Lenismus". Angehörige des kommunistischen Jugendverbandes (Komsomolisten) und Parteilose, die den Schulungsunterricht in der oberen Stufe genossen hatten, wurden als Propagandisten und Sekretäre der unteren Parteiorganisationen eingesetzt.

d) Kollektivistenzirkel.

Diese Zirkel wurden hauptsächlich für Kollektivisten eingerichtet. Sie waren gewöhnlich dem Dorfrat oder den einzelnen Kollektiven angegliedert. Bei dem ausgesprochenen Mangel an Propagandisten war es jedoch nicht möglich, in jedem Dorf bzw. in jeder Kollektive einen solchen Zirkel aufzustellen.

Wie gering das Interesse der Bevölkerung für die politische Schulung, die Politarbeit und die Erläuterungen der von der Sowjetregierung erlassenen Gesetze und Richtlinien war, zeigt die geringe Teilnahme an den Schulungsabenden. So kam es häufig vor,

dass in den ersten Abenden bis über 100 Teilnehmer erschienen, dass sich jedoch die Teilnehmerzahl in den darauffolgenden Unterrichtsstunden auf knapp die Hälfte reduzierte. Ausserdem waren zahlreiche Kollektivisten infolge Mangels an Zeit und Bekleidung an der Teilnahme verhindert. Der in den Schulungsstunden vermittelte Stoff wurde innerhalb der Bevölkerung keineswegs so verbreitet, wie es von der Propagandaleitung gewünscht war.

Neben der allgemeinen Schulung gab es die sog. Konferenzen und Kollektiv-Unterhaltungen, die in den Klubs oder "Roten Ecken" durchgeführt wurden. Hierbei war es üblich, an 4 - 5 Teilnehmer Fragen zu verteilen, insbesondere Fragen aus der Geschichte der Partei, die bei den Konferenzen oder Lektionen im Zusammenhang vorgetragen werden mussten. Hieran schlossen sich Fragen der Teilnehmer und deren Beantwortung durch Referenten. Dem Plan entsprechend sollte diese Lektion in 2 - 3 Stunden durchgeführt werden. Die tatsächliche Dauer belief sich infolge Interesselosigkeit der Teilnehmer meist auf 5 - 6 Stunden, da ständige Wiederholungen notwendig wurden.

Auf dem Lande waren die Klubgebäude und die "Roten Ecken" meist in einem mehr oder weniger zerfallenen Zustande. Die Landbevölkerung zeigte auch keinerlei Interesse, die Räume in einem wohnlichen Zustande zu erhalten. Die Fussböden waren verschmutzt, die Wände nicht getüncht. In den Klubräumen des Kollektivs "Neues Leben" im Nikolajewer Rayon fehlten zum Teil nach die Fensterscheiben und die Fensterläden, die Türen fehlten oder waren nicht verschliessbar, Schweine, Ziegen und Federvieh trieben sich in den Räumen umher. Die Kollektivisten benutzten diese Räume nur, wenn sie durch Zwang zur Teilnahme zu einer Veranstaltung veranlasst wurden. Die Tätigkeit in den Klubs und Zirkeln

lebte gewöhnlich erst bei den Vorbereitungen zu den Wahlen auf. Zur Wahlagitatio wurden Parteiangehörige, Komsomolisten, aber auch parteilose Lehrer hangezogen. Nach Abschluss der Wahl trat der vorher beschriebene Zustand wieder ein.

- e) Ausser den bisher beschriebenen Einrichtungen gab es noch eine besondere Schulungsgruppe, zu der, ausser Parteimitgliedern und Komsomolisten, die parteilose Intelligenz auf dem Lande, meist die Lehrerschaft, herangezogen wurde, die durch Selbstschulung das Niveau der politischen Kenntnisse und Fähigkeiten haben sollte. Diese Gruppen umfassten gewöhnlich 25 - 30 Personen und traten monatlich einmal zusammen. Die Selbstschulung wurde jedoch nur sehr mangelhaft durchgeführt. Bei Prüfungen durch Gebiets-Politarbeiter zeigte sich, dass die Angehörigen dieser Gruppen oft nicht einmal die vorgeschriebene politische Literatur besaßen oder gar beherrschten.

- II.) Die Agitationsarbeit, die sich insbesondere auf die Steigerung der Arbeitsintensität in den Kollektiven erstreckte, wurde im wesentlichen in der Kollektivistenversammlung durchgeführt. Bei den Versammlungen wurden Regierungsverordnungen und Beschlüsse des Zentralkomitees erläutert. Der Redner musste grundsätzlich nach Konzept sprechen, wodurch die Agitationsarbeit stark schablonisiert wurde und dadurch immer stärker an Interesse verlor.

Die Kinderolympiade.

Nach dem Beschluss des X. Plenums des Zentralkomitees des Jugendverbandes wurde in Moskau jährlich die "Staatsolympiade" durchgeführt. Es handelte sich dabei um den Abschluss eines Wettbewerbes aller Erziehungsinstitute in der Auswahl von begabten Kindern zum Zwecke der Förderung ihrer Talente, d.h. zur Heran-

bildung einer neuen "Sowjet-Intelligenz".

Die Staatsolympiade wurde vorbereitet durch die Schul-, Rayon-, Stadt-, Gebiets- und Republik-Olympiaden, die die Aufgabe hatten, "neue Massen der Kinder an die Kunst heranzuführen, die Sowjetgesellschaft mit den Erzeugnissen der Kinderkunst bekannt-zu-machen und die besten Talente herauszustellen". "Die Olympiade soll ein Feiertag der glücklichen Kinder der Sowjetunion sein."

Die Vorbereitung und Organisation lag in den Händen der Lehrer und der Leiter der sogenannten "Kunstzirkel". Allerdings liess diese Organisation, wie aus Berichten hervorgeht, sehr zu wünschen übrig. Die Leiter der Zirkel waren häufig überhaupt unfähig, eine solche Aufgabe zu lösen. Es gelang ihnen daher weder die wirklich talentierten Kinder herauszufinden, noch den Unterrichtsstoff der Schulungsabende interessant genug zu gestalten, um auch weniger talentierte Kinder "an die Kunst heranzuführen". Infolgedessen betrieben die Kinder die Vorbereitung zur Olympiade meist selbst, hin und wieder auch mit Unterstützung von erwachsenen Künstlern.

Das Programm einer Olympiade setzte sich zusammen aus revolutionären Liedern, Gedichten auf die bolschewistischen Führer und die Rote Armee, auf das Vaterland, aus Vorträgen aus der klassischen Literatur und Musik und aus Darstellungen der Volkskunst der Völker der UdSSR. Nicht nur die gute Wiedergabe künstlerischer Werke, sondern auch die Veröffentlichung eigener Neuschöpfungen der Kinder sollten gepflegt werden. Eine künstlerische Linie und Niveau waren daher von den Olympiaden nicht zu erwarten.

Wie bei allen Anlässen kam es auch bei der Kinderolympiade auf Massenproduktion an. Obwohl infolge mangelnder Organisation von den 39 Schulen der Stadt Nikolajew nur 32 an der Schulolympiade teilnahmen, wurden 3 500 "Kindernummern" geprüft, von denen 847 zur Rayon-, 167 zur Stadt- und 55 zur Gebiets-Olympiade zugelassen

wurden. Mit der Olympiade war eine Ausstellung der Schülerarbeiten verbunden. Interessant ist, dass es die Jury bemängelt, dass von den 32 beteiligten Schulen nur eine einzige eine technische Arbeit ausgestellt habe. Die Bilder, Stickereien, Plastiken usw. stellten durchweg Gestalten aus der Roten Armee und Flotte und aus der Oktober-Revolution dar, vereinzelt auch Gestalten aus der Märchenwelt. Diese wurden jedoch nicht gewertet.

Die besten Arbeiten und Darbietungen wurden prämiert, auch die Leiter einiger Kunstzirkel, z.B. die "Ballettmeisterin" des Kinderheimes wurde ausgezeichnet. Als Prämien wurden Fotoapparate, Musikinstrumente u.a. ausgehändigt.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 21. Nov. 1941.

IV A 1 - B.Nr. 1 B/41 gRs.

Geheime Reichssache!

60 Ausfertigungen.

51. Ausfertigung

Ereignismeldung UdSSR Nr. 136.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Die mit der Ereignismeldung Nr. 135 vom
19.11.1941 gemeldeten Standorte und Nachrichten-
verbindungen sind unverändert geblieben.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A.

Standort K r a s n o w a r d e i s k.

Spanische "Blaue Division" im Osten.

Bereits beim Einrücken in die zugewiesenen Stellungen am Wolchow zwischen Nowgorod und Tschudowo ist die Blaue Division stark aufgefallen. Die Stellungen wurden erst 14 Tage nach der befohlenen Frist erreicht. Die Truppe machte in ihrem äusseren Auftreten einen ausgesprochen verwilderten und abenteuerlichen Eindruck, noch ehe sie in den Kampf eingegriffen hatte. Dies fiel umso mehr auf, als die Spanier durchweg in deutsche Uniformen eingekleidet sind und nur auf dem Ärmel die spanischen Nationalfarben tragen. Einen Teil ihrer Ausrüstungsgegenstände haben die Spanier bereits bei ihrer Aufstellung wieder verkauft. Die Pferde machen einen derart heruntergekommenen Eindruck, daß in deutschen Offizielskreisen geäußert wird, die Spanier hätten ihre guten Truppenpferde gegen schlechte ausgetauscht, um zu Geld oder zu Genussmitteln zu kommen. Es gibt Pferdegespanne, die zwei Wagen ziehen müssen. Vielfach sind die Pferde derart geschwächt, daß sie auf der Straße zusammenbrechen.

Es werden immer wieder Plünderungen gemeldet. In mehreren Fällen sind Frauen aus der Bevölkerung vergewaltigt worden, darunter auch Jüdinnen.

Nach den bisher vorliegenden Nachrichten haben sich die Spanier jedoch im eigentlichen Kampfeinsatz sehr gut geschlagen.

Allgemeine Lage.

Die militärische Lage an der Einschließungsfront um Leningrad hat sich in der letzten Zeit nicht geändert.

Fast täglich vorgetragene Angriffe der Russen in Kompanie- oder Bataillonsstärke wurden meist schon in der Bereitstellung zerschlagen. Sämtliche Ausbruchversuche brachen unter schweren Verlusten des Gerners zusammen. Die eingesetzten Truppen bestehen überwiegend aus kurzfristig ausgebildeten Leuten oder aus Resten angeschlagener Verbände. Verschiedentlich wurden Leute an der Front festgestellt, die nur eine eintägige Ausbildung mit der Waffe erhalten hatten. Um den Anschein zu erwecken, daß neue Einheiten herangezogen worden sind, führen die Russen eine Umbenennung ihrer Divisionen und Regimenter durch.

Ogleich der russische Soldat bei Leningrad die Erfolglosigkeit seines Kampfs einsieht, ist es zu Überläufen großen Stils bisher nicht gekommen. Eine raffinierte Überwachungstechnik verhindert größere Ausbruchversuche aus der gemeinsamen russischen Front. Es geht daraus hervor, daß die Kommissare die Widerstandskraft der Roten Armee nicht geschwächt sondern verstärkt haben. Ohne Kommissare wäre die russische Armee längst zertrümmert.

Ein Angriff zur Zerschlagung der westlich von Leningrad stehenden 8. Armee der Russen ist bisher nicht erfolgt. Die Versorgungslage dieser Armee ist nicht genau bekannt. Bei einem deutschen Angriff werden starke Verluste dadurch befürchtet, daß die russischen Minen infolge der Schneedecke nicht erkannt werden können. Vereinzelt sind kleinere Einheiten der 8. Armee, vor allem Stäbe, mittels Kähnen über den Finnischen Meerbusen nach Leningrad abtransportiert und südostwärts Leningrad am Wolchow neu eingesetzt worden.

Die Lage am Wolchow hat sich wie folgt entwickelt: Das 39. Korps stößt in Richtung Ladogasee vor, um sich südlich des Swir-Flusses mit den Finnen zu vereinen. Der ostwärts Nowgorod im Ansatz befindliche Kessel wird im Norden von der Gruppe Roques gebildet.

Die Blaue Division, die dieser Gruppe zugeteilt ist, hat sich auch hier gut geschlagen.

Tätigkeit der Einsatzgruppe A.

Die sicherheitspolizeiliche und sicherheitsdienstliche Tätigkeit der vorderen Teile der Einsatzgruppe A wurde fortgesetzt.

1. Bei einer vom 18. - 28.10.41 im Raum um Krasnoje Selo durchgeführten Überprüfung wurden 70 verdächtige Personen festgesetzt und eingehend vernommen. 7 Personen wurden der Zugehörigkeit zu Partisanengruppen, der Mitgliedschaft zur Kommunistischen Partei und der Mitwirkung bei Sabotageakten überführt und nach Geständnis exekutiert. Der Rest der festgesetzten Personen wurde entlassen. Der von der Ortskommandantur in Krasnoje Selo eingesetzte kommissarische Bürgermeister und einige seiner Gehilfen waren politisch nicht einwandfrei. Im Einvernehmen mit dem Ortskommandanten wurden diese abberufen und 2 von ihnen wegen früherer aktiver Tätigkeit in der Kommunistischen Partei exekutiert. Insgesamt wurden in der Zeit vom 24.10. - 5.11.41 118 Personen exekutiert, davon wegen Agententätigkeit 31 Personen.
2. In einigen Fällen von Meuterei, Arbeitsverweigerung und Sabotage wurden weitere Exekutionen vorgenommen. In einem Falle handelt es sich um Arbeitsverweigerung bei Aufträgen der Ortskommandantur Wolodasky. Ein 2. großer Sabotagefall kam in Tossno vor, wo am 25.10.41 ein Sägewerk ausbrannte, in dem Baumaterial für 5 deutsche Divisionen vorbereitet wurde. Der Schaden beträgt etwa RM 100 000.--. Die Ermittlungen erbrachten den Beweis für das Vorliegen von Brandstiftung, die durch die unzulängliche Bewachung möglich gewesen war. Als Vergeltungsmaßnahme wurden in Gegenwart von Gemeindevertretern 13 Geiseln erschossen, die schon vorher für den Fall von

Sabotageakten namentlich festgelegt waren. Die Exekution erfolgte am Tatort der Sabotage.

3. Die nachrichtendienstliche Erkundung von Leningrad erbrachte weiterhin umfangreiches Material, das der 16. und 18. Armee sowie den unterstellten Korps zur Kenntnis gebracht wurde. Diese Lageberichte finden bei der Wehrmacht großes Interesse, wie überhaupt die Arbeit und die Berichte der Einsatzgruppe und der Kommandos bei den Dienststellen der Wehrmacht allgemein Anerkennung finden und oft Grundlage eigener Maßnahmen abgeben. Bezeichnend ist das Beispiel des kommandierenden Generals des 50. Korps. Er hat im Laufe von 14 Tagen den örtlichen Kommandoführer dreimal zum Bericht über Agentenwesen, Erkundungsergebnisse über Leningrad usw. zu sich gebeten.
4. Im Zuge des weiteren Aufbaues eines Nachrichtendienstes im rückwärtigen Armeegebiet wurden drei weitere Blockstellen in Wolossowo, Kingisepp und Kotly errichtet. Die Arbeit dieser Blockstellen ist gut angelaufen. Überall ist eine zufriedenstellende Zahl von V-Personen geworben. Leider stößt die Erfassung von V-Männern ausserhalb des Bereichs der Blockstellen infolge mangelnder Motorisierung auf Schwierigkeiten.
5. Die wachsende nachrichtendienstliche Arbeit der Russen fand wiederum erhebliche Beachtung. Nach einwandfreien Feststellungen in der Zeit von Ende September bis Ende Oktober 1941 sind von sowjetischer Seite insgesamt 116 männliche und weibliche Personen als Agenten angesetzt worden. Bestimmte Zentralen wurden ausgemacht, die Agenten und Agentinnen planmäßig aussuchten, warben, unterrichteten und mit Ausspähungsaufträgen versehen durch die Linien schleusten. Es ist auch gelungen, die

von den Agenten bevorzugten Wege und Wechsel festzustellen.

Die von der Einsatzgruppe A gemachten umfangreichen Erfahrungen auf dem Gebiet des Agentenwesens werden von der Wehrmacht als grundlegend für die Abwehr feindlicher Agenten und Agentinnen im Raum um Leningrad anerkannt.

6. Anlässlich eines Besuches beim Stab der Einsatzgruppe A bat der Stabschef des 50. Korps um Überreichung einiger Flugblattentwürfe zur propagandistischen Zersetzung der Roten Truppen vor Leningrad sowie der Zivilbevölkerung in der Stadt. Die Entwürfe wurden unter Zuziehung von Gewährspersonen aus der eingessessenen Bevölkerung gefertigt.

Künftige Arbeit der Einsatzgruppe A.

Die Arbeiten zur Überwinterung der Kommandos vor Leningrad sind entsprechend den Vorbereitungen der Truppe in vollem Gange und teilweise bereits abgeschlossen. Da keinerlei Vorhersage über den Fortgang der militärischen Operationen gemacht werden können, sind Prognosen über die künftige Arbeit der vorderen Teile der Einsatzgruppe A ausgeschlossen. Es hat den Anschein, daß in absehbarer Zeit entscheidende militärische Operationen von deutscher Seite nicht zu erwarten sind.

Meldungen der Einsatzgruppen B und C liegen nicht vor.

Einsatzgruppe D.

Standort S i m f e r o p o l.

Allgemeines.

Die Kommandos der Einsatzgruppe D gehen in 2 Hauptrichtungen vor. Zwei Kommandos gehen über Taganrog, Rostow und Stalino in Richtung Nordkaukasus vor. 2 Kommandos sind für die Krim angesetzt. Im Bereiche

der in Richtung Nordkaukasus vorgehenden Kommandos ist die Judenfrage gelöst. Die Städte Mariopol und Taganrog sind judenfrei. In den Städten auf der Krim werden Aktionen vorbereitet.

In Mariopol konnten 60 kommunistische Aktivisten liquidiert werden. 26 Leichen von Männern, die vom NKWD erschossen worden waren, wurden ausgegraben, zur Besichtigung freigegeben und öffentlich beigesetzt.

In Taganrog wurde festgestellt, daß durch Brief-tauben Verbindung zu den Roten hergestellt werden sollte.

In Taganrog wurden 20 kommunistische Funktionäre liquidiert, 10 davon öffentlich standrechtlich erschossen. Die Haupttätigkeit der Kommandos besteht in der Abwehr und Aushebung der Partisanengruppen. Im Dnjepr-Bogen wurde die in der Ereignismeldung Nr. 134, Seite 19, erwähnte 4. Partisanengruppe erledigt. 39 Partisanen, zum größten Teil Führer, wurden erschossen, der Rest nach Verwarnung entlassen. Große Mengen an Waffen, Munition und Sprengmitteln wurden sichergestellt. In Cherson wurden die auf Grund der Aktionen auf der Halbinsel südlich Aleschki ermittelten Partisanen ausgehoben. Die bisherige Tätigkeit auf der Krim ergab, daß sich im Südtteil, besonders im Gebirge, eine große Anzahl von Partisanen aufhält. Die Zahlenangaben schwanken zwischen 6 000 und 14 000 Mann. Die auf der Krim tätigen Kommandos wurden zur Fahndung nach Partisanenführern und kleineren Gruppen angesetzt; mit der Wehrmacht wurde die Erfassung größerer Trupps vereinbart. Die bisherige Tätigkeit erstreckt sich auf die Räume um Simferopol, Jewpatoria, Bachtschisarai, Jalta, Alushta und Feodosia. Besondere Erfolge wurden bei Jewpatoria erzielt. Am Tage des Einrückens eines Teilkommandos am 3.11. konnte eine Gruppe von 10 Partisanen gefaßt werden, die mit Handgranaten, 7 000 Schuß Munition, 120 kg Sprengstoff, Zündschnur, Sprengkapseln und Signalkraketen ausgerüstet waren. Die Gewehre waren japanischer Herkunft.

- 8 -

Ferner wurde Material über Bildung, Aufgaben und Ziel der Partisanengruppen erfaßt. Lange vor Einzug der deutschen Truppen ist mit der Bildung solcher Gruppen begonnen worden. Aufgabe war Vernichtung lebenswichtiger deutscher Läger, Überfall von Transportzügen usw. Bei roten Fliegerangriffen sollten Truppenunterkünfte und andere militärische Ziele durch Raketen bezeichnet werden. Weitere Aufgaben sollten die Partisanen von übergeordneten Gruppen der Divisionaja erhalten. Nach vorgeschriebenen Instruktionen sind diese zur Überwachung der Partisanengruppen und zur Vernichtung des deutschen Offizierskorps angesetzt.

Die Volksdeutschen sind aus den bearbeiteten Gebieten fast ausnahmslos verschleppt worden. Unter Vorwand der Mobilisierung wurden alle Männer über 17 Jahren herausgezogen und einige Tage später die Frauen und Kinder verschleppt. Nach Aussagen von Flüchtlingen sind alle nach Sibirien verschleppt worden.

Aushebung einer Partisanengruppe vor Odessa.

Nach längeren Ermittlungen und Beobachtungen konnte am 28.9. in Alexandrowka der russische Staatsangehörige Grigori Kutzow in der Wohnung seiner Geliebten von einer Streife des EK. 11 b überrascht und nach heftigem Widerstand überwältigt werden. Kutzow gab zu, Anführer einer fünfköpfigen Partisanengruppe zu sein, die vor dem Fall Odessas die Aufgabe hatte, im Bezirk Groß-Lilienthal vorhandene Artilleriestellungen zu ermitteln und einer sowjetischen Befehlsstelle zu melden, ferner Überfälle auf einzelne rumänische und deutsche Soldaten durchzuführen und Fernsprengleitungen zu zerstören. Zu diesem Zwecke war die Partisanengruppe durch 2 Offiziere des sowjetischen Jägerbataillons im Bezirk Ovidiopol, Iwan Nasarow, Politruk, und Sergej Benerski, Starschi-Stubenant, besonders geschult. Kutzow sagte aus, den Standort rumänischer

Batterien zweimal den Roten mitgeteilt zu haben. Mit seinen Leuten habe er nördlich von R. Obsolani ein mehrdrähtige rumänische Heeresfernsprechleitung zerstört und bei Alexandrowka einen Feuerüberfall auf eine rumänische Patrouille durchgeführt. Da mehrere weitere Unternehmungen der Partisanengruppen fehlschlagen, sind 3 Mitglieder der Gruppe, und zwar der Jude Isaak Lichtenhaus, der Volksdeutsche Albert Georg Diehl und ein Russe mit Spitznamen "Pius" am Vortage der Festnahme Kutzows mit einem Teil ihrer Ausrüstung geflohen. Das 5. Mitglied der Gruppe K. Nikolai Dimitri Kretzenko aus Dalnik war Unterführer des Jägerbataillons Ovidiopol und war der Gruppe Kutzow als militärischer Berater beigegeben worden. Er konnte am 29. 9. in seinem Schlupfwinkel festgenommen werden. Die Durchsuchung dieses Schlupfwinkels förderte 2 russische Militärgewehre, 2 Patronentaschen, 2 Kavalleriesäbel, 1 Meldetasche, 1 russische Militäruniform, 1 Brotbeutel, 330 Schuß Gewehrmunition, 3 gebrauchsfähige und 8 verdorbene russische Handgranaten zutage.

Bemerkenswert ist, daß die Partisanengruppe durch die Ortsbevölkerung keinerlei Unterstützung erhalten haben will, was angeblich zum Mißlingen ihrer Anschläge beigetragen habe.

Erziehungswesen im bolschewistischen Russland.

Das bolschewistische Erziehungsprinzip liegt auf der Ebene der marxistischen Ideologie. Freiheit und Gleichheit sind seine Hauptwerte. Aus ihnen erwuchs das Schlagwort von der "Erziehung durch Wort und Propaganda". Dieser Grundsatz gilt für alle Erziehungsgebiete, für das Schulleben wie auch für die häusliche Erziehung, und war gesetzlich verankert.

Die Stellung der Familie als Erziehungsfaktor war nur von geringer Bedeutung. Hauptträger der Erziehung war ^{der} Staat und die Partei, die mit ihren

Organen den Totalanspruch auf die Jugenderziehung erhoben. Die Familie war daher nur eine Summe einzelner Individuen ohne sippenmäßige Bindungen. Den Eltern kam lediglich die Aufgabe der materiellen Versorgung der Kinder zu. Eine geistige Einflussnahme von seiten der Eltern war zumeist schon aus äusseren Gründen nicht möglich. Sie arbeiteten von morgens früh bis abends spät in den Geschäften und Kollektiven und konnten sich daher nur in geringem Maße ihren Kindern widmen, wenn sie hierauf überhaupt Wert legten.

Der stärkste Einfluss im kommunistisch-politischen und weltanschaulichen Sinne ging daher von der Schule aus, nach-dem die Kirchen aller Konfessionen in den Jahren 1928 bis 1932 als Erziehungsfaktoren ausgeschaltet worden waren.

Die weltanschaulich-politische Beeinflussung der Schuljugend begann bereits in 1. Schuljahr.

Die Lehrbücher enthielten eine Vielzahl kommunistischer Begriffe, die den Kindern nahegebracht werden sollten. Begriffe wie Genosse, Pionier, Oktoberkinder usw., Namen der bolschewistischen Führer und "Arbeiterhelden" wurden so unbewußt der kindlichen Vorstellungswelt nach diesem Prinzip eingepflegt. In geschickter Form wurden auf das kindliche Gemüt abgestimmte Erzählungen mit kommunistischen Gedanken durchgesetzt. Diese Erzählungen wurden mit Vorliebe von der Jugend aufgenommen und haben bis zu einem gewissen Grade ihre Wirkung nicht verfehlt.

Auf dieser Grundlage baute sich in den höheren Klassen das Lehrgebäude unter kommunistischem Vorzeichen auf. Mit Ausnahme der Realfächer Mathematik, Physik, Chemie und Sport wurden der Geschichts-, Biologie-, Literatur- und Sprachenunterricht betont in den Dienst der kommunistischen Propaganda gestellt.

Der Geschichtsunterricht war im Sinne der marxistischen Auffassung ausgerichtet. In den höheren Klassen der Mittel- und Höheren Schulen wurden die historischen Betrachtungen mit philosophischen Erörterungen verbunden. In der 9. Klasse der 10-stufigen Höheren Schule wurde der Zeitraum von 1812 bis 1861 und in der 10. Klasse der Abschnitt von 1861 bis zur Gegenwart behandelt. In den Mittelpunkt wurden Betrachtungen gestellt über die Bauernreform von 1861, die "negativen" politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erscheinungen der zaristischen Zeit und die Vorläufer des Kommunismus. Als Krönung des Geschichtsunterrichts wurde der Bolschewismus von allen Seiten aus beleuchtet unter Einflechtung philosophischer Ideen von Hëckel, Marx, Engels, Feuerbach usw. Die Geschichte der kapitalistischen Länder wird nicht behandelt. Nur wird ihre Wirtschaftsgeschichte mit der sowjetrussischen verglichen, unter Hervorhebung der bolschewistischen "Vorteile". Kirchengeschichtliche Fragen werden nur im Rahmen antireligiöser Propaganda behandelt.

Alles Göttliche im Kosmos wird abgelehnt nach der kommunistischen Auffassung "Gott hat nicht die Menschen geschaffen, sondern die Menschen Gott". Der Mensch ist der Mittelpunkt allen Geschehens. Die Götter und Nebengötter sind erst von ihm geschaffen worden. Auf dieses Fundament stützt sich die antireligiöse Propaganda an den Schulen.

Auch die Literatur wurde in den Dienst der Propaganda gestellt, wobei im Gegensatz zu den sonstigen Kampfmethoden des Bolschewismus eine gewisse Objektivität gewahrt wurde. In der 10. Klasse wurde vornehmlich die westeuropäische Literatur behandelt, und zwar Göthe, Schiller, Shakespeare, Biron, Molière usw. Die Werke dieser Dichter wurden besprochen und positiv bewertet. Man wies darauf hin, daß in jener Zeit in den

westeuropäischen Ländern ein hochentwickeltes Kulturleben bestand, während das damalige Russland diesen Leistungen nichts Gleichwertiges gegenüberstellen konnte. Erst der Bolschewismus habe die geistigen Kräfte auch auf dem Gebiete der Literatur geweckt und ihnen einen starken Auftrieb verliehen.

Eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung war die Stellung in und zum Volkstum. In den ersten Jahren war auch die Schule in die Bestrebungen zur Förderung der im russischen Raum lebenden Volkstümer einbezogen. Um das Jahr 1938 wurden diese Schulen mit Volkstumscharakter geschlossen oder in ukrainische und russische umgewandelt.

Die Mangelercheinungen im sowjetrussischen Schulwesen waren mannigfacher Art. Die Lehrmittel und Lehrbücher waren z.B. völlig unzureichend. Anschauungsmaterial war wenig oder überhaupt nicht vorhanden, es mußte von Lehrern und Schülern selbst hergestellt werden.

Darüber hinaus war die Ausbildung des bolschewistischen Lehrernachwuchses unzulänglich. Da die Sowjetregierung sich seit Jahren bemühte, das noch stark verbreitete Analphabetentum abzuschaffen, war sie gezwungen, neue Schulen zu errichten. Abgesehen davon, daß durch überstürzte Maßnahmen eine organische Entwicklung des gesamten Schulwesens unmöglich war, trat ein starker Mangel an Lehrkräften ein. Die Ausbildung sollte so schnell wie möglich erfolgen, so daß die jungen Lehrer gewöhnlich nach Absolvierung einer 10-klassigen Schule und anschließendem Besuch eines dreimonatigen Kurses an einem pädagogischen Institut angestellt wurden. Bei der Anstellung spielte die politische Gesinnung und Betätigung eine besondere Rolle. Parteimitglieder erhielten die bestbezahlten Stellen in den Städten. Auf diese Tatsache ist die verhältnismäßig geringe Anzahl von

Parteimitgliedern unter der Lehrerschaft auf dem Lande zurückzuführen. Die Besetzung der leitenden Stellen im Schulwesen geschah auf Grund einer sorgfältigen politischen Auslese.

Die Befolgung der kommunistischen Erziehungsprinzipien hatte erhebliche negative Auswirkungen auf die Jugend. Sie führten zu einer inneren und äusseren Verrohung. Für alle Erziehungsberechtigten galt das Verbot der körperlichen Züchtigung. Der Lehrer hatte also nur die Möglichkeit der mündlichen Zurechtweisung, die aber zum überwiegenden Teil keinen Eindruck auf die Schüler machte. Diese Zurechtweisungen wurden nicht ernst genommen und mit Drohungen beantwortet, wie z.B. "Im modernen Sowjetstaat gibt es so etwas nicht" oder "Ich werde mich an den Prokurator wenden". Die Kinder der Kommunisten und Parteifunktionäre pflegten gewöhnlich mit einer Anzeige beim NKWD zu drohen. Liess sich ein Lehrer einmal zur körperlichen Züchtigung eines Schülers hinreissen, so hatte er gegebenenfalls mit 5 - 6 Jahren Gefängnis zu rechnen. Da die Undiszipliniertheit in den letzten Jahren untragbare Formen annahm, gingen die Lehrpersonen dazu über, die Schüler in besonders krassen Fällen dieselbe Klasse wiederholen zu lassen. Diese Massnahme legte aber der Staat als Sabotage an der kommunistischen Erziehungspolitik aus mit dem Vorwurf, daß dem Staate die Wiederholung eines Schuljahres zuviel Kosten verursache und die Lehrpersonen sich nicht in dem erforderlichen Masse der "Erziehung durch Wort und Propaganda" angenommen haben.

BI b
131-137

BI b
131-137